

G 2766 EX



# MAGAZIN

zeitschrift für zivilschutz, katastrophenschutz und selbstschutz

**5'77** Mai



## Stellungnahme des Wehrbereichs- kommandos IV

Der Beitrag „DEUTSCHES ECK – ein Erfolg?“ in ZS-MAGAZIN 3/77 (Verfasser Guntram Müllenbach) beurteilt die Übung im wesentlichen aus der Sicht des THW. Das Wehrbereichskommando IV, verantwortlich für die Anlage des militärischen Teils der Übung, gibt nachfolgende Gegendarstellung bzw. Ergänzung:

1. Es ist sicher nicht ganz von der Hand zu weisen, daß „es offenbar auch dem Militär an Informationen über Potential und Einsatzmöglichkeiten der Katastrophenschutzorganisation fehlt“. Aber eben diese Tatsache und der Wunsch der Innenminister der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz gaben

Anlaß, in einer gemeinsamen Übung die Zusammenarbeit zu erproben, die Leistungsfähigkeit unter Beweis zu stellen und vor allem Erfahrungen für Verbesserungen in dem jeweils eigenen Verantwortungsbereich zu gewinnen.

2. Die Behauptung aber, „man kann nicht in einer militärisch konzipierten Übungsanlage denken und zu handeln versuchen, wenn die Ausführenden des Handelns ehrenamtliche Helfer – Zivilisten – sind“, kann unwidersprochen nicht hingenommen werden.

Die oben angesprochene Gefechtsübung wurde ab Sommer 1975 durch das Wehrbereichskommando IV gemeinsam mit den zuständigen Ministerressorts der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz in ihren Übungszielen abgestimmt und in der Übungsanlage gemeinsam entworfen. Die besonderen Aufgabengebiete der zivilen Katastrophenschutzdienste wurden darüber hinaus in einer „besonderen“, auf diese Dienste abgestimmten erweiterten Lage berücksichtigt. Dies festzulegen, hatten sich die Länder vorbehalten. Inwieweit dazu durch die Innenministerien die jeweils zu-

ständigen THW-Beauftragten beteiligt wurden, entzieht sich der Einflußnahme, aber auch dem Beurteilungsrecht Wehrbereichskommando IV. Es ist lediglich festzustellen, daß der militärische Vorbereitungsstab darauf und auf die Durchführung der eigentlichen Katastrophenschutzübung keinen Einfluß genommen hat. Der Vorbereitungsstab hielt sich damit an die im Weißbuch zur zivilen Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland – herausgegeben vom Bundesministerium des Innern im April 1972 – festgestellte These: „Nach der geltenden Verfassungs- und Rechtslage in der Bundesrepublik Deutschland stehen die zivile Verteidigung und die Streitkräfte sowohl im Frieden als auch im Verteidigungsfall jeweils für ihren Bereich eigenverantwortlich nebeneinander; eine Übertragung oder Wahrnehmung von Befugnissen des anderen Bereiches ist damit nicht möglich. Damit sind klare Verantwortlichkeiten geschaffen (S. 115 Ziff. 16.1 2. Absatz).“ Diese Aufgabentrennung schließt eine Zusammenarbeit nicht aus und die Unterstützung im Rahmen der Amtshilfe jederzeit ein.

### STELLENAUSSCHREIBUNG

Im Dienstbereich des BUNDESAMTES FÜR ZIVILSCHUTZ, Bonn-Bad Godesberg, ist bei der

**Bundesanstalt Technisches Hilfswerk**  
Geschäftsbereich Recklinghausen  
(Landesverband Nordrhein-Westfalen)

die Stelle des

#### Geschäftsführers

sofort mit einem Angestellten neu zu besetzen.

Die Stelle bietet einem Angestellten Eingruppierungsmöglichkeiten bis Vergütungsgruppe IV a (vier a) BAT. Der Geschäftsführer ist für die Bearbeitung aller verwaltungsmäßigen und organisatorischen Maßnahmen, für die Sicherstellung und Erhaltung der Einsatzbereitschaft der Ortsverbände und für die Betreuung der freiwilligen Helfer des Geschäftsbereiches zuständig.

Gesucht wird ein Mitarbeiter mit einer abgeschlossenen Verwaltungs- oder kaufmännischen Ausbildung (möglichst mit Befähigung für den gehobenen Verwaltungsdienst) und langjähriger Verwaltungstätigkeit, vorzugsweise im öffentlichen Dienst. Technisches Verständnis ist erwünscht. Organisationstalent, Erfahrungen in der Menschenführung und Bereitschaft für den in einer technisch-humanitären Hilfsorganisation den jeweiligen Gegebenheiten angepaßten abwechslungsreichen Dienst werden vorausgesetzt.

Bewerbungen mit Lebenslauf, tabellarischer Übersicht über den Ausbildungs- und beruflichen Werdegang, Zeugnisabschriften (Fotokopien) und Lichtbild werden bis zum 15. Juni 1977 unter Angabe der Kennzahl 360 erbeten an das

BUNDESAMT FÜR ZIVILSCHUTZ  
Postfach 850  
5300 BONN-BAD GODESBERG 1



# MAGAZIN

5/77



## Impressum

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz 5 Köln 41, Eupener Straße 74  
Telefon: (02 21) 4 98 81

## Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz  
Das „ZS-MAGAZIN“ erscheint monatlich

## Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

## Redaktion:

Jochen von Arnim  
Helmut Freutel  
Erich W. van gen Hassend  
Dr. Evelyn Henselder  
Alfred Kirchner  
Horst Pieper

## Grafik und Layout:

Jan Peter Lichtenford  
4020 Mettmann

## Druck, Herstellung und Vertrieb:

A. Bernecker,  
Postfach 140, 3508 Melsungen  
Tel.: (0 56 61) 8 86-8 88, Telex: 09-9960

## Anschrift der Redaktion:

5 Köln 41, Eupener Straße 74  
Postfach: 450 247, Ruf (02 21) 4 98 81

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.  
Abonnement vierteljährlich DM 8,40, jährlich DM 33,60.

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 5,5 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum Schluß eines Kalendervierteljahres erfolgen. Sie muß bis spätestens an dessen erstem Tag beim Vertrieb eingehen. Bestellungen beim Vertrieb.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

## Inhalt

„Schluß mit dem Wander-Zirkus“ 4  
Das Land Baden-Württemberg bekam eine neue Katastrophenschutzschule.



„Leitwort: Dienen“ 10  
Festakt anlässlich des 25jährigen Bestehens der Johanniter-Unfall-Hilfe.

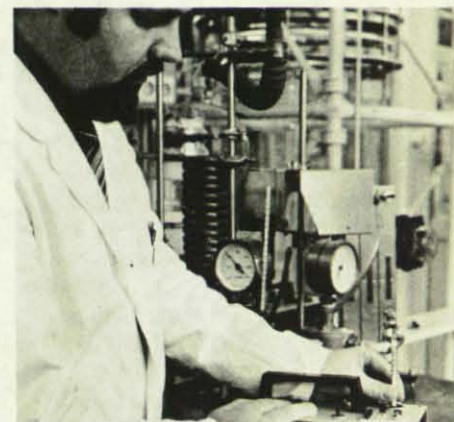


„Fliegende Samariter“ 14  
Der Luftrettungsdienst in der Bundesrepublik Deutschland.

„Für die Sicherheit auf Gewässern“ 16  
Zu unseren Bildern auf den Umschlagseiten.

„Auch in der lebendigsten Reportage wurde ruhig und umsichtig gehandelt“ 17  
BVS-Preisausschreiben entschieden.

„Doppeleffekt“ 20  
Atemschutz und Gasschutz im Betrieb.



„Blow Out auf Bravo“ 26  
Nach abgesagter Bohrinselfübung: Stunden später Alarm in Norwegen.

„Das Minimagazin“ U 3  
In diesem Monat: Neues aus der Nachrichtentechnik.



UMSCHAU

### 100 Millionen DM für Trinkwasser-Notversorgung

Im Rahmen des vom Bundeskabinett beschlossenen 16-Milliarden-Programms für Zukunftsinvestitionen wurde auch einem von Bundesinnenminister Prof. Dr. Werner Maihofer vorgelegten Teilprogramm „Trinkwasser-Notversorgung“ mit einem Kostenvolumen von 100 Mio. DM zugestimmt.

Es handelt sich dabei um rund 70 Einzelobjekte auf dem Gebiet der Trinkwasser-Notversorgung, die im einzelnen mit den betreffenden Bundesländern abgestimmt wurden. Die Maßnahmen, im wesentlichen Verbundleitungen zwischen verschiedenen Städten oder zwischen verschiedenen eigenständigen Wasserversorgungsverbänden – vornehmlich in Ballungsräumen –, jedoch auch Trinkwasser-Notbrunnen (Einzelbrunnen), unabhängig von einem Wasserversorgungsnetz, werden auf der Grundlage des Wassersicherstellungsgesetzes durchgeführt und vom Bund voll finanziert.

Alle Maßnahmen dienen der lebensnotwendigen Versorgung der Bevölkerung mit Trink-, Betriebs- sowie Löschwasser im Verteidigungsfall; sie stehen jedoch auch in allen anderen Notfällen und in Friedenszeiten der Wasserversorgung zur Verfügung. Mit der Inangriffnahme der Bauarbeiten, mit denen Tiefbau-, Rohrliefer- und Rohrverlegefirmen sowie Bohrunternehmen beauftragt werden, soll möglichst rasch nach der erwarteten Zustimmung des Parlaments zu dem Investitionsprogramm begonnen werden. Entsprechende Planungen sind fertiggestellt bzw. in Vorbereitung.

Es ist geplant, in diesem Jahr bereits 5 Mio. DM für die „Trinkwasser-Notversorgung“ im Rahmen des Investi-

tionsprogramms zur Verfügung zu stellen, 1978 sind weitere 50 Mio. DM und 1979 nochmals 45 Mio. DM vorgesehen.

### Katastrophenschutzgesetz im Entwurf gebilligt

Dem Entwurf eines neuen niedersächsischen Katastrophenschutzgesetzes hat die Landesregierung zugestimmt. Die Gesetzesvorlage geht jetzt dem Landtag zu. Das neue Katastrophenschutzgesetz hält sich in den Grundzügen an das Bundesgesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes, das mit Zustimmung der Länder zustande gekommen ist. Daneben sieht der Gesetzentwurf eine Zusammenfassung der bereits vorhandenen Vorschriften in einem Spezialgesetz und eine enge Zusammenarbeit der Behörden und Organisationen im Katastrophenfall vor.

### Sicherheitsbügel für Traktoren

Jetzt müssen alle Traktoren mit solchen Sicherheitsbügeln ausgerüstet sein. Wie der ADAC mitteilt, gilt diese Regelung auch für Maschinen, die vor 1970 gebaut und daher noch nicht automatisch ab Werk mit dieser Vorrichtung ausgerüstet wurden. Wie wertvoll diese Sicherheitsbügel sind, zeigt die Statistik: 1969 – also vor Einführung dieser Vorschrift für Traktoren ab Werk – kamen bei Unfällen mit derartigen Zugmaschinen rund 200 Menschen ums Leben. Nach Einführung der Sicherheitsbügel hat es bei Traktoren mit einer solchen Vorrichtung keine tödlichen Unfälle gegeben.



### DLRG-Bundestagung in Ludwigshafen

Die alle drei Jahre stattfindende Bundestagung der Deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft (DLRG) wurde

vom 19. bis 22. Mai in Ludwigshafen abgehalten. 300 Vertreter aus 14 Landesverbänden legten den Kurs der mit rund 450 000 Mitgliedern größten Wasserrettungsorganisation ihrer Art in der Welt für die nächsten drei Jahre fest. Im Mittelpunkt stand neben der Neuwahl des Präsidiums die Verabschiedung einer neuen Prüfungsordnung und einer novellierten Satzung.

In einem Grußwort zur Tagung schrieb Bundespräsident Walter Scheel: „Wo der spähende Adler, das Symbol der Deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft, zu sehen ist, können die Menschen am Strand und am Ufer darauf vertrauen, daß gut ausgebildete Rettungsschwimmer über ihre Sicherheit wachen.“ Bundeskanzler Helmut Schmidt sprach der DLRG Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit aus. Er betonte in seinem Grußwort:

„Durch eine große Zahl von Rettungsaktionen haben die Mitglieder der Deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft viel menschliches Leid abgewendet. Sie haben damit in selbstloser Weise ein Beispiel aktiver Solidarität und tätiger Nächstenliebe gegeben, ohne die Staat und Gesellschaft nicht auskommen können. Aber auch bei der Ausbildung von Schwimmern und Rettungsschwimmern hat sich die Arbeit der Deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft bewährt. Sie bildet einen wichtigen Faktor bei der Entwicklung des Breitensportes.“

„Ich bin überzeugt: Sie werden auch in Zukunft durch Ihr Engagement dafür sorgen, daß im Ernstfall gut ausgebildete Rettungsschwimmer bereitstehen, um sicher und zuverlässig in Not geratene Mitmenschen vor dem Tod des Ertrinkens zu bewahren“, meinte der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Dr. Bernhard Vogel, in seinem Grußwort an die Delegierten der DLRG-Bundestagung.

### THW auf der 29. Internationalen Handwerksmesse in München

Im Zeichen des Handwerks hat das Technische Hilfswerk dieses Jahr auf seinem Messe-Informationsstand in München einem interessierten Publikum die Entwicklung sowie die Leistungen des THW durch Bilder und Texte nahegebracht.

Eine Dia-Schau und Filmvorführungen vermittelten dem Betrachter in anschaulicher Form die vielseitigen Aufgaben des THW im Katastrophenfall und bei sonstigen Einsätzen. Die Filme zeigten vor allem, wann und wie die freiwilligen Helfer der verschiedenen Organisationen des Katastrophenschutzes mit ihren Fahrzeugen und Gerätschaften gemeinsam zum Einsatz kommen. Einen Einsatz ganz besonderer Art leistete der Verpflegungstrupp des THW-Ortsverbandes München-Land an den beiden Messewochenenden. Mit der „Gulaschkanone“ wurden 350 Pfund Spätzle (gestiftet von einer Aussteller-Firma) als Suppe gegen Spenden zugunsten der „Aktion Sorgenkind“ an 2000 hungrige Messebesucher ausgegeben.

Hier kocht das  
**Technische Hilfswerk**  
 Ortsverband München-Land  
 zu Gunsten der Aktion Sorg



BZS-Präsident Dr. Kolb, THW-Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Schwarz und Vertreter der Messeleitung bildeten sich am Eröffnungstag selbst ein Urteil über die Qualität des Essens (zu unserem Foto).

### Zusammenarbeit über Ländergrenzen

Die nordrhein-westfälische Landesregierung stimmte dem Beitritt Nordrhein-Westfalens zum Verwaltungsabkommen zwischen den Ländern Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland über die Zusammenarbeit der Rettungsdienste in den grenznahen Bereichen zu. Der Ministerpräsident ermächtigte den Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, das Verwaltungsabkommen zu unterzeichnen. Damit soll im Interesse einer raschen Ver-

sorgung von Notfallpatienten die reibungslose Zusammenarbeit der Rettungsdienste über die grenznahen Bereiche hinaus sichergestellt werden.

### Bremen verstärkt Deichbau

Festgestellte Deichsackungen und die bei den beiden Januar-Sturmfluten gewonnenen Erkenntnisse führten im Jahre 1976 in Bremen zur forcierten Durchführung umfangreicher Deichbaumaßnahmen. Bei den beiden Sturmfluten, welche die norddeutsche Küste bedrohten, waren im Gebiet der Stadt Bremen besonders die Deiche an Lesum und Wümme einer harten Belastungsprobe ausgesetzt. Am 3. Januar wurden beim Schöpfwerk Wasserhorst Wasserstände gemessen, die noch über den Sturmflutständen von 1962 lagen. Der Senator für Inneres erinnert in einem Rückblick auf das vorige Jahr daran, daß dank des guten Zustandes der Deiche und der in den vorangegangenen Jahren ständig vorgenommenen Deichbauarbeiten durch die Bremischen Deichverbände sowie dank des tatkräftigen Einsatzes der vielen Helfer verschiedener Organisationen bei der Deichverteidigung die Deiche ihre Schutzfunktion erfüllen konnten. Dadurch ist die Stadt Bremen von einer Hochwasserkatastrophe verschont geblieben. Die verstärkten Deichbaumaßnahmen sollen dazu beitragen, künftige Sturmfluten noch besser zu überstehen.

### Vierte Session in Genf

Bei der diesjährigen Eröffnung der Diplomatischen Konferenz über die Weiterentwicklung des humanitären Völkerrechts hat deren Präsident, der schweizerische Außenminister Pierre Graber, die Delegierten aus den 120 teilnehmenden Staaten eindringlich aufgefordert, die „Erwartungen von Hunderten von Millionen Menschen“ nicht zu enttäuschen. In seiner Eröffnungsrede in Genf forderte Graber die Konferenzteilnehmer auf, die bestehenden Grundsatzelemente in den kommenden Wochen zu lösen. Die vierte Session wird bis zum 10. Juni dauern. Man hofft, die insgesamt 190 Artikel der beiden Zusatzprotokolle zu den be-

stehenden Rot-Kreuz-Konventionen zu verabschieden. Damit soll das Kriegsvölkerrecht den modernen Kampfmethoden und Kriegsformen angepaßt werden. In vier Fachausschüssen werden die Beratungen geführt. Vor allem die Frage nach der Stellung der Zivilschutzeinheiten, die Anwendung des Kriegsvölkerrechts bei internen bewaffneten Konflikten und die Vergeltungsmaßnahmen gegen Staaten, die sich im Konfliktfall nicht an die vorgesehenen Regelungen halten, werden noch kontrovers behandelt.

### Rettungshubschrauber-Station Straubing im Sommer

Zur Optimierung des Rettungsdienstes im südostbayerischen Raum sieht das zwischen Bund und Ländern abgestimmte Ausbauprogramm für die Hubschrauber-Stationen des Katastrophenschutzes schon seit längerer Zeit die Einrichtung einer Station in Straubing vor. Die Lösung zahlreicher technischer und personeller Schwierigkeiten hat jedoch den Planungsfortgang immer wieder verzögert. Mit dem Bau eines Hangars wird nun in Kürze begonnen, so daß voraussichtlich ab 1. August „Christoph 15“ den Betrieb aufnehmen kann.

### Bremen: mehr öffentliche Schutzplätze

In ZS-MAGAZIN 3/77 wurde auf der 2. Umschlagseite über den Stand des Schutzraumbaus in Bremen berichtet. Die dort genannten Zahlen sind jedoch nach Mitteilung des Bundesverbandes für den Selbstschutz – Landesstelle Bremen – überholt. Tatsächlich wurden in Bremen bereits 111 Bunker aus dem Zweiten Weltkrieg instand gesetzt. Der Gesamtaufwand für den Schutzraumbau beträgt rund 39 Millionen DM. Insgesamt stehen 125 147 öffentliche Schutzplätze zur Verfügung, davon 96 193 in 95 Anlagen, die für einen Kurzzeit-Aufenthalt vorgesehen sind. 16 weitere Bunker und zwei moderne Mehrzweckanlagen können 23 309 Menschen aufnehmen. Zwei Bunker werden derzeit instand gesetzt (4 365 Schutzplätze), eine weitere Anlage mit 1 280 Plätzen ist in der Planung.

## Schluß mit dem „Wander-Zirkus“!

Das Land Baden-Württemberg bekam eine neue Katastrophenschutzschule

Im Rahmen einer Feierstunde, an der neben Vertretern des Bundes, des Landes, der Gemeinden und der im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen auch Führungskräfte von Einheiten des Katastrophenschutzes aus allen Stadt- und Landkreisen teilnahmen, wurde am 6. Mai in Neuhausen auf den Fildern die neue Katastrophenschutzschule Baden-Württemberg durch Innenminister Karl Schiess eingeweiht.

In einem Gespräch mit dem ZS-MAGAZIN äußerte sich Schulleiter Werner Kullen sehr zuversichtlich über die nun vorhandenen Möglichkeiten der Ausbildung. „Wir sind sehr glücklich, endlich alles unter einem Dach zu haben,“ sagte er und fügte scherzhaft hinzu: „damit ist endlich Schluß mit dem Wander-Zirkus.“ Die Katastrophenschutzschule besteht nämlich schon seit 1966. Nur erfüllte sie ihren Ausbildungsauftrag in fünf Mietobjekten unseres Landes. Das Verwaltungsgebäude befand sich in Nellingen, ausgebildet wurde in Spöck in der Nähe von Karlsruhe, in einem Katastrophenschutzzentrum in Geislingen, in Gomadingen bei Münsingen und in Rottenburg. Für das Lehrpersonal bedeutete dies eine lange Zeit der Improvisation mit allen damit verbundenen Erschwerissen.

Die neue Katastrophenschutzschule war früher ein Jesuitenheim, dann eine Sparkassenschule. Dank der tatkräftigen Hilfe der Bediensteten kann-



Blick auf den Haupteingang der neuen Katastrophenschutzschule Baden-Württemberg in Neuhausen auf den Fildern, die am 6. Mai eingeweiht wurde.



Schulleiter Werner Kullen bei seiner Begrüßungsansprache anlässlich des Festaktes zur Einweihung der neuen Schule.



Bürgermeister Werner Präg überbrachte die Grüße der im Ballungsraum Stuttgart gelegenen Gemeinde Neuhausen.



Links: Der baden-württembergische Innenminister Karl Schiess übergab die neue Katastrophenschutzschule ihrer Bestimmung. – Rechts: Direktor des THW und Vizepräsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Dipl.-Ing. Zielinski, beschrieb Aufgabe und Verantwortung der Katastrophenschutzschulen.



ten Verschönerungsarbeiten und Umbauten vorgenommen werden. Jetzt erstrahlt die Schule, die seit Januar 1977 in Betrieb ist, in frischem Glanz. Verkehrstechnisch ist die Katastrophenschutzschule gut zu erreichen. Die im Ballungsraum Stuttgart gelegene Gemeinde Neuhausen auf den Fildern, die in den letzten Jahrzehnten von einem kleinen Ort zu einer ansehnlichen Gemeinde mit ca. 10 000 Einwohnern herangewachsen ist, liegt dicht bei dem Autobahnanschluß Esslingen. Auch mit Anschlüssen an öffentliche Verkehrsmittel ist der Ort gut bedient. Für die mit Kraftfahrzeugen anreisenden Lehrgangsteilnehmer gibt es ausreichend Parkgelegenheiten direkt bei der Schule. Das neue Domizil mit einer Unterbringungskapazität für 70 Lehrgangsteilnehmer hat die Aufgabe, Führern und Unterführern der Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes sowie Helfern für besondere Tätigkeiten eine zusätzliche Ausbildung zuteil werden zu lassen, die sie befähigt, ihre Funktionen auch unter den extremen Bedingungen eines Verteidigungsfalles zu erfüllen.

### Großes Lehrgangsangebot

In der Schule, die sich in Lehr-, Unterkunfts-, Wirtschafts- und Verwaltungsbereiche unterteilt, sind z. Z. 26 Bedienstete beschäftigt. Es werden 52 verschiedene Lehrgangsorten angeboten. Zur Bewälti-

gung dieser Aufgabe, die auf eine jährliche Ausbildungsrate von rd. 2000 Helfern hinausläuft, stehen sechs Lehrgruppen bereit, und zwar für Bergungsdienst, Sanitätsdienst, ABC-Dienst, Fernmelde- dienst, Betreuungsdienst und Versorgungsdienst. Außerdem hat die Schule einen Fachlehrer zur Schulung von Kraftfahrern in der Bedienung der zahlreichen Spezialfahrzeuge. Die Schule verfügt nämlich über 27 Kraftfahrzeuge, so daß von jedem Fachdienst die Ausrüstung für einen Zug, also für die taktische Einheit im Katastrophenschutz, einsatzbereit ist.

### Ein Gang durch die Schule

Mit der neuen Schule wurde zwar erreicht, daß alle Ausbildungsveranstaltungen zentral durchgeführt werden können, optimal sind die Ansprüche, die an eine solche Einrichtung gestellt werden, aber noch nicht erfüllt. So fehlt beispielsweise noch ein Übungsgelände mit fest installierten Bauten und technischem Inventar.

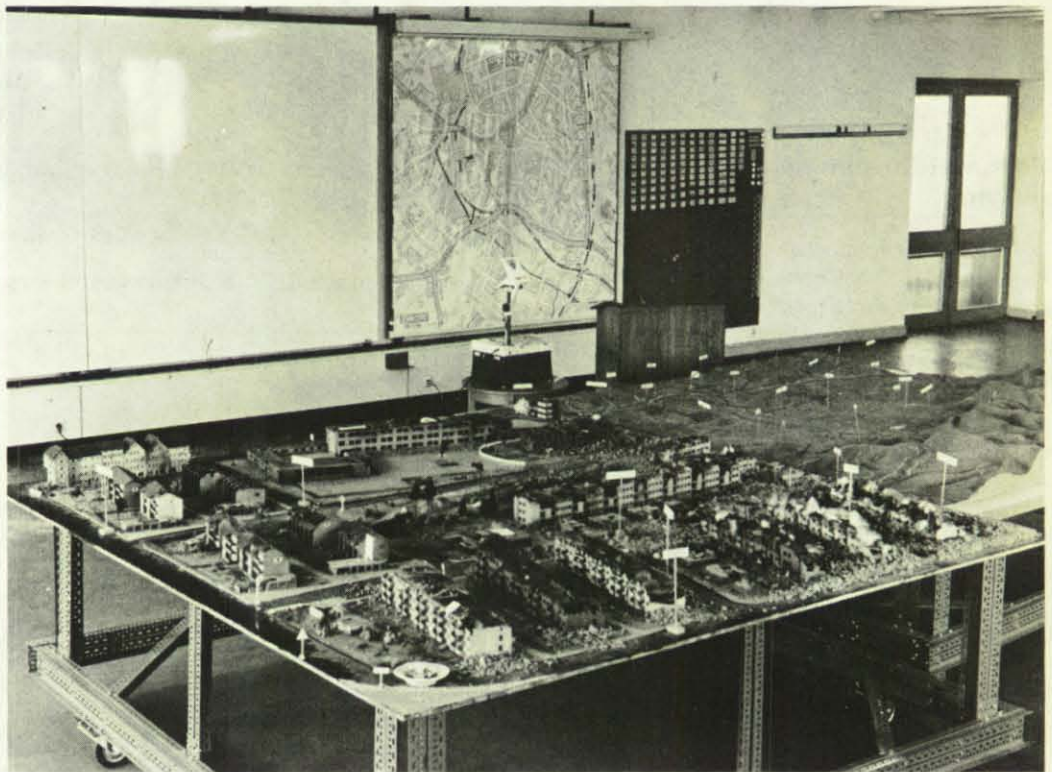
Im Erdgeschoß befinden sich der Verwaltungstrakt, das Zimmer für den Lehrer vom Dienst sowie die Räume für die Lehrgruppen. In einem großzügig angelegten Planspielraum stehen naturgetreue große Landschaftsmodelle sowie die erforderlichen Pläne zur Verfügung.

Die Lehrsäle für die verschiedenen Lehrgruppen mit z. T. fest installierten Geräten, mit Filmvorführanlagen, Dia-Projektoren und entsprechendem Schulungsmaterial befinden sich im ersten Stock. Hier sind auch die Ein- bis Vierbettzimmer, in denen die Lehrgangsteilnehmer während der Dauer der Ausbildung wohnen. Sanitäre Einrichtungen und Aufenthaltsräume sind in genügender Zahl vorhanden. Gegessen

In der Fernmeldezentrale der Schule. Von hier aus wurden in Zusammenarbeit mit den Fernmeldezentralen der Regierungspräsidien am Einweihungstag 44 KatS-Fahrzeuge und 140 Helfer aus allen Landkreisen im Rahmen einer Übung per Funk zur Schule geführt.



Unten: Blick in den Planspielraum mit einigen großen und anschaulichen Modellen.



Im Lehrsaal für ABC-Schutz mit fest installierten Geräten befassen sich die Helfer gerade mit den Grundregeln des Strahlenschutzes.



wird in der benachbarten Sparkassenschule. Kleinigkeiten werden in der gemütlich eingerichteten Kantine serviert. Für heiße und kühle Getränke stehen Automaten bereit.

Die Praxis findet hauptsächlich in den Kellerräumen statt, die, je nach Betrachtung, das eigentliche Erdgeschosß bilden, da das Haus Hanglage hat. Hier befinden sich der Atemschutzübungsraum, ein Brennschneidraum, ein Brennschneidgeräteraum, Geräteräume für Atemschutz, ABC-Dienst, Bergungs-, Sanitäts- und Fernmeldedienst, ein Bekleidungsraum, eine Werkstatt, die Hausdruckerei sowie die schon erwähnte Kantine.

### Zur Eröffnung eine Fernmelderahmenübung

Es war der Wunsch von Innenminister Karl Schiess, daß anläßlich der Eröffnung der Schule möglichst viele Helfer dabei sein sollten. Dazu wurden zu den anwesenden 70 Lehrgangsteilnehmern noch 140 Helfer aus allen Landkreisen in Verbindung mit einer Fernmelderahmenübung eingeladen.

Von den Fernmeldezentralen des Regierungspräsidenten Baden-Württembergs und von der Schule aus wurden 44 Fahrzeuge, mit verdienten Führungskräften besetzt, über vier Verkehrskreise per Funk zur Katastrophenschutzschule geführt.

Dabei wurde folgender Übungszweck erzielt:

1. Schulung der Führungskräfte in der Anwendung der Führungsmittel.
2. Übung in Geräteschaltungen und Anwendung der Funkbetriebssprache.
3. Inbetriebnahme der Fernmeldezentrale des Regierungspräsidenten (RP).
4. Führen über zwei Funkkreise im RP.



Unterricht im schweren Atemschutz. Die Schule bietet insgesamt 52 verschiedene Lehrgangsorten an.



Hier vermittelt der stellvertretende Schulleiter Helmut Marschke Helfern des Sanitätsdienstes Hintergrundwissen zum Thema Erste Hilfe.

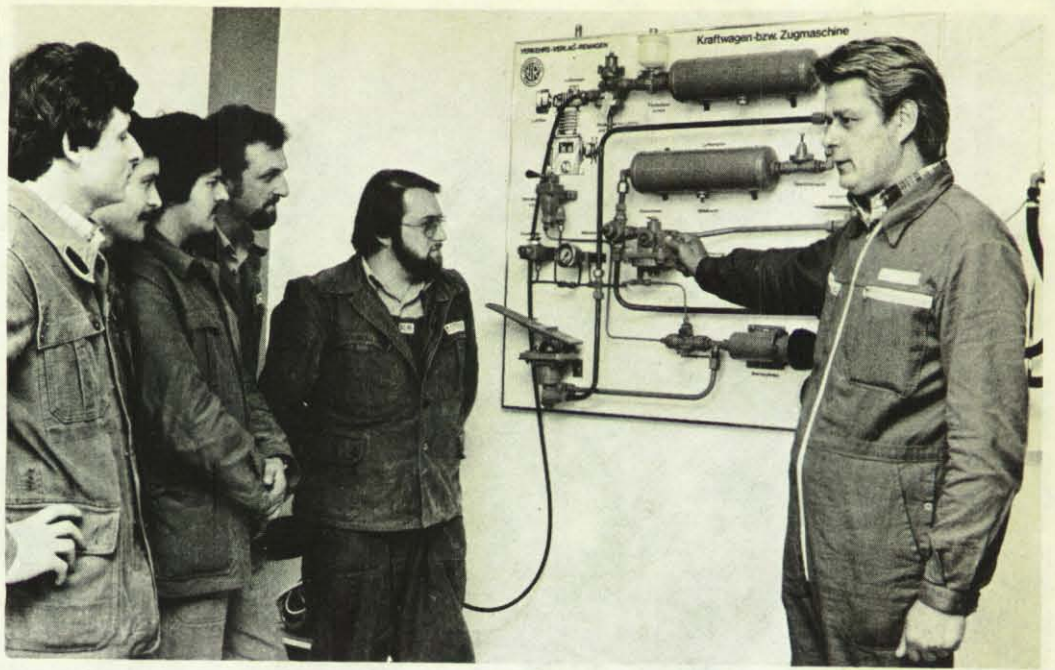


5. Führen einer Lagekarte über eventuelle Funkchat- tengebiete innerhalb des RP.

6. Funkverkehrsabwicklung über verschiedene Relais- stellen.

7. Anwendung des UTM-Git- ternetzes.

Die Zeitdauer der Übung betrug etwa vier Stunden. Wegen der unterschiedli- chen Länge der Anmarsch- wege waren die Abfahrtszei- ten so geregelt, daß die einzelnen Funkstellen bis spätestens 10.15 Uhr in Neuhausen auf den Fildern eintrafen. Funkstellen mit kürzeren Anmarschwegen beteiligten sich auch von Übungsbeginn an am Funk- verkehr, trafen aber erst ab 9.00 Uhr bei der KatS- Schule ein.



Oben: Für die Ausbildung von Kraftfahrern veranschaulichen übersichtlich angeordnete Modelle – hier das Modell einer Druckluftbremse – Funktion und Technik von Kraftfahr- zeugen. – Unten: In die Teststrecke für Atemschutzgeräteträger wurde eine Reihe von zu überwindenden Schwierigkeiten eingebaut.

## Der Festakt

Im umgebauten Planspiel- raum fand eine Feierstunde aus Anlaß der offiziellen Inbetriebnahme der Kata- strophenschutzschule statt. Schulleiter Werner Kullen konnte außer Innenminister Karl Schiess eine Reihe prominenter Persönlich- keiten begrüßen. Unter ihnen waren: Landtags- und Bun- destagsabgeordnete des Landkreises Esslingen, Ver- treter des Bundesamtes für Zivilschutz, an ihrer Spitze Vizepräsident Dipl.- Ing. Zielinski, Vertreter der angrenzenden Nachbarlän- der, eine große Zahl der Landräte bzw. die Vertreter der Stadt- und Landkreise sowie die Vertreter der vier Rgierungspräsidien, Vertre- ter der Bundeswehr, der Ministerien, der im Kata- strophenschutz mitwirkenden Organisationen, der Bürgermeister der Ge- meinde Neuhausen, Vertre- ter von Presse und Rund- funk sowie Rentner, Ange- hörige von Verstorbenen ehemaliger Bediensteter und sonstige Freunde der Schule.

Werner Kullen gab einen Überblick über die Aufga-





**Oben:** Hier machen sich Lehrgangsteilnehmer mit der Ausstattung eines neuen Typs von Gerätekraftwagen vertraut.



**Links:** Feldköche des Katastrophenschutzes bei der Zubereitung der Erbsensuppe, die im Anschluß an die Einweihung der Schule Gästen und Helfern serviert wurde.

ben und Leistungen der Schule und zeigte auf, wo die Aussichten für eine verbesserte Aktivität liegen. Er hob hervor, daß in Auswertung der Erkenntnisse aus der Waldbrandkatastrophe in Niedersachsen der Ausbildung der Mitglieder der Stäbe der Hauptverwaltungsbeamten sowie der Technischen Leiter des Einsatzes als Führer auf der mittleren Ebene breiter Raum gewidmet würde. Zur Sicherstellung eines lückenlosen Führungsstranges würden z. Z. vorrangig die Angehörigen der Fernmeldezentralen geschult. Daneben würden im Auftrag

und zu Lasten des Landes Sonderlehrgänge durchgeführt, mit denen sichergestellt werden soll, daß Auswertung und Führung lückenlos von den Landratsämtern über die Regierungspräsidien bis zum Katastrophenstab des Innenministeriums mit geschulten Bediensteten dieser Behörden wahrgenommen werden können.

„Wir sind sicher“, sagte Werner Kullen, „daß nach der Zusammenfassung unter einem Dach unter Nutzung installierter technischer Möglichkeiten und der Bereitstellung notwendiger

Übungs- und Planspielräume die Qualität der Ausbildung noch verbessert werden kann.“ Abschließend führte der Schulleiter aus: „Möge dieses Haus die Stätte der Begegnung all derer sein, die sich berufen fühlen, ihre Kräfte dafür einzusetzen und sich dafür auszubilden, in allergrößter Gefahr den Mitbürgern wirkungsvolle Hilfe bringen zu können.“

Bürgermeister der Gemeinde Neuhausen a. d. F., Werner Präg, gab einen kurzgefaßten Rückblick auf die frühere Verwendung der Schulgebäude, dankte

allen, die in Verhandlungen am Zustandekommen des Entschlusses mitgewirkt haben, die Katastrophenschutzschule nach Neuhausen zu bringen, und brachte den Wunsch zum Ausdruck, daß sich die Bediensteten wie auch die Lehrgangsteilnehmer auf dem Boden der Gemeinde Neuhausen immer wohlfühlen mögen. Im Namen der Gemeinde überreichte er dem Schulleiter ein Geschenk für die Schule.

Innenminister Karl Schiess betonte in seiner Ansprache, daß Katastrophenschutz eine Aufgabe sei, die nur gemeinsam von Staat und Bürgern bewältigt werden könne. Die große Zahl der Frauen und Männer, die sich freiwillig in den Hilfsorganisationen zusammengeschlossen haben, bezeichnete er als beeindruckenden Beweis für den Hilfs- und Einsatzwillen der Bevölkerung. Der Minister wies darauf hin, daß dem Landtag von Baden-Württemberg in Kürze der Entwurf eines Landeskatastrophenschutzgesetzes zugeleitet werde, von dem das Land eine wesentliche Verbesserung der Voraussetzungen für die Sicherstellung einer ausreichenden Katastrophenschutzvorsorge erwarte.

Die Katastrophenschutzschule gelte als Teil der Erweiterung des Katastrophenschutzes und werde vom Bund finanziert. Allein im Jahr 1976 seien für die zusätzliche Ausbildung der Helfer vom Bund über 1 Mio. DM zur Verfügung gestellt worden. Der Haushalt der Schule übersteige die 2-Mio.-Grenze. Für die Unterstützung und die Bereitstellung der Mittel dankte er dem Bund.

Der Minister begrüßte das große Lehrgangsangebot der Schule, in dem sich auch das Aufgabenspektrum des Katastrophenschutzes widerspiegeln würde. Gerade wegen des breitgefächerten



Der Spielmannszug der Freiwilligen Feuerwehr Leonberg unterhielt Besucher und Gastgeber mit flotten Weisen.



Mit solchen hübschen Musikantinnen fällt die vielzitierte kameradschaftliche Verbundenheit der Hilfsorganisationen natürlich besonders leicht.



Innenminister Schiess (Mitte) und Schulleiter Kullen trinken mit ihren Gästen auf ein erfolgreiches Wirken der neuen Katastrophenschutzschule Baden-Württemberg.

Lehrgangsangebots stelle die Katastrophenschutzschule eine integrierende Kraft dar, die den vorbereitenden Maßnahmen zur Herstellung einer jederzeitigen Einsatzbereitschaft „vor Ort“ stets neue Impulse gebe.

Mit der Aufforderung an alle Landräte, auch in Zukunft den Aufbau des Katastrophenschutzes nach Kräften zu unterstützen und mit einem herzlich gehaltenen Dank an Schulleiter und Lehrkörper für die Leistung vergangener Jahre schloß der Minister seine Ausführungen.

Der Vizepräsident des Bundesamtes für Zivilschutz und Direktor des THW, Dipl.-Ing. Zielinski, überbrachte die Grüße des durch Krankheit verhinderten Präsidenten des BZS, Dr. Kolb. In seiner Ansprache wies er auf die Priorität der Ausbildung hin, die diese im Katastrophenschutz besitze, und darauf, daß eine gute Ausbildung Mängel an materiellen Mitteln bis zu einem gewissen Grad zu überbrücken vermag.

Katastrophenschutzschulen seien mehr als nur Ausbildungsanstalten, die Kenntnisse und Fertigkeiten vermitteln. Zu ihren Funktionen gehörte auch der Auftrag, Koordinations- und Integrationsimpulse zu geben, die teilweise über das Gebiet des Katastrophenschutzes hinausreichen können. Trotz der getrennten Aufgabenbereiche in den einzel-

nen Fachdiensten dürfe keine Rivalität unter den Helfern der einzelnen Dienste entstehen. Bei Katastrophen sei das effektive Zusammenwirken aller Fachdienste notwendig. Weil hier Barrieren abzubauen seien, müßten sich die Katastrophenschutzschulen von der Erkenntnis leiten lassen, daß eine ausschließlich fachdienstbezogene Ausbildung mögliche isolationistische Beharrungstendenzen der einzelnen Dienste verstärke. Die Schlußfolgerung sei eine Hinwendung zu einem mehr fachdienstübergreifenden Unterrichtssystem.

Als eine nicht unbedeutende Aufgabe bezeichnete Zielinski den Beitrag der Katastrophenschutzschulen zur sozialen Integration und auch zum besseren Demokratieverständnis.

Die Schulen leisteten über den ihnen zugeordneten fachlichen Bereich hinaus, dadurch, daß sie beste Entfaltungsbedingungen für die Tugend der Toleranz böten, auch einen Beitrag zur Heranbildung des mündigen Staatsbürgers. Direktor Zielinski schloß seine Ansprache mit dem Satz: „In dem Bemühen, die Ungeborgenheit der Menschen in dieser Welt abzubauen, liegt unsere Aufgabe und Verantwortung.“

Nach dem Festakt, der musikalisch umrahmt wurde durch Kammermusik, gespielt vom Kammerorchester aus Ostfildern, hatten die Gäste Gelegenheit zu einem Rundgang durch die neue Katastrophenschutzschule. Auf einer großen Wiese hinter dem Schulgebäude waren Bänke und Tische aufgeschlagen und alles zur Essenausgabe vorbereitet. Die von den Feldköchen des Katastrophenschutzes servierte Erbsensuppe mündete Gästen und Helfern ganz ausgezeichnet. Zu dem anschließenden gemütlichen Beisammensein musizierte der Spielmannszug der Freiwilligen Feuerwehr Leonberg.



Helmut Freutel / Fotos: Günter Sers

## Leitwort: DIENEN

Festakt anlässlich des 25jährigen Bestehens der Johanniter-Unfall-Hilfe

Der große Saal der Stadthalle von Bonn-Bad Godesberg war bis auf den letzten Platz besetzt, als am 23. April die Johanniter-Unfall-Hilfe im Rahmen eines Festaktes ihr 25jähriges Bestehen feierte. Ein Orchester der Bundeswehr spielte zu Beginn den „Einzug der Johanniter-Ritter“ von R. Strauß.

Der Präsident der Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH), Wolf v. Zawadzky, konnte namens des Präsidiums eine große Zahl von namhaften Gästen begrüßen, die mit ihrer Anwesenheit nicht nur die JUH als Organisation ehrten, sondern auch die Hilfsbereitschaft und Einsatzfreudigkeit Tausender, meist junger Helfer, die sich das „Dienen“, die uneigennützig Hilfe an notleidenden Menschen, zum Ziel gesetzt haben.

Präsident v. Zawadzky begrüßte unter den Gästen den Herrenmeister S.K.H. Prinz Wilhelm Karl von Preußen und das gesamte Kapitel des Johanniter-Ordens sowie zahlreiche Ordensritter. Aus allen Teilen der Bundesrepublik waren Delegationen der Landesverbände angereist. Vom britischen Bruderorden war eine Delegation des „Order of St. John“ unter Führung von Generalmajor Gordon anwesend. Mit besonderer Herzlichkeit begrüßte der Präsident die zu den Gründungsmitgliedern zählenden Persönlichkeiten, die im Frühjahr 1952 die erste Vereinssatzung der JUH unterschrieben hatten: Graf v. Arnim, Gräfin v. Arnim, Freiherr v. Gersdorff und Frau Iffert, geb. Stegmann.

In seinem Rückblick über die Entwicklung der JUH



**Oben: Blick in den großen Saal der Stadthalle von Bonn-Bad Godesberg, in dem der Festakt zum 25jährigen Bestehen der Johanniter-Unfall-Hilfe stattfand.**

**Rechts: Die Begrüßungsansprache hielt der Präsident der JUH, Wolf v. Zawadzky, der auch einen Überblick über die Entwicklung und den Stand seiner Organisation gab.**



– das ZS-MAGAZIN berichtete in zwei Beiträgen darüber in seiner April-Ausgabe – führte v. Zawadzky die Namen von Personen und Organisationen an, die beim Aufbau der JUH praktische Hilfe geleistet hatten bzw. mit denen sie sehr verbunden sind. Darunter waren der frühere Leiter der DRK-Schule, Dr. Stoekel, der Hunderte von JUH-Ausbildern in Erster Hilfe

schulte, sowie die Vertreter des kameradschaftlich verbundenen Malteser-Hilfsdienstes, Graf Landsberg-Velen, und des Deutschen Roten Kreuzes, Generalsekretär Dr. Schilling, sowie des Arbeiter-Samariter-Bundes, Blum. Auch den Vertretern des Deutschen Feuerwehrverbandes, des Bundesverbandes für den Selbstschutz, des Bundesamtes für Zivilschutz, der

Ministerien und der Bundeswehr sowie des Bundesamtes für Zivildienst sprach Präsident v. Zawadzky seinen Dank für gute Zusammenarbeit aus. Unter dem Beifall der Gäste richtete er besondere Grüße an die anwesenden Botschafter der Türkei und Italiens sowie an den Sonderbeauftragten der italienischen Regierung für das Erdbebengebiet Friaul.

Wolf v. Zawadzky schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß die Entwicklung der JUH noch keineswegs abgeschlossen sei. Mit Hilfe der treuen Mitglieder und Freunde würde es weiter aufwärtsgehen. Denen aber, die der Hilfe der JUH bedürften, versprach er, immer für sie bereit zu sein.

ihrer Freizeit für den Dienst im Rettungswesen opfern. Der Katastrophenschutz der Bundesrepublik schöpfe seine Stärke aus dem Miteinander aller Hilfsorganisationen. Mit seinem Dank an die Organisation und ihre vielen Helfer wünschte Bürgermeister Hönig der JUH auch für die Zukunft eine erfolgreiche Tätigkeit.

schaftliche Bedeutung. Der Wille engagierter Mitbürger, Verantwortung zu übernehmen und unser Zusammenleben mitzugestalten, sei ein staatsbürgerliches Beispiel, das nicht hoch genug eingeschätzt werden könnte. Allen, die mitgeholfen hätten, die Bereitschaft der JUH zu fördern, stets füreinander einzustehen,

die geleistete humanitäre Hilfe bei Katastrophen im Ausland. Diese vielseitigen Taten im Verein mit anderen Organisationen hätten neben dem humanitären Aspekt auch eine nicht hoch genug einzuschätzende völkerverbindende Solidarität im Gefolge gehabt. Im Namen der Bundesregierung und besonders des

**Links: Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Dr. Fröhlich, übermittelte die Grüße und den Dank der Bundesregierung und des Bundesinnenministers. – Rechts: Die Festansprache hielt der Präsident des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche Deutschland, Dr. Theodor Schober, der dabei über die „seelische Temperatur in unserer Gesellschaft“ referierte.**



Die Grüße der Stadt Bonn und ihres Oberbürgermeisters übermittelte Bürgermeister Hönig. Er beglückwünschte die Organisation zu ihrer erfolgreichen Tätigkeit im Dienst am Menschen und hob die Unverzichtbarkeit ihres Dienstes im Katastrophenschutz hervor. Ganz besonders würdigte er das freiwillige und ehrenamtliche Engagement der Helfer, die viele Stunden

### **Gratulation des Bundesinnenministers**

Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Dr. Fröhlich, überbrachte Grüße und Gratulation des Ministers und betrachtete in seiner Ansprache die 25 Jahre Dienst am Nächsten der JUH unter dem ethischen Aspekt und im Hinblick auf die große staatsbürgerliche und gesell-

**Der Tenor der Rede des Herrenmeisters des Johanner-Ordens, S.K.H. Prinz Wilhelm Karl von Preußen, war Rückbesinnung und Dankbarkeit. Im Anschluß an seine Ansprache zeichnete er verdiente Helfer aus.**

verdienten Respekt und Anerkennung. Staatssekretär Dr. Fröhlich beschrieb die vielfältigen Aufgaben der Organisation, ihre Leistungskraft, den Idealismus der Helfer, aber auch die Verpflichtung des Staates, die Hilfsorganisationen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen. Besonderes Lob zollte Dr. Fröhlich der JUH für

Bundesinnenministeriums dankte er allen Helfern und wünschte Glück und Erfolg für die nächsten 25 Jahre.

### **Verbundenheit mit der Bundeswehr**

Generaloberstabsarzt Prof. Dr. Rebentisch, Inspekteur des Sanitäts- und Gesundheitswesens der Bundeswehr, überbrachte die Grüße des Bundesministers der Verteidigung. Er verband sie mit den Glückwünschen des Sanitätsdienstes der Bundeswehr, der sich mit der JUH besonders verbunden fühle. Dabei erinnerte er nur an die segensreiche Ausbildung der Schwesternhelferinnen für zivile und militärische Zwecke, die sowohl im Katastrophenschutzfall wie auch während und nach einem V-Fall gebraucht würden. Die höchste Aufgabe sei es, möglichst vielen Menschen Leben und

Gesundheit zu erhalten. Dieses Ziel würde auch von der Bundeswehr in vielen Bereichen angestrebt und tatkräftig unterstützt.

### **Energiequelle Nr. 1: die Liebe**

Die Festansprache zum Festakt anlässlich des 25jährigen Bestehens der JUH hielt der Präsident des Diakonischen Werkes der E.K.D., Dr. Schober. Er richtete nicht nur seinen Dank und seine Anerkennung an die Pioniere der 50er Jahre und an die große Helferschaft, sondern zeigte auf, wie notwendig ein Beitrag, wie ihn die JUH in den 25 Jahren ihres Bestehens geleistet hat, für die Zukunft unseres Gemeinwesens ist. Dabei zitierte er Bundespräsident Walter Scheel, der in seiner besonders beachtenswerten Rede vom Februar 1977 folgendes gesagt hat: „Der einzelne kann sich selbst nur in der Gemeinschaft verwirklichen; er braucht, um sich als einzelner entfalten zu können, die Gemeinschaft. Die Souveränität des einzelnen findet in der Souveränität der anderen nicht nur ihre Schranke, sondern auch ihre Aufgabe. Freiheit im demokratischen Sinne ist nicht nur ein Individualbegriff, Freiheit ist im gleichen Maße ein sozialer Begriff: Die Freiheit des einzelnen bedingt die Freiheit der Gemeinschaft, und die Freiheit der Gemeinschaft ermöglicht die Freiheit des einzelnen. Leidet das eine, nimmt auch das andere Schaden. Die Gemeinschaft ist die beste, in der die Freiheit des einzelnen und die der Gemeinschaft als eine Einheit verstanden werden. Und am freiesten ist der Bürger, der seine Fähigkeiten im freiwilligen Dienst an der Gemeinschaft verwirklicht. Freiheit und Dienst, Recht und Bindung streben in einer Demokratie jederzeit zu einem immer wieder gefährdeten Gleichgewicht, das täglich neu



Teil der großen JUH-Ausstellung auf der Rigalschen Wiese in Bad Godesberg, auf der die Organisation einen Überblick über ihre Aktivitäten gab, war dieser K-ABC-Zug-mot.

**Am Rande des Festaktes: Staatssekretär Dr. Fröhlich (links) im Gespräch mit dem Präsidenten des Bundesamtes für Zivilschutz, Dr. Kolb (Mitte), und Vizepräsidenten des BZS und Direktor des THW, Dipl.-Ing. Zielinski.**



bestimmt und errungen werden muß. In anderen Staatsformen liegen die Dinge einfacher: Dort ist man Herr oder Diener. In einer Demokratie ist jeder Herr und Diener, ist jeder der Staat und der erste Diener des Staates.“ Dr. Schober setzte sich in seiner Festansprache mit der „seelischen Tempe-

ratur in unserer Gesellschaft“ auseinander, von der behauptet wird, daß sie sinke, da überall ein Abbau menschlicher Begegnungsmöglichkeiten stattfindet, alles zum Großen und Massenhaften dränge, wodurch der einzelne zunehmend isoliert würde. Doch der Präsident des Diakonischen Werkes zeigte

auch auf, wie man diesem Trend begegnen kann, nämlich durch Aktivitäten aus der Energiequelle „Liebe“. Diese Aktivitäten steckten an, ermutigten manche Resignierenden und Lebensmüden und trieben die seelische Temperatur in unserer Gesellschaft wieder in die Höhe. Mit Beifall bedacht wurden



Bei einem Rundgang über die Ausstellung zeigte S.K.H. Prinz Wilhelm Karl von Preußen großes Interesse an den zur Schau gestellten Geräten und Einsatzfahrzeugen.



Die bei solchen Anlässen obligate Erbsensuppe aus der eigenen Feldküche fand bei Besuchern der Ausstellung wie bei der Helferschar regen Zuspruch.

die Worte Dr. Schobers, als er über die soziale und diakonische Grundeinstellung vieler junger Menschen sprach: „Wer in den letzten Jahrzehnten Kontakt mit jungen Menschen und ihrer Bereitschaft zum Helfen gehabt hat, dem kommt die oft vorschnelle Kritik über die junge Generation von heute nicht mehr so

leicht von den Lippen. Manchmal wünschte er sich vielmehr, die heute auf der Höhe ihres Lebens stehenden Erwachsenen hätten ein Stück von jener Wachsamkeit, Hellhörigkeit und Sensibilität für Nöte und Ungerechtigkeiten der Umwelt, wie sie uns viele Junge vorleben, manchmal vielleicht in unausgereiften

Reden und mißverständlichen Formen. Wie sollte es auch anders sein? Wir alle bleiben lebenslang Lernende.“

Mehr als alle dramatischen Appelle bewirkten Übungszentren der Nächstenliebe.

Wenn sie dazu führten, daß immer mehr Menschen die Not des anderen besser

erkennen und zur sinnvollen Hilfe angeleitet würden, sei viel erreicht.

### Das Gleichnis vom barmherzigen Samariter

S.K.H. Prinz Wilhelm Karl von Preußen, Herrenmeister des Johanniterordens, beschrieb in seiner Anprache die bescheidenden Anfänge der JUH mit allen Unzulänglichkeiten, dem Zwang zur Improvisation und dem großen Idealismus der Gründer. Er schilderte, wie aus dieser Anfängen in gemeinsamer Anstrengung das neue Ordenswerk geschaffen worden ist, auf das diejenigen, die es aufgebaut haben, ebenso mit Recht stolz sein können wie die Helferinnen und Helfer, von denen es heute getragen wird.

Vor dem Hintergrund einer 900 Jahre alten Tradition, die es sich zum Prinzip gemacht hat, entsprechend dem Gleichnis vom barmherzigen Samariter für den christlichen Glauben der Nächstenliebe und gegen Krankheit und Not zu wirken, sei auch das vielfältige Schaffen des Johanniterordens zu sehen. Die JUH mit allen ihren zeitgerechten Aufgaben und Einrichtungen entspräche dem ritterlichen Auftrag der Krankenpflege mit den Mitteln der Neuzeit.

Nach seiner Anprache verlieh der Herrenmeister des Johanniterordens Wilhelm Karl Prinz von Preußen das Ehrenzeichen der Johanniter an eine Reihe von JUH-Angehörigen.

Nach Grußworten von verschiedenen Vertretern großer Verbände des In- und Auslands spielte das Bundeswehr-Orchesters zum Ausklang des Festaktes „Pomp and Circumstances“ von Edward Elgar.

Anschließend war auf der Rigalschen Wiese gegenüber der Stadthalle eine große Ausstellung der JUH zu besichtigen, auf der die Organisation sich selbst und ihre vielseitigen Arbeitsgebiete darstellte.

Helmut Freutel

# FLIEGENDE SAMARITER

Der Luftrettungsdienst in der Bundesrepublik Deutschland

Die Deutsche Gesellschaft für Hubschrauber-Verwendung und Luftrettungsdienst e. V. hatte im April zu einer Vortragsveranstaltung in die Bonner Beethovenhalle eingeladen, um einmal einen Überblick über die Tätigkeit der am Luftrettungsdienst in der Bundesrepublik maßgeblich beteiligten Organisationen zu geben. Der Vorsitzende der Gesellschaft, der frühere Präsident der Bundesanstalt für zivilen Bevölkerungsschutz, Erich Hampe, konnte zahlreiche Gäste aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens begrüßen. In einem kurzen Abriß schilderte er die Ziele und die Entwicklung seiner Gesellschaft, die 1959 als gemeinnützig anerkannte Organisation gegründet wurde. Um einen zivilen Luftrettungsdienst zu schaffen, wollte die Gesellschaft eigentlich die Halter von zivilen Hubschraubern zum Einsatz in allen Notfällen verpflichten. Dies erwies sich jedoch infolge der geringen Anzahl ziviler Hubschrauber in der Bundesrepublik als nicht wirksam genug. Sie griff dann über die Hubschrauber ihrer Mitglieder hinaus auf Flächenflugzeuge zurück, die in großer Zahl bei Luftsportvereinen, privaten Haltern und gewerblichen Unternehmen zur Verfügung standen. Wenn Flächenflugzeuge auch nicht wie Hubschrauber eine Rettung aus der Luft durch Landung an der Unfallstelle durchführen können, so vermögen sie doch viele andere Aufgaben wie Suchdienst und Erkundung, Überwachung und Versorgung in gleicher Weise zu erfüllen. In jedem Fall war die Hilfe aus der Luft als eine Ergänzung des bodenständigen Rettungsdienstes gedacht. Dies war die Basis, auf der alle beteiligten Organisationen ihren Luftrettungsdienst aufgebaut haben.

## Der Such- und Rettungsdienst (SAR) für Luftfahrzeuge in der Bundesrepublik

Der Vortragende, Oberstleutnant Wünderlich, gab einen Überblick über die Entwicklung und den Stand des militä-

rischen Such- und Rettungsdienstes (SAR = search and rescue), der auch für zivile Notfälle stets zur Verfügung steht. Nach einer Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bundesverteidigungsministerium und dem Bundesinnenministerium führen die Glieder beider Ministerien diesen Rettungsdienst gemeinsam durch. Die SAR-Kommandos, die über die ganze Bundesrepublik verteilt sind, halten Hubschrauber von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang in 15-Minuten-Bereitschaft. Weitere Hubschrauber können in angemessener Frist eingesetzt werden. Außer an den Orten der SAR-Kommandos sind SAR-Hubschrauber auch an den Rettungszentren der Bundeswehrkrankenhäuser Hamburg, Koblenz, Ulm, Aachen-Würselen und Nürnberg stationiert.

Die Leitstelle des militärischen Such- und Rettungsdienstes wurde im vergangenen Jahr von Porz-Wahn ins niederrheinische Goch verlegt. Wer die Nummer (0 28 23) 33 33 wählt, darf mit sofortiger Hilfe rechnen. Die Leitstelle ist mit ihren neun Einsatzkommandos über Direktleitungen verbunden.

Aufgabe des SAR-Dienstes ist die Suche nach überfälligen, vermißten oder abgestürzten Luftfahrzeugen, ohne Rücksicht auf deren Nationalität oder sonstige Zugehörigkeit, Rettung der Insassen, Hilfeleistung für diese und Transport der Überlebenden zur ärztlichen Betreuung. Darüber hinaus leistet er den Streitkräften Hilfe und Unterstützung in anderen Notfällen auf Land und See.

Ausrüstung und Ausstattung der Rettungshubschrauber mit Funk- und Navigationsgeräten einerseits und Rettungsgeräten und -mitteln andererseits entsprechen dem Auftrag.

Die Besatzungen werden für Einsätze über Land und See, im Gebirge sowie bei Nacht ausgebildet. Die Besatzungen erhalten eine gute Sanitätsausbildung.

Als Einsatzarten unterscheidet der SAR-Dienst Primäreinsätze und Se-

kundäreinsätze. Zu den Primäreinsätzen gehört z. B. der Transport eines Arztes/Mediziners oder von Fachpersonal zum Notfallort, wenn für Patienten Lebensgefahr oder die Gefahr schwerer gesundheitlicher Schäden gegeben sein könnte, sowie der Transport zur ersten notwendigen Behandlung in einem Krankenhaus. Zu den Sekundäreinsätzen gehört z. B. der Transport von Patienten aus einem Krankenhaus, in dem die Erstversorgung durchgeführt wurde, in ein anderes Krankenhaus zur weiteren, für die Endversorgung medizinisch erforderlichen Spezialbehandlung.

Im Jahre 1976 sind ca. 5000 Einsätze geflogen worden, davon 84 Prozent auf zivilem Sektor.

## Der SAR-Dienst der Marine

Der vorangegangene Vortrag fand eine Ergänzung in dem Referat von Fregattenkapitän Hundt, der über den SAR-Dienst der Bundesmarine sprach. Von diesem Dienst können 40 Flugzeuge und Hubschrauber zur Verfügung gestellt werden. Ihr Einsatzgebiet ist der Küstenbereich und über See. Die SAR-Hubschrauber sind in Kiel-Holtenau für die Ostsee, auf der ostfriesischen Insel Borkum und der nordfriesischen Insel Sylt stationiert. Sie stehen zu jeder Tages- und Nachtzeit in Alarmbereitschaft. Während der Urlaubszeit erfüllen sie fast ausschließlich Hilfeleistungen für Urlauber. Die Maschinen sind auch bei ungünstigen Sichtverhältnissen wegen ihres signalroten Anstriches schon aus großer Entfernung gut wahrzunehmen.

Fregattenkapitän Hundt schilderte anhand von Einsatzbeispielen, daß der Erfolg nicht so selbstverständlich ist, wie man bei oberflächlicher Betrachtung meinen möchte. Die Elemente der Natur machen Besatzung und Maschine bei der Verrichtung ihrer Aufgaben ganz schön zu schaffen, denn die See kann lebensfeindlich sein.



Trifft bei der SAR ein Notruf ein, der zumeist von der örtlichen Polizei oder von einem Hafenmeister kommt, so steigen die für diesen Abschnitt zuständigen Hubschrauber unverzüglich auf. Nach einem feststehenden Alarmplan suchen die Besatzungen die ihnen zugeteilten Planquadrate im Wattenmeer oder im entsprechenden Seeabschnitt systematisch ab.

Dabei stehen sie mit den bodenständigen Diensten wie Polizei und Hilfsorganisationen, aber auch mit Notarzt und Krankenhäusern in Funkverbindung, was wiederum beim Suchen und Retten ein Optimum an Erfolg garantiert.

Weit über 4000 Flüge hat der SAR-Dienst der Bundesmarine seit seinem Bestehen durchgeführt, darunter viele, die dem Katastropheneinsatz dienen. Die SAR-Leitstelle Glücksburg ist unter der Telefonnummer (0 46 31) 86 25 zu erreichen.

---

### **Der Bundesgrenzschutz im Luftrettungsdienst**

---

Oberst im BGS Knorr stellte fest, daß das Rettungswesen, zu dem auch der Luftrettungsdienst gehört, ausschließlich in der Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und Finanzierungskompetenz der Länder liegt. Die Kosten für die Beschaffung und Ausrüstung der Hubschrauber des Katastrophenschutzes trägt das Bundesinnenministerium.

Organisiert wird das Ganze von dem ihm nachgeordneten Bundesamt für Zivilschutz. Geflogen und gewartet werden die gelben Maschinen von Angehörigen des Bundesgrenzschutzes. Außer einem Piloten gehören ein Notarzt und ein Rettungssanitäter zur ständigen Besatzung. Die Ärzte werden von den Krankenhäusern, die Sanitäter von den im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen gestellt. Der ADAC führt die Kostenaufstellung und Kostenabrechnung mit dem Bundesamt für Zivilschutz und den Krankenkassen durch; er sammelt und wertet Daten aus und führt die Statistik.

Zur besseren Anschauung wurde ein hervorragend gemachter Film über Organisation und Einsatz der Katastrophenschutz-Hubschrauber vorgeführt.

Über die Aufgaben der Hubschrauber, die in dieser Zeitschrift schon oft beschrieben wurden, sollen hier nur zwei Sätze geschrieben werden: Während sie im Katastrophenschutz u. a.

als Hilfsmittel bei Führungsaufgaben vorgesehen sind, dienen sie im Rettungsdienst primär zum Schnelltransport von Arzt und Sanitäter zu einem Notfallort zur Erstversorgung verletzter Menschen. Als Sekundäraufgabe übernehmen die Hubschrauber den Transport von Notfallpatienten von Krankenhäusern zu Spezialkliniken sowie die Beförderung lebenswichtiger Medikamente, Blutkonserven u. ä. Um die Katastrophen- und Unfallschwerpunkte im Bundesgebiet abzudecken, soll ein Netz von 18 Stationen errichtet werden mit je einem Einsatzradius von 50 km. Das Netz umfaßt inzwischen 15 Stationen mit insgesamt 20 Maschinen.

Oberst Knorr begnügte sich aber keineswegs damit, nur Loblieder auf den Luftrettungsdienst zu singen, sondern er machte dem Auditorium klar, daß trotz der positiven Erfahrungen, die man mit dem Rettungsdienst gemacht habe, das System noch lange nicht perfekt sei. Da der organisierte Luftrettungsdienst im Grunde nicht zu den Aufgaben des BGS gehöre, müßte insbesondere auf dem personellen Sektor noch zuiel improvisiert werden. Eine der größten Schwierigkeiten bereite die Gestellung gut geschulter Piloten in dem erforderlichen Umfang. Hier potenzierten sich im Laufe der Zeit die Unzulänglichkeiten. Daß man sie aber aufzeigen könne, sei schon die Prämisse zu ihrer Beseitigung. Diese Fakten und Überlegungen endeten in präzisen Verbesserungsvorschlägen an die Adressen der zuständigen Behörden, deren Vertreter anwesend waren. Hierauf im einzelnen einzugehen, würde den Rahmen dieses Berichts sprengen, zumal diese Vorschläge nur einen bestimmten Kreis interessieren dürften.

Abschließend sprach Oberst Knorr dem Vorsitzenden der Gesellschaft, Hampe, Dank und Anerkennung aus, da er es gewesen sei, dessen Gedanken entscheidend zur Errichtung des Luftrettungswesens beigetragen hätten (siehe auch ZS-MAGAZIN Nr. 2/77, „Der Sieg einer Idee“).

---

### **Die SOS-Flugrettung**

---

Die Gründerin des gemeinnützigen Vereins SOS-Flugrettung e. V., Ina von Koenig, begründete zunächst, warum es neben dem SAR-Dienst und dem Luftrettungsdienst der Katastrophenschutz-Hubschrauber auch noch zivile Einrichtungen geben muß. Der Verein sieht seine Aufgabe darin, den Rücktransport von erkrankten

oder verletzten Reisenden aus dem Ausland unter medizinisch optimalen Bedingungen zu organisieren und im Inland eine sofortige Spezialbehandlung zu gewährleisten. Außer diesen Repatriierungsflügen werden noch eilige Transporte von medizinischen Spezialisten durchgeführt, wenn es darum geht, daß Patienten schnellstens in die richtigen Hände kommen müssen. Ferner stehen Eiltransporte von Organen, Blutkonserven, medizinischen Geräten und Medikamenten sowie Verlegungsflüge von einem Krankenhaus in ein anderes auf dem Programm.

Nach Anruf bei der Alarmzentrale, Stuttgart (07 11) 70 55 55, sorgt die SOS-Flugrettung dafür, daß rechtzeitig geholfen wird. Moderne Notarzt-Jets mit einem Aktionsradius von 2500 bis 3000 km ohne Zwischenlandung holen Menschen, die in Not geraten sind, von jedem Punkt der Erde und bringen sie in die nächstgelegene Spezialklinik, wobei auch andere Flugzeugtypen wie Hubschrauber und Ambulanzflugzeuge eingesetzt werden. Jeder Flug wird von einem erfahrenen Arzt und Sanitäter begleitet. Der Transport per Notarzt-Jet aus medizinisch nicht optimal versorgten Ländern oder Gebieten der Bundesrepublik zu einer Spezialklinik ist weitaus kostengünstiger als die Errichtung vieler medizinischer Zentren für Eventualfälle in Randgebieten – ganz abgesehen davon, daß die Errichtung solcher Zentren im Ausland von deutschen Institutionen nicht forciert werden kann.

Der Verein richtet sich bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach den Grundsätzen des Roten Kreuzes und stellt sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln in den Dienst notleidender und hilfsbedürftiger Menschen.

---

### **Die Deutsche Rettungsflugwacht (DRF)**

---

Den fünften Vortrag hielt Dr. A. Köhler, der Leiter der Deutschen Rettungsflugwacht e. V. Er gab den Zuhörern einen Überblick über die Organisation und die Aktivitäten seiner Institution. Die Deutsche Rettungsflugwacht e. V. wurde am 6. September 1972 von dem Architekten Siegfried Steiger ins Leben gerufen. Dieser ist als Initiator der „Rettungsdienst-Stiftung Björn Steiger“ auch unseren Lesern aus früheren Berichten bekannt. Diese Stiftung, die Familie Steiger sowie Dr. Fritz Bühler, der Präsident der Schweizerischen Rettungsflug-

wacht, tragen den Aufbau der DRF. Langfristig soll die Finanzierung durch Förderer-Mitglieder erfolgen. Die Deutsche Rettungsflugwacht hat seit April 1973 in ca. 4000 Einsätzen um die Erhaltung von Menschenleben gekämpft. Die Hilfe der DRF kann über ihre internationale Alarmzentrale (07 11) 79 66 55 angefordert werden. Diese Alarmzentrale organisiert für jeden anfliegbaren Punkt der Welt, selbst für Länder wie Uganda, Neuseeland, China oder die Sowjetunion im medizinischen Notfall lufttransportmedizinische Rettungsketten. Zu diesem Zweck stehen der DRF über 280 Flugzeuge und Hubschrauber von verschiedenen Haltern mit Priorität zur Verfügung. Mit diesen Maschinen werden Rettungseinsätze aller Art, Verlegungsflüge, Repatriierungsflüge, Lufttransporte und Versorgungsflüge unternommen. An zehn Flughäfen – im Bundesgebiet und in West-Berlin – hat die DRF eine neunteilige Notarzt-Ausrüstung deponiert. Diese medizinische Ausrüstung erlaubt die Herstellung der Transportfähigkeit und die Intensivbetreuung von Notfallpatienten während des Fluges (das ZS-MAGAZIN berichtete ausführlich über die Aktivitäten der DRF in der Ausgabe 9/74).

### Jetzt koordinieren

Neben den in diesem Beitrag erwähnten Organisationen, deren Vertreter auf der Vortragsveranstaltung sprachen, gibt es noch weitere Dienste wie z. B. den Feuerwehr-Flugdienst und den DRK-Flugdienst, die an dieser Stelle nur kurz genannt werden können, ohne ihre Bedeutung schmälern zu wollen.

Der Feuerwehr-Flugdienst ist in Niedersachsen eine Einrichtung des Landesfeuerwehrverbandes. Zu seinen Aufgaben gehört Brand-Erkundung, -Beobachtung und -Bekämpfung aus der Luft, Lenkung und Koordinierung der Einsatzkräfte bei Großflächenbränden, Einsatz von Feuerwehr-Fallschirmspringern mit Gerät, Transport von Einsatzpersonal und Löschmitteln, Transport von Schwerverletzten, allgemeiner Hubschrauber-Rettungsdienst, Erkundung und Aufbau von Behelfslandeplätzen bei Katastrophen sowie die Erprobung und Einführung neuer Brandbekämpfungsmethoden.

Durch die Mitgliedschaft im DRK-Flugdienst erwirbt man sich u. a. folgende Vorteile: Kostenloser Verle-

gungsflug bis zu 20 000 DM Gesamtkosten einmal im Jahr; kontinuierliche Krankenbetreuung durch Hinzuziehung der bodengebundenen Rotkreuz-Rettungsdienste im In- und Ausland. Die flugbetriebliche Abwicklung liegt bei der Condor-Flugdienst-GmbH mit ihrer Lufthansa-Condor-Verkehrszentrale auf dem Flughafen Rhein-Main in Frankfurt.

Dieser Überblick läßt erkennen, in welchem Umfang die Transportmittel Hubschrauber und Flächenflugzeuge im Rahmen der Versorgung von Notfallpatienten, im vorbeugenden und aktiven Katastrophenschutz sowie im Repatriierungsdienst aus allen Ländern der Erde eingesetzt werden können. Die Möglichkeiten und Grenzen des Lufttransportes im Rettungsdienst sind erforscht. Es wäre jetzt vielleicht an der Zeit, an eine bessere Koordinierung des bisher Geschaffenen zu denken sowie eine Verbesserung der personellen und materiellen Voraussetzungen herbeizuführen.

Das ZS-MAGAZIN wird auch in Zukunft dem gesamten Luftrettungsdienst seine Aufmerksamkeit widmen und seine Leserschaft auf dem laufenden halten.

## Für die Sicherheit auf Gewässern

Zu unseren Bildern auf den Umschlagseiten

Zum Schutz des menschlichen Lebens auf dem Wasser werden immer neue Sicherheitseinrichtungen geschaffen. Seenot-ausrüstungen kennen individuelle und kollektive Rettungsmittel. Zu den individuellen Rettungsmitteln gehört z. B. die Schwimmweste, zu den kollektiven gehören Rettungsboote, Rettungsflöße und aufblasbare Schlauchinseln.

Die auf der letzten Umschlagseite dieses ZS-MAGAZIN gezeigte Rettungsinsel ist für Yachten gedacht. Sie enthält jedoch in Entwicklung und Herstellung die langjährigen Erfahrungen von Rettungsflößen für die Berufsschiffahrt. Sie werden ständig weiterentwickelt und den neuesten Erkenntnissen der Seenotpraxis angepaßt.

Jede Rettungsinsel besteht aus zwei unabhängigen, übereinander angeordneten Trageschläuchen. Wird die Reißleine gezogen, füllen sich diese Schläuche automatisch über eine CO<sub>2</sub>-Aufblaseeinrichtung. Im Notfall wird die in Containern verpackte Ret-

tungsinsel, die mit der Reißleine an Deck befestigt ist, über Bord geworfen. Die Reißfangleine wird solange aus dem Container herausgezogen, bis sich die Rettungsinsel automatisch aufbläst. Die Insel ist in Sekunden rettungsbereit und kann längsseits geholt werden. Sie läßt sich sowohl vom Boot als auch vom Wasser aus besteigen, ohne zu kentern. Eine außen laufende Greifleine und eine Einsteigleiter ermöglichen den im Wasser schwimmenden Personen, die Insel sicher zu greifen und zu besteigen. Ist die Insel besetzt, wird die Reißleine gekappt.

Auch das Schutzdach aus einem weithin sichtbaren, leuchtend orangefarbenen Material entfaltet sich selbsttätig während des Aufblasvorganges. Die Kenterschutzbeutel am Boden füllen sich sofort nach dem Aufrichten der Rettungsinsel mit Wasser und geben als Gegengewicht beim Einstieg Kenterschutz. Sollte aber eine Insel einmal kentern, so kann sie mit Hilfe von am Boden angebrachten Handgriffen wieder aufgerichtet werden.

Die Rettungsinseln werden aus gummierten Kunstfasergeweben hergestellt, die sich in der Berufsschiffahrt auch unter extremen klimatischen Bedingungen bewährt haben.

Die gezeigte Rettungsinsel ist standardmäßig mit einer Seenot-ausrüstung versehen, die den Vorschriften entspricht. Sie enthält u. a. Paddel, Treibanker, Klappmesser, Signallampe, Fallschirm-Signalaraketen, Erste-Hilfe-Ausrüstung, Trinkwasser und Seenot-Verpflegung.

Eine Wartung in vielen Häfen auch außerhalb des europäischen Auslands ist möglich.

Unser Titelbild zeigt keinen Seenotfall, wohl aber den Einsatz einer Tragkraftspritze zum Lenzen eines mit Wasser vollgelaufenen Bootes. Das Bild entstand anlässlich der Ausbildung von THW-Helfern während eines Sonderlehrganges „Ausstattungssatz der Pumpengruppe“ an der Katastrophenschutzschule des Bundes, Außenstelle Hoya.

Horst Pieper

Jugendliche zum Thema Selbstschutz:

## Auch in der lebendigsten Reportage wurde ruhig und umsichtig gehandelt

BVS-Preisausschreiben entschieden – 959 Teilnehmer hatten zur Feder gegriffen



Links: Bis zum letzten Augenblick war es den Organisatoren des BVS-Wettbewerbs gelungen, die Namen der Erstplazierten geheimzuhalten. So folgten die jungen Leute gespannt der Bekanntgabe durch BVS-Präsident Heinz-Robert Kuhn. – Rechts: Freudige Überraschung: Präsident Kuhn gratuliert der Siegerin Jutta Bolwin (links) und der Zweitplazierten Iris Kochanek.

959 Jugendliche haben sich am Preisausschreiben des Bundesverbandes für den Selbstschutz „Gesucht wird: Die lebendigste Reportage“ (ZS-Magazin 8/76) beteiligt. Diese Zahl nannte BVS-Präsident Heinz-Robert Kuhn bei der Ehrung der Gewinner, die in der Landesschule NRW des BVS in Körtlinghausen stattfand. Bei Einsendeschluß am 30. November hatten 822 Einsendungen vorgelegen, die zum Teil in Gruppenarbeit erstellt worden waren. „Mit dem Wettbewerb wollten wir die Jugend für den Selbstschutz interessieren und gleichzeitig erreichen, daß dieses Thema in Familie, Schule und beruflicher Umgebung diskutiert wird. Heute ist festzustellen, daß wir unser Ziel erreicht haben“, wertete Präsident Kuhn in seiner Ansprache den Wettbewerb.

### Fehlerquote sehr gering

Nur rund 11,5 Prozent der Einsendungen mußte wegen fachlicher Fehler von den Juroren ausgesondert werden. Ein geringer Teil hatte sich nicht an die Bedingungen des Preisausschreibens gehalten. „Es ist festzustellen, daß die Jugend im allgemeinen weiß, was Selbstschutz ist und wie

er betrieben werden muß“, zog Präsident Heinz-Robert Kuhn Bilanz. Manche Arbeiten kamen auch deshalb nicht in die Entscheidung, weil die Verfasser nicht in Reportage- oder Interviewform das Thema behandelt hatten, wie es in der Ausschreibung gefordert worden war, sondern Aufsätze oder – wie eine Schulklasse aus Schramberg – ein Hörspiel auf Tonband daraus gemacht hatten.

### Harte Arbeit für die Jury

Wie haben sich Menschen selbst geholfen, bis ihnen Hilfe zuteil werden konnte? Die Beantwortung dieser Frage mußte in den Mittelpunkt der Beiträge gerückt werden. Spannung in der Darstellung, Konzipierung und Idee, Ausdrucksform und der knappe, präzise Stil der Reportage waren die Kriterien der Preisrichter, die sich mehrere Wochen mit der schwierigen Entscheidung befaßten. Von den bewerteten Arbeiten bezogen sich 290 Einsendungen auf die Darstellung eines Autounfalls, 287 Reportagen auf die Schilderung eines Großbrandes und 217 Beiträge auf eine Hochwasserkatastrophe. Schüler, Studenten, aber auch in der Berufsausbil-

dung stehende Jugendliche hatten sich am Preisausschreiben beteiligt. Der jüngste Teilnehmer war gerade 13 Jahre, der älteste 21 Jahre alt.

### Sieg war keine Glückssache

„Endlich einmal ein Wettbewerb, bei dem nicht das Glück, sondern die Leistung über den Sieg und die Platzierung entschieden“, kommentierte die Runde der Gewinner nach der Bekanntgabe der Plätze in Körtlinghausen. Zwar waren die meisten Gewinner, die ein Wochenende an der Schule verbrachten, im Unterricht oder im Beruf schon mit Fragen des Selbstschutzes konfrontiert worden, doch die meisten hatten spontan zur Feder gegriffen und ihre Vorstellungen niedergeschrieben.

### Familienschicksal im Vordergrund

Das Schicksal der von Unglücken und Katastrophen bedrohten Familien stand im Vordergrund der meisten Beiträge. Realistisch wurden die Umstände einer solchen Gefahr für Leib und Leben geschildert. Die 14jährige Gewinnerin Jutta Bolwin, die ihren



In ungezwungener Atmosphäre ging es an diesem Wochenende, das die 20 Gewinner an der Schule verbrachten, in Körtlinghausen zu. Nach der Bekanntgabe der Ergebnisse nutzten viele Preisträger die Gelegenheit zu einer Diskussion mit dem BVS-Präsidenten über Fragen des Selbstschutzes.



Das Gruppenbild der Sieger: Zusammen mit dem BVS-Präsidenten Kuhn (Mitte), Fachgebietsleiter Merten von der BVS-Landesstelle Nordrhein-Westfalen (links) und Hilfsreferent Buchholz von der BVS-Bundeshauptstelle (rechts) stellten sich die erfolgreichen Teilnehmer den Fotografen.

Beitrag „Dramatische Rettung der Familie Schütte aus dem Flammenmeer“ genannt hatte, ließ „ihren“ Familienvater bei einem Brand mit Besonnenheit handeln. (Diese als beste bewertete Arbeit druckt das ZSMAGAZIN im Anschluß an diesen Beitrag ab.)

### Selbstschutzausbildung betont

Ähnlich hatte auch die Zweitplatzierte, die 17jährige Iris Kochanek, ihre Reportage angelegt. Familienvater Reinhard S. aus Neustadt, 40jähriger Werkmeister, hatte sich nach dem Zusammensturz der Treppe mit seiner Familie in das Schlafzimmer zurückgezogen, wo es für ihn „das Hauptproblem gewesen sei, die panische Angst der jüngeren Kinder zu bekämpfen“. Durch das Abreißen der Gardinen von den Fenstern, durch das Einweichen aller erreichbaren Handtücher und anderer Textilien in der Wanne des angrenzenden Badezimmers und das Abdichten aller Ritzen und Fugen mit diesen nassen Tüchern hatte er den Raum gegen Flammen und Rauch geschützt. „Von Zeit zu Zeit hatte der 40jährige Familienvater die vor Fenster und Türritzen ausgelegten Tücher kontrolliert und die Stoffrollen neu befeuchtet. Alle Familienangehörigen hatten sich auch nasse Tücher vor Mund und Nase gelegt und mit Sonnenbrillen versucht, den Rauch von den Augen abzuhalten. Aus dem Löschwasservorrat, den man in der Badewanne und mehreren Eimern und großen Kochtöpfen angesammelt

hatte, wurden zwischendurch die Türe und andere Holzteile angenäbt.“ So schilderte Iris Kochanek die Situation der Familie bis zum Eintreffen der Feuerwehr.

### Ingrid B.: Ruhe bewahren!

Eine vierköpfige Helfergruppe sorgte – nach dem Interview der Drittplazierten Ursula Zimmermann – dafür, daß bei einer Massenkarambolage auf der Autobahn die Schwerverletzten durch lebensrettende Sofortmaßnahmen überlebten. So antwortete Ingrid B. auf die Frage des Reporters: „Ruhe bewahren! Das war uns von Anfang an klar. Ebenfalls unverletzte, aber hysterische Personen gab es genug. Wir mußten sicher und umsichtig zu Werke gehen, so daß sich nicht nur der Verletzte geborgen fühlt, sondern auch die anderen anwesenden Menschen sollten davon beeindruckt werden.“ Immerhin hatte das Quartett nach der Idee der Bonner Schülerin eine schwere Bewährungsprobe zu bestehen. Ein Tankfahrzeug drohte zu explodieren, einem Kleinkind mußte Atemspende geleistet werden, ein nicht angeschnallter Fahrer hatte sich am Hals eine Schlagaderverletzung zugezogen und drohte zu verbluten. Dazu kam noch eine Sturzgeburt.

### Selbstschutzgedanke wichtig

In den einzelnen Arbeiten stellten die erfolgreichen Teilnehmer übereinstimmend den Wert der Ausbildung im Selbstschutz heraus, die sie zum

Teil selbst absolviert haben. Diese dort gelernten Grundregeln tauchten natürlich in den Wettbewerbsbeiträgen wieder auf. Dies wurde auch bei der Ehrung der Gewinner von BVS-Präsident Heinz-Robert Kuhn gewürdigt. Ihm und den Organisatoren war es gelungen, die Namen der Erstplatzierten bis zum letzten Augenblick geheim zu halten.

Nach der überaus positiven Resonanz hat BVS-Direktor Franke bereits in seinem Rundschreiben an alle Teilnehmer des Wettbewerbs eine neue Ausschreibung für den Herbst angekündigt, die die „Maler“ unter den Jugendlichen zum Mitmachen auffordern wird. Soviel sei schon verraten: Die optische Darstellung eines Katastrophenschutz-Themas soll bewertet werden.

### Nachstehend nun die Sieger des BVS-Preisausschreibens, die sich über Gewinne von 100 bis 2 000 DM freuen können:

1. Jutta Bolwin, 4407 Emsdetten, 14 Jahre, Thema: Großbrand, 84 Punkte
2. Iris Kochanek, 4901 Hiddenhausen 2, 17 Jahre, Thema: Großbrand, 82 Punkte
3. Ursula Zimmermann, 5300 Bonn, 17 Jahre, Thema: Autounfall, 81 Punkte
4. Stefan Michler, 7233 Lauterbach/Rottweil, 13 Jahre, Thema: Hochwasserkatastrophe, 77 Punkte

5. Cornelia Pletz, 16 Jahre, und Kirsten Sander, 2190 Cuxhaven, 17 Jahre, Thema: Hochwasserkatastrophe, 74 Punkte.

6. Friedhelm Adrion, 4750 Unna-Massen, 17 Jahre, Thema: Autounfall, 73 Punkte

7. Gabriele Koch, 4901 Hiddenhausen 3, 16 Jahre, Thema: Hochwasserkatastrophe, 72 Punkte

7. Elke Lehnung, 6780 Pirmasens, 14 Jahre, Thema: Autounfall, 72 Punkte

7. Johannes Fiebag, 2410 Northeim 1, 20 Jahre, Thema: Großbrand, 72 Punkte

10. Wolfram Engelhardt, 6000 Frankfurt 71, 16 Jahre, Thema: Großbrand, 68 Punkte

10. Monika Brand, 5270 Gummersbach, 15 Jahre, Thema: Autounfall, 68 Punkte.

12. Rita Wolters, 3320 Salzgitter 1, 15 Jahre, Thema: Autounfall, 67 Punkte

12. Christian Wermter, 5511 Merzkirchen-Portz, 15 Jahre, Thema: Großbrand, 67 Punkte

14. Hans-Peter Zechel, 4402 Greven, 21 Jahre, Thema: Autounfall, 65 Punkte

15. Kathy Hülswitt, 2929 Kluse-Steinbild, 17 Jahre, Thema: Autounfall, 64 Punkte.

15. Susanne Caspers, 4073 Jüchen, 14 Jahre, Thema: Großbrand, 64 Punkte

17. Ute Gerke, 4600 Dortmund, 16 Jahre, Thema: Autounfall, 57 Punkte

18. Simone Eicken, 4054 Nettetal 1, 14 Jahre, Thema: Großbrand, 56 Punkte

18. Christiane Baldauf, 6384 Schmiten, 15 Jahre, Thema: Autounfall, 56 Punkte

18. Claudia Vogel, 6404 Neuhehof bei Fulda, 15 Jahre, Thema: Autounfall, 56 Punkte.

Die preisgekrönte Reportage:

## **Dramatische Rettung der Familie Schütte aus dem Flammenmeer!**

Von Jutta Bolwin, Emsdetten

Dem Vater der Familie Schütte standen noch die Schrecken der Brandkatastrophe im Gesicht, als er am Wochenende über Einzelheiten der Feuersbrunst berichtete. Selbst hartgesottene Feuerwehrleute bestätigten: „Herr Schütte hat im Sinne des Selbstschutzes unglaublich umsichtig gehandelt. Dadurch, daß er Ruhe und Übersicht behalten hat, konnte er viel zur Rettung seiner Familie beitragen.“

Für die Familie Schütte begann das Drama am gestrigen Donnerstagnachmittag. Herr Schütte berichtet: „Ich war seit einer Stunde von meiner Arbeitsstelle wieder zu Hause und hatte mich zu den Kindern ins Wohnzimmer vor den Fernseher gesetzt. Meine Frau war in der Küche mit der Zubereitung des Essens beschäftigt, als sie durch herannahende Feuerwehrensirenen aufgeschreckt wurde. Sie lief zum Fenster und sah, daß sich unten auf der Straße eine große Menschenmenge versammelt hatte. Zu ihrem Entsetzen stellte sie fest, daß die Nachbarhäuser durch den dichten Rauch nur noch teilweise zu sehen waren. Laut ‚Feuer‘ schreiend kam sie ins Wohnzimmer gerannt. Angstvoll sprangen wir auf. Meine Frau und ich schnappten unsere vier Kinder und stürzten ins Treppenhaus. Dichter, beißender Qualm kam uns entgegen. Keuchend und hustend versuchten wir nach unten zu kommen. Die beiden Kleinsten schrien und weinten angstvoll. Aber der dichte, stechende Qualm ließ uns nicht weiterkommen. Ich schrie meiner Familie verzweifelt zu: ‚Alles zurück in die Wohnung!‘ Unseren Kleinsten, der von der Angst wie gelähmt war, riß ich hinter mir her in die Wohnung. Wir warfen die Tür hinter uns zu. Meine Frau rannte zum Telefon und versuchte die Feuerwehr zu alarmieren. Aber die Leitung war tot. In dieser verzweifelten Lage versuchte ich erst einmal meine Familie zu beruhigen. Ich überlegte, daß das Badezimmer zur Straße liegt und ein relativ großes Fenster hat,

daß es dort am wenigsten brennbare Stoffe gibt. Ich schickte meine Familie also dorthin und sorgte selbst dafür, daß die Wohnungstüren mit nassen Tüchern abgedichtet und die Fenster geschlossen wurden. Dann rannte ich noch einmal ins Wohnzimmer, um die wichtigsten Papiere zu holen. Im Badezimmer war meine Familie schon dabei, sich durch Rufen und Winken den Leuten unten bemerkbar zu machen, aber niemand sah uns. Ich merkte wohl, daß wir so nicht weiterkamen und uns selbst in dieser bedrohlichen Situation helfen mußten. Unsere beiden ältesten Kinder übernahmen das Abnehmen der Badezimmertüren und das Naßmachen der Handtücher. Die beiden Kleinen weinten unaufhörlich. Meine Frau war selbst den Tränen nahe, aber umsichtig genug, sich mit den Kindern auf den Boden zu legen und sie zu beruhigen. Ich dichtete derweil auch die Badezimmertür ab, denn der Qualm verbreitete sich rasch. Danach füllte ich Eimer mit Wasser und stellte sie griffbereit. Unsere beiden Großen versuchten immer wieder, die Feuerwehrleute auf uns aufmerksam zu machen. Aber das Rufen und Winken nützte nichts. Da kam meiner Frau die Idee, außerhalb des Fensters Toilettenpapier abzurollen und damit Zeichen zu geben. Unsere Hoffnung erfüllte sich. Ein Feuerwehrmann gab uns durch Gesten zu verstehen, daß er uns gesehen hatte. Jetzt konnten wir nichts weiter tun als abwarten. Mit feuchten Tüchern vor dem Mund warteten wir noch endlose Minuten, bis die Drehleiter am Fenster sichtbar wurde. Kurz danach tauchte ein Feuerwehrmann auf der Leiter auf. In dem Korb der Leiter wurden zuerst unsere jüngsten Kinder heruntergebracht. Danach konnten die beiden großen Kinder und zum Schluß meine Frau und ich gerettet werden. Wir hatten alle einen Schock erlitten und mußten zur Untersuchung und Behandlung ins Krankenhaus. Die Schrecken dieser qualvollen Stunden werden wir nie vergessen.“

Atenschutz und Gasschutz im Betrieb

## DOPPELEFFEKT

Sicherheitsfachkräfte informieren sich über Mittel und Methoden der Arbeitssicherheit in einem Herstellerwerk

Es gibt kaum noch einen Lebensbereich, in dem wir nicht mit technischen Erzeugnissen umgehen, mit Erzeugnissen, die helfen sollen, unser Leben, insbesondere aber unsere Arbeit einfacher, bequemer, schöner und lebenswerter zu machen. Aber die Entwicklung der Technik bringt nicht nur Vorteile mit sich, sondern auch immer neue Gefahren für Leben und Gesundheit. Diese Gefahren liegen zum Teil in den technischen Erzeugnissen selbst oder werden durch das Verhalten der Menschen beim Umgang mit ihnen hervorgerufen.

Können diese Gefahren wirksam werden, sind Erkrankungen, Verletzungen, ja Siechtum und Tod die häufige Folge. Darum gilt es, alle Gefahren, die uns bedrohen oder bedrohen könnten, zu erkennen und sie zu verhindern.

Lange Zeit haben bei technischen und technologischen Entwicklungen funktionelle und wirtschaftliche Gesichtspunkte im Vordergrund gestanden. Erst bei modernen Technologien wie der Kerntechnik und der Luft- und Raumfahrt wurde die Sicherheitstechnik ein integrierter Bestandteil für Entwicklung, Planung und Konstruktion.

Lange Jahre zeigte die Statistik der Unfälle in Arbeitsstätten steigende Tendenz. Erst der Unfallverhütungsbericht 1976 der Bundesregierung zeigte die geringsten Unfallzahlen seit 20 Jahren an. Die Zahl der Arbeits- und Wegeunfälle ist auf dem niedrigsten Stand seit 1953. Die schweren Arbeits- und Wegeunfälle zeigen einen deutlichen Rückgang an. Noch nie gab es so wenig tödliche Unfälle seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland.

Diese an und für sich erfreuliche Tendenz darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß bei uns immer noch Jahr für Jahr über zwei Millionen Unfälle und Berufskrankheiten im Berufsleben zu beklagen sind. Das heißt, daß fast jeder 10. Erwerbstätige an seinem Arbeitsplatz, auf dienstlichen Wegen oder auf dem Weg zwischen Wohnung und Arbeitsstätte einen Unfall erleidet.

### Gesetze, Verordnungen, Empfehlungen

Zwar können gesetzliche Maßnahmen allein die Sicherheit am Arbeitsplatz nicht gewährleisten, doch scheint der Rückgang der Arbeitsunfälle nicht zuletzt ein Erfolg der verstärkten Bemühungen um eine humanere Arbeitswelt zu sein.

So wurde 1973 das „Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit“, kurz Arbeitssicherheitsgesetz genannt, wirksam.

Eine weitere Grundlage bildet die „Arbeitsstättenverordnung“, die Mindestanforderungen für eine sichere und menschengerechte Gestaltung der Arbeitsplätze aufstellt.

Die Arbeitsstoffverordnung von 1971 soll mehr Gesundheitsschutz beim Umgang mit gefährlichen Arbeitsstoffen gewährleisten.

Im neuen Betriebsverfassungsgesetz von 1972 wurden die Rechte der Arbeitnehmer und der Betriebsräte zur Verbesserung des Arbeitsschutzes erweitert.

Die Empfehlungen für den betrieblichen Katastrophenschutz von 1972 sehen – auf dem Prinzip der demokratischen Freiwilligkeit – Aufgaben für Betriebe vor, deren Durchführung die Voraussetzungen schaffen, die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft und damit die Versorgung der Bevölkerung und der verschiedenen Bedarfsträger mit Gütern und Leistungen auch in Krisenzeiten zu gewährleisten.

### Fachkräfte für die Arbeitssicherheit

Nach dem Arbeitssicherheitsgesetz vom 12. Dezember 1973 hat der Arbeitgeber

„Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit zu bestellen. Diese sollen ihn beim Arbeitsschutz und bei der Unfallverhütung unterstützen. Damit soll erreicht werden, daß

1. die dem Arbeitsschutz und der Unfallverhütung dienenden Vorschriften den besonderen Betriebsverhältnissen entsprechend angewandt werden,

2. gesicherte arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Erkenntnisse zur Verbesserung des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung verwirklicht werden können,

3. die dem Arbeitsschutz und der Unfallverhütung dienenden Maßnahmen einen möglichst hohen Wirkungsgrad erreichen.“

Nach dem Arbeitssicherheitsgesetz hat der Arbeitgeber den Fachkräften für Arbeitssicherheit erforderliche Fortbildung unter Berücksichtigung der betrieblichen Belange zu ermöglichen.

Die Aufgaben der Fachkräfte für Arbeitssicherheit sind im § 6 dieses Gesetzes beschrieben:

„Die Fachkräfte für Arbeitssicherheit haben die Aufgabe, den Arbeitgeber beim Arbeitsschutz und bei der Unfallverhütung in allen Fragen der Arbeitssicherheit einschließlich der menschengerechten Gestaltung der Arbeit zu unterstützen.

Sie haben insbesondere

1. den Arbeitgeber und die sonst für den Arbeitsschutz und die Unfallverhütung verantwortlichen Personen zu beraten, insbesondere bei

a) Planung, Ausführung und Unterhaltung von Betriebsanlagen und von sozialen und sanitären Einrichtungen, b) der Beschaffung von technischen Arbeitsmitteln und der Einführung von Arbeitsverfahren und Arbeitsstoffen,

c) der Auswahl und Erprobung von Körperschutzmitteln,

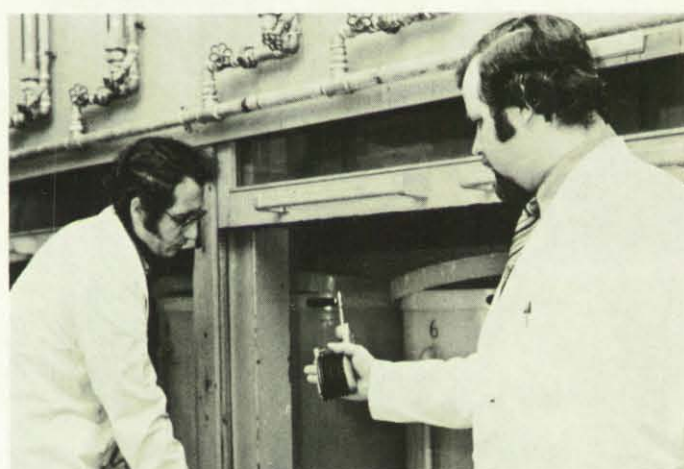
d) der Gestaltung der Arbeitsplätze, des Arbeitsablaufs, der Arbeitsumgebung und in sonstigen Fragen der Ergonomie,

2. die Betriebsanlagen und die technischen Arbeitsmittel, insbesondere vor der Inbetriebnahme, und Arbeitsverfahren, insbesondere vor ihrer Einführung, sicherheitstechnisch zu überprüfen,

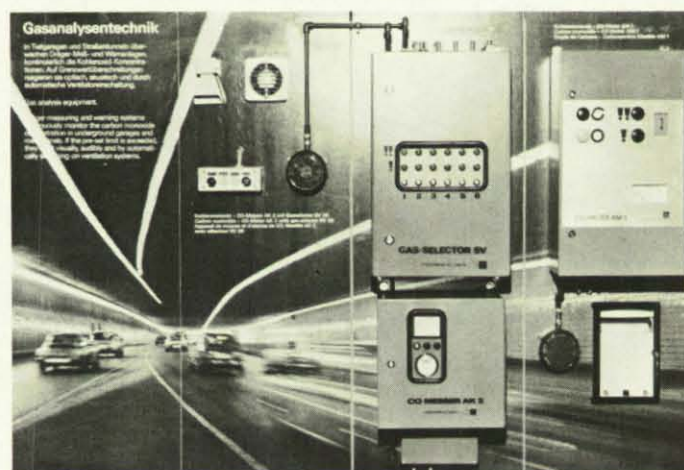
Fachkräfte für Arbeitssicherheit, die die Aufgabe haben, den Arbeitgeber beim Arbeitsschutz und bei der Unfallverhütung zu unterstützen, informieren sich über moderne Mittel und Methoden hierzu in einem Herstellerwerk.



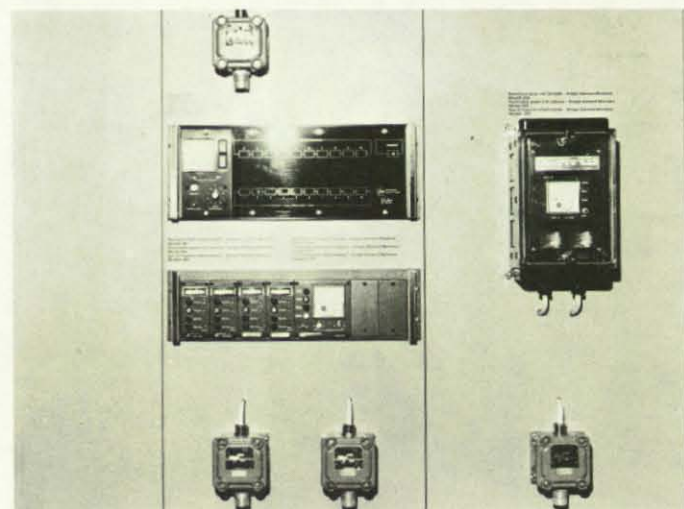
Wenn die Konzentration der Luftverunreinigung das zulässige Maß überschreitet, ist die Gesundheit der Beschäftigten gefährdet. Eines der Geräte, mit denen sich die Konzentration der Luftverunreinigung ermitteln läßt, ist die Gas-spürpumpe.



Es gibt Meß- und Warnanlagen, die automatisch und kontinuierlich die Umgebungsluft überwachen. Auf Grenzwert-überschreitungen reagieren sie optisch, akustisch und ggf. durch automatische Ventilator-einschaltung.



Diese stationäre Gasmeldeanlage löst Alarm aus, bevor sich zündfähige Gas-Luft-Gemische bilden. Da das Gerät aus dem Zentralgerät mit maximal zwölf Meßköpfen besteht, kann es große Bereiche überwachen.



3. die Durchführung des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung zu beobachten und im Zusammenhang damit
  - a) die Arbeitsstätten in regelmäßigen Abständen zu begehen und festgestellte Mängel dem Arbeitgeber oder der sonst für den Arbeitsschutz und die Unfallverhütung verantwortlichen Person mitzuteilen, Maßnahmen zur Beseitigung dieser Mängel vorzuschlagen und auf deren Durchführung hinzuwirken,
  - b) auf die Benutzung der Körperschutzmittel zu achten,
  - c) Ursachen von Arbeitsunfällen zu untersuchen, die Untersuchungsergebnisse zu erfassen und auszuwerten und dem Arbeitgeber Maßnahmen zur Verhütung dieser Arbeitsunfälle vorzuschlagen,

4. darauf hinzuwirken, daß sich alle im Betrieb Beschäftigten den Anforderungen des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung entsprechend verhalten, insbesondere sie über die Unfall- und Gesundheitsgefahren, denen sie bei der Arbeit ausgesetzt sind, sowie über die Einrichtungen und Maßnahmen zur Abwendung dieser Gefahren zu belehren und bei der Schulung der Sicherheitsbeauftragten mitzuwirken."

### Ausbildung von Sicherheitsfachkräften

Wieviele Sicherheitsfachkräfte es in den Betrieben unseres Staates gab, war nie genau bekannt. Vor Jahren wurde in Fachkreisen geschätzt, daß die Zahl etwa bei 1500, höchstens aber bei 2000 lag. Doch in den letzten Jahren sind die Teilnehmerzahlen bei Ausbildungskursen für Arbeitssicherheit so sprunghaft gestiegen, daß man davon ausgehen kann, daß Ende 1975 rund 12 000 bis 13 000 Ingenieure, Meister und Techniker die Aufgabe einer Sicherheitskraft übernommen hatten. Um die Forderungen des Arbeitsschutzgesetzes zu erfüllen, wird dies jedoch keineswegs genügen. Nach Schätzungen werden in den von den Unfallverhütungsvorschriften erfaßten Betrieben etwa 80 000 voll- und teilzeitbeschäftigte Fachkräfte für Arbeitssicherheit benötigt. Gemäß Unfallverhütungsbericht 1976 werden keine Schwierigkeiten darin gesehen, diese Ingenieure, Techniker und Meister zu finden; hierfür stehen in den meisten Betrieben geeignete Personen zur Verfügung. Der Engpaß liegt in der Vermittlung des notwendigen Wissens über den Arbeitsschutz.

Die Träger der Ausbildung sind insbesondere die gewerblichen Berufsgenossenschaften, die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung und das Bayerische Landesinstitut für Arbeitsschutz.

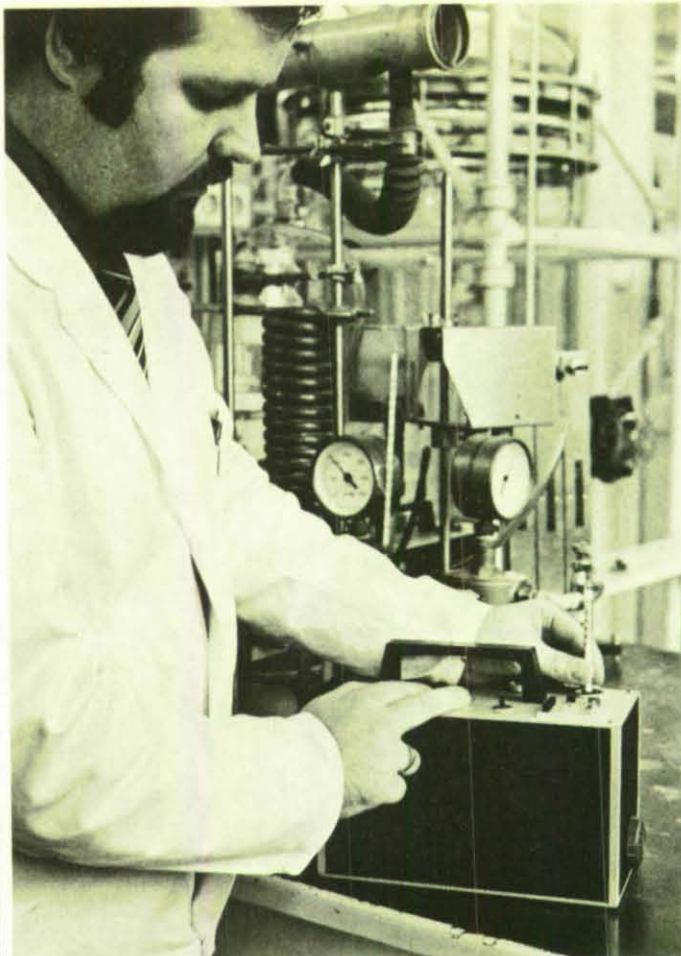
Bei der Verwirklichung dieser Ausbildung macht sich besonders nachteilig bemerkbar, daß es noch bis vor wenigen Jahren der Eigeninitiative der Sicherheitsingenieure überlassen blieb, sich das erforderliche Wissen auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes selbst nachträglich anzueignen und sich selbst fortzubilden.

Als um den einzuschlagenden Weg der Ausbildung diskutiert und gerungen wurde, ging es zunächst um die Dauer und damit um den Umfang des der Fachkraft vor dem Einstieg in die Praxis zu vermittelnden Wissens. Sowohl die begrenzten Ausbildungskapazitäten als auch die unterschiedlichen Anforderungen, die ja zwangsläufig in den einzelnen Wirtschaftszweigen an die Fachkräfte gestellt werden, ließen nur eine stufenweise Ausbildung zu. Die erste Stufe ist ein 14tägiger Grundkurs. Der verbindliche Themen-Zeitplan und die abgestimmten Lernziele und Lehrinhalte stellen sicher, daß in der Bundesrepublik Deutschland in der Arbeitssicherheit nach weitgehend einheitlichen Grundlagen ausgebildet wird. Die Pläne für die zweite Ausbildungsstufe liegen inzwischen bereits vor.

Der Themen-Zeitplan läßt keinen Zweifel daran, daß die Aufgaben der Sicherheitsfachkräfte vielseitig und interessant sind und von großem Verantwortungsgefühl begleitet sein müssen. Dienen sie doch ganz allgemein dem Schutz des arbeitenden Menschen bei der Berufsarbeit vor Gefahren und Nachteilen jeder Art.

Betrachtet man den Umstand, daß die Aufgaben bei der raschen Entwicklung von Industrie und Technik einem ständigen Wandel unterworfen sind, so ist jede private Initiative zu begrüßen, die den Sicherheitsfachkräften zusätzliches Wissen, auch auf Teilgebieten, vermittelt.

Wenn Hersteller von Geräten für die Arbeitssicherheit Gespräche mit den Sicherheitsverantwortlichen in Form von Seminaren oder Symposien suchen, so geschieht dies in dem Bemühen um eine gemeinsame Basis gegenseitiger Information und eines Erfahrungsaustausches. Es geht aber auch darum, den Sicherheitsfachkräften Spezialwissen zu vermitteln, das während des angesprochenen Grund-



Links: Schadstoffmessung am Arbeitsplatz. In eine netzunabhängige elektrische Pumpe wird ein Prüfröhrchen eingesetzt.

Rechts: Industrie-Fluchtfiltergeräte bestehen aus den bekannten genormten Atemfiltern mit einem aufgeschraubten Mundstück und einer Nasenklemme. Falls zusätzlich Augenschutz notwendig ist, wird das Gerät mit einer Gasbrille getragen.

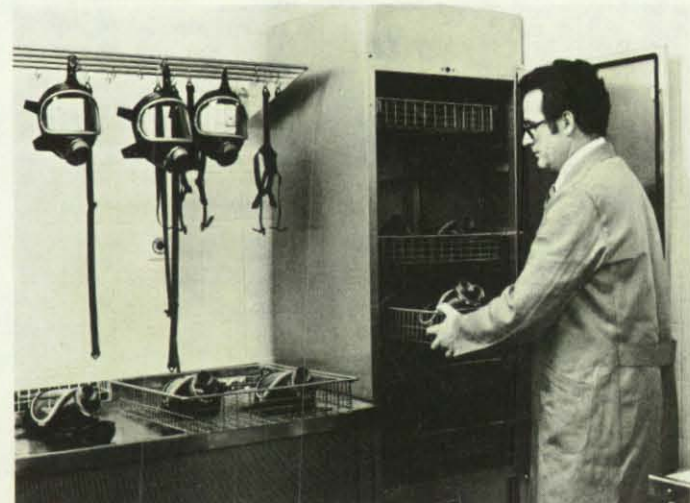
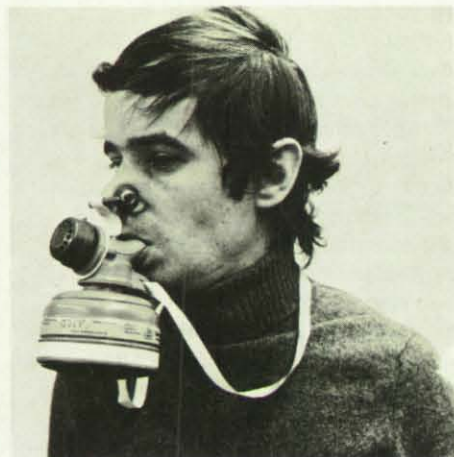
Rechts: Die Fluchtfiltergeräte, hier ein anderer Typ, sind in ihren Abmessungen so klein gehalten, daß sie in einer Tasche der Kleidung mitgeführt werden können. Es sind reine Gasfilter ohne Schwebstoffschutz, weil vom Gas die unmittelbare Gefahr ausgeht.



Links: Für dieses bequem am Mann zu tragende oder neben dem Arbeitsplatz abzustellende Langzeitmeßgerät wurden auf das jeweilige Gas abgestimmte Prüfröhrchen entwickelt, die zur Bestimmung des Mittelwerts von Gaskonzentrationen eine leicht auszuwertende Farbanzeige liefern.



lehrgangs nicht so intensiviert werden kann. Das ZS-MAGAZIN hat in der Vergangenheit über solche Seminare, speziell auf dem Brandschutz-Sektor, berichtet. Auch die Bemühungen des Bundesverbandes für den Selbstschutz, Betriebe der gewerblichen Wirtschaft bei der Unterrichtung und Ausbildung von Einsatzkräften des betrieblichen Katastrophenschutzes zu unterstützen, sind schon mehrfach erwähnt worden. Der BVS erfüllt diese Aufgaben in enger Zusammenarbeit mit den Hauptverwaltungsbeamten der Gemeinden, die nach dem Gesetz auch für die Förderungen des betrieblichen Katastrophenschutzes zuständig sind.



Auch die Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes e. V. (VFDB) veranstaltet in Zusammenarbeit mit der Technischen Akademie e. V. Wuppertal (TAW) und dem Verband der Sachversicherer e. V. (VdS) Seminare für Sicherheitsfachkräfte, Brandschutzbeauftragte und andere mit den Aufgaben des Brandschutzes betraute und hierfür vorgesehene Mitarbeiter in allen Zweigen von Industrie, Handel, Gewerbe, Verwaltung, Überwachungsorganisationen und Dienstleistungsunternehmen.

Wie bereits angedeutet, wird es wegen der verschiedenartigen betrieblichen Gegebenheiten kein starres und ein-



Von der Atemschutzmaske 'Panorama-Nova' gibt es jetzt eine Spezialausführung für den besonderen Einsatz: die 'Panorama-Nova-Silicone'. Hautfreundliches Silicongummi, säurefeste Kunststoffteile und Edelstahl-Fensterschellen schützen gegen hochkonzentrierte, aggressive Chemikalien und Lösemittel.

Für Betriebe, die ständig eine bestimmte Anzahl von Atemschutzgeräten benutzen müssen, lohnt sich die Anschaffung einer eigenen Atemschutzgerätekwerkstatt, in der in einem Kreislauf die Geräte gereinigt, desinfiziert, gewartet und geprüft werden.

heitliches Ausbildungsschema geben. Viele Sicherheitsfachkräfte werden es daher begrüßen, daß sich auch die einschlägige Industrie bemüht, Lehrgänge, Seminare und Symposien zu veranstalten, in denen Kenntnisse über bestimmte Bereiche vermittelt werden. Die Redaktion des ZS-MAGAZIN hatte Gelegenheit, einem Symposium des Drägerwerks in Lübeck beizuwohnen. Auf der Tagesordnung standen Themen zu den Teilgebieten des Arbeitsschutzes wie Atemschutz, Gasmeßtechnik, Erste Hilfe und Wiederbelebung. Entsprechend einer Vorbefragung bei allen Teilnehmern wurde auf diesem Symposium u. a. über Gasspür-Röhrchen, Gasmeß- und -warnanlagen, Atem- und LüftungsfILTER, Fluchtfiltergeräte, Schutzmasken, Preßluftatmer, Sauerstoffschutzgeräte, Tauchgeräte, Schutanzüge, Atemluftkompressoren, Geräte für die Erste Hilfe sowie über Fragen des Einsatzes und der Einsatzgrenzen dieser Geräte, über Meßgenauigkeit, Lagerfähigkeit und andere praxisbezogene Probleme diskutiert.

### Was Sicherheitsfachkräfte wissen müssen

Allein die Aufzählung der während des Symposiums im Drägerwerk besprochenen Geräte läßt bei etwas Fantasie die Vielschichtigkeit des Aufgabenbereichs für Fachkräfte für Arbeitssicherheit erkennen. Die am häufigsten benutzten Vokabeln waren „explosionsgefährlich, brandfördernd, leicht entzündbar, brennbar, giftig, gesundheitsschädlich, reizend und ätzend“.

Es ging darum, aufzuzeigen, mit welchen Möglichkeiten und Mitteln Technologien menschenfreundlicher gemacht werden, wie Arbeitsplätze sicherer gestaltet werden, wie Gefahren rechtzeitig erkannt und davor gewarnt werden kann, welcher Schutz und welche Hilfe bei Gefahr und im Schadensfall benötigt werden. Aus dieser Zielsetzung ergaben sich, immer bezogen auf die Thematik des Symposiums, folgende Hauptaufgaben:

- Erkennen und Messen von Schadstoffen in der Atmosphäre durch Einzelanalysen
- Messen und kontinuierliches Überwachen von Schadstoffen in der Atmosphäre
- Schutz vor Schadstoffen wie Gase, Dämpfe und Schwebstoffe



**Teil der Atemschutzgerätekammer ist ein Spezialgerät zur Überprüfung von Lungenautomaten der Preßluftatmer. Vom sicheren Funktionieren aller Teile von Atemschutzgeräten hängen Leben und Gesundheit ihrer Träger ab.**

● praktische Durchführung der Wiederbelebung in der Ersten Hilfe.

Bei der Behandlung der Hauptaufgabe „Erkennen und Messen von Schadstoffen in der Atmosphäre durch Einzelanalysen“ ging es in erster Linie um das Prüfröhrchen-Verfahren. Dabei wurden die Kurz- und Langzeitmeßtechnik und die Ermittlung von Durchschnittskonzentrationen behandelt. Beide Verfahren, sowohl die Kurz- als auch die Langzeitmeßtechnik, haben auf den Gebieten der Industriehygiene und Arbeitssicherheit ihre Berechtigung. Viele der Teilnehmer am Symposium interessierten sich für praktische Hinweise für die Bestimmung der Durchschnittskonzentration, die ja nur möglich ist, wenn die Meßgeräte während der Explosionszeit am Körper mitgeführt werden.

Die Erläuterungen der Meßtechnik bei Langzeitanalysen erbrachte für die Teilnehmer wichtige Fingerzeige, wie systematische und zufällige Fehler entstehen und wie man sie verhindert, wie man repräsentative Messungen erhält und wie die für 8 Stunden Dauerbetrieb konstruierten Langzeitröhrchen den Mittelwert der Gaskonzentration anzeigen.

Das Erkennen und Messen von Schadstoffen in der Atmosphäre kann aber nur dann die Basis für die objektive und kritische Beurteilung der Gefahren am Arbeitsplatz darstellen, wenn man die Ergebnisse in Relation zu allgemeingültigen Maßstäben setzt. Dazu dienen die Maximalen Arbeitsplatz-Konzentrationen (MAK-Werte) und die Technischen Richtkonzentrationen (TRK-Werte). Diese Werte sind

für den Praktiker nützliche Hilfsmittel. Sie an dieser Stelle zu definieren, würden den Rahmen des Berichts sprengen.

Doch nicht nur solche Stoffe, die bei ihrer Einwirkung am Arbeitsplatz die Gesundheit beeinträchtigen, kamen zur Sprache, sondern auch brennbare Gase, Dämpfe oder Stäube, die in der Atmosphäre explosible Gemische bilden können. Hier müssen die Fachkräfte für Arbeitssicherheit wissen, welche Maßnahmen des Explosionsschutzes erforderlich sind. Dieses Thema fällt unter die Hauptaufgabe „Messen und kontinuierliches Überwachen von Schadstoffen in der Atmosphäre“.

Weil eine explosible Atmosphäre sich immer dort bildet, wo brennbare Gase, Dämpfe oder Stäube auftreten, sich mit der Umgebungsluft mischen und Konzentrationswerte erreichen, die bei Zündung zur Explosion führen, gilt es zunächst einmal, dieses zu verhindern oder einzuschränken. Neben rein verfahrenstechnischen Maßnahmen gehört dazu die Überwachung von Konzentrationen in der Umgebung von Apparaturen durch Gaswarnanlagen mit Alarmgabe sowie die automatische Auslösung von Schutzmaßnahmen oder Notfunktionen. Weitere Maßnahmen konzentrieren sich neben den rein konstruktiven Maßnahmen auf das Ausschalten von Zündquellen oder die Verringerung ihrer Wirksamkeit.



**In einer ständigen Ausstellung des Herstellerwerks informieren sich die Sicherheitsfachkräfte als Teilnehmer eines Symposiums über den neuesten Stand der Technik bei Arbeitsschutz- und Erste-Hilfe-Geräten.**

## STELLENAUSSCHREIBUNG

Im Dienstbereich des BUNDESAMTES FÜR ZIVILSCHUTZ, Bonn-Bad Godesberg, ist bei der

### KATASTROPHENSCHUTZSCHULE DES BUNDES in Bad Neuenahr-Ahrweiler

die Stelle einer

#### Lehrkraft für Führung, Fernmelde-, Brandschutz- und Bergungsdienst

kurzfristig mit einem Angestellten neu zu besetzen.

Die Stelle bietet Eingruppierungsmöglichkeiten bis Vergütungsgruppe V b (fünf b) BAT.

Die Tätigkeit der Lehrkraft für Führung, Bergungs- und Brandschutzdienst mit besonderen Kenntnissen auf dem Gebiet des Fernmeldewesens umfaßt die Vorbereitung und Durchführung von Lehrgängen und die insbesondere damit verbundene Lehrtätigkeit auf den Gebieten des Führungswesens, des Bergungs- oder Brandschutzdienstes sowie des Fernmeldebetriebes; darüber hinaus die Mitarbeit an Ausbildungsunterlagen sowie die Mitwirkung bei Planbesprechungen und Planübungen.

Gesucht wird ein Mitarbeiter, der nicht älter als 45 Jahre ist und

- eine abgeschlossene Berufsausbildung als Ing. (grad.) der Fachrichtung Bauwesen oder eine Berufsausbildung in einer anderen einschlägigen Fachrichtung besitzt oder
- als Offizier der Bundeswehr oder des Bundesgrenzschutzes mit entsprechenden Erfahrungen in einer einschlägigen Fachrichtung oder
- als Lehrkraft oder Ausbilder an der Katastrophenschutzschule des Bundes oder einer Katastrophenschutzschule des Landes oder
- als Ausbilder im Bereich der Feuerwehren tätig war.

Bevorzugt werden Bewerber, die über ausreichende praktische Erfahrungen in der Führung, in der Bergung und/oder im Brandschutzdienst verfügen, die Erfahrungen in der Menschenführung und in der Ausbildung von freiwilligen Helfern besitzen und bereit sind, sich ständig in methodisch/didaktischer Hinsicht fortzubilden und dem humanitären Gedanken, der die Helfer des Katastrophenschutzes verbindet, zu dienen.

Die Bewerber müssen nachweisbar in der Lage sein, die oben angegebenen Tätigkeiten selbständig wahrnehmen zu können. Bewerbungen mit Lebenslauf, tabellarischer Übersicht über den Ausbildungs- und beruflichen Werdegang, Zeugnisabschriften (Fotokopien) und Lichtbild werden bis zum 10. Juni 1977 unter Angabe der **Kennzahl 356** erbeten an das

BUNDESAMT FÜR ZIVILSCHUTZ  
Postfach 850  
5300 BONN-BAD GODESBERG 1

Für die Fachkräfte für Arbeitssicherheit bedeutet dies, daß sie wissen, mit welchen brennbaren Gasen und Dämpfen sie in ihrem Arbeitsbereich zu rechnen haben, daß sie die Begriffe und physikalischen Werte kennen, daß sie die Meßverfahren und den Umgang mit tragbaren sowie stationären Meß- und Warnanlagen beherrschen.

#### Die Praxis des Schutzes

Als logische Konsequenz endete die Behandlung der Bereiche „Erkennen und Messen“ und „Messen und kontinuierliches Überwachen“ in der Praxis des Bereichs „Schutz vor Schadstoffen wie Gase, Dämpfe und Schwebstoffe“. Hier erfuhren die Lehrgangsteilnehmer noch einmal alles Wissenswerte über den Aufbau und die Wirkungsweise von Atemschutzgeräten, über ihre Wartung und Pflege sowie über die Art und den Einsatz dieser Geräte.

Bei dieser Gelegenheit wurden auch die meisten Fragen der Teilnehmer

seitens des Herstellers beantwortet, Fragen, die die Teilnehmer noch vor dem Symposium schriftlich eingereicht hatten. Auf der Basis der gegenseitigen Information und des Erfahrungsaustausches wurde der erwünschte „Doppeleffekt“ erzielt. Während die Sicherheitsfachkräfte ihr Wissen um die in ihrem Arbeitsbereich notwendigen Maßnahmen zur richtigen Nutzung der ihnen zur Verfügung stehenden Sicherheitseinrichtungen festigen und erweitern konnten, erhielt der Hersteller der Schutzgeräte eine Reihe praxisbezogener Tips, deren Auswertung ihm bei der Fortentwicklung der Geräte von großem Nutzen sein wird.

#### Wiederbelebung und Erste Hilfe

Da für die Sicherheitsfachkräfte eine möglichst vielseitige „all-round“-Ausbildung angestrebt wird, um sie jederzeit und bei allen Hilfeleistungs- und Schadensbekämpfungsunfällen einsetzen zu können, wozu auch eine Ausbildung in der Ersten Hilfe oder zumindest in lebensrettenden Sofort-

maßnahmen gehört, gab der Veranstalter des Symposiums den Teilnehmern noch einen Überblick über dieses wichtige Gebiet. Dabei wurde den Fachkräften interessantes Hintergrundwissen über Atmung und Kreislauf vermittelt. Sie lernten Übungsgeräte neuester Bauart und Rettungsgeräte für Ersthelfer sowie für den geschulten Laienhelfer kennen. Es gab praktische Hinweise zur Wiederbelebung und zur Vermeidung möglicher Fehler. Die Demonstration von Rettungsgeräten, als Systeme in Koffereinheiten bereitgestellt und auf Betriebsgrößen und potentielle Unfallgefahren abgestellt, fanden starke Beachtung.

Am Schluß des Symposiums brachten die Sicherheitsfachkräfte zum Ausdruck, daß sie jede Art von Sicherheitsplanung und -verwirklichung, ganz gleich, ob es sich dabei um die Realisierung von Vorsorge- und Schutzmaßnahmen oder um den Erwerb zusätzlichen Wissens um die Arbeitssicherheit handelt, als die beste Investition auf dem Wege zu humanen Arbeitsplätzen halten.

Horst Pieper

Nach abgesagter Bohrinsel-Übung: Stunden später Alarm in Norwegen

## „BLOW OUT“ auf „BRAVO“

So bekam eine deutsche Katastrophenübung in der Nordsee plötzlich realistischen Hintergrund



Hoher Seegang und schlechte Sichtverhältnisse zwangen die Organisatoren der Wasser- und Schiffsverkehrsbehörden früh zur Aufgabe ihrer Übungspläne. Obwohl der Tonnenleger „Walter Körte“ schon auf hoher See war und seine Aufgabe als Zentrale der Technischen Einsatzleitung übernommen hatte, wurde die Rettungsübung verschoben.

Auf dem Papier war die Katastrophenschutzübung in der Nordsee schon durchgespielt worden. Die verantwortlichen Männer in den Wasser- und Schiffsverkehrsämtern hatten erstmals eine Bohrinsel in das Kalkül der Möglichkeiten einbezogen. Wilhelmshavens Hafenskapitän Schoo, der zu den Organisatoren der Übung vor der deutschen Nordseeküste gehörte: „Auch auf dem deutschen Festlandsockel in der Deutschen Bucht sind mehrere Plattformen der Erdölexploratoren zu finden.“ Die Bohrinsel „Chaparral“, rund zehn Meilen nördlich der Ferieninsel Juist

gelegen, sollte im Mittelpunkt der Katastrophenschutzübung stehen. Daß es dann nicht, wie schon als Planübung durchgespielt, zu Aktionen kam, war nicht die Schuld der Akteure: Die hohe See und ungünstige Sichtverhältnisse zwangen die eingeplanten Hubschraubereinheiten der Bundesmarine zum Verzicht auf ein Mitwirken. Da ihnen im Seenotrettungsdienst an der Nordseeküste eine Schlüsselrolle zufällt, war damit der Einsatz der anderen Beteiligten hinfällig geworden; die Übung wurde abgesagt. Nach dem Abzug der „Chaparral“-Bohrinsel aus dem Küstengebiet

vor Juist wenige Tage später müssen sich die Katastrophenschutzplaner in der Radarzentrale in Cuxhaven nach einem neuen Objekt für ihren Einsatztest umsehen. Im September soll die Neuauflage der Rettungsübung stattfinden.

### Drehbuch realistisch

Ein Fahrgastschiff ist – nach der Übungslage – auf eine Bohrinsel aufgelaufen und innerhalb weniger Minuten gesunken. Dies ereignete sich auf dem Mittelstreifen der beiden ent-

gegenlaufenden Verkehrswege nördlich der ostfriesischen Inseln. Nach der Regelung durch das Bundesverkehrsministerium in Zusammenarbeit mit internationalen Behörden verläuft rund 10 Meilen nördlich der Inselkette der internationale Schifffahrtsweg, der ähnlich dem Autobahnverkehr in eine Fahrbahn West-Ost-Richtung zu den Weser- und Elbehäfen und in die Gegenrichtung zum Kanal aufgeteilt ist. In dem nicht zu befahrenen Mittelstreifen lag die Bohrinsel „Chaparral“. „Ein solches Unglück kann sich durchaus ereignen“, kommentierten die Verantwortlichen ihre Übungskonzeption. Umfangreich war die Liste der Aufträge, die den Teilnehmern an der Katastrophenübung aufgegeben worden war. 53 Personen waren bei der Havarie schwer verletzt worden. In der Mehrzahl handelte es sich um Brandverletzungen. Auf dem Fahrgastschiff hatte es nach der Kollision eine Explosion im Maschinenraum gegeben. Unter Schock stehende Frauen und Kinder waren von Rettern auf den zu Hilfe eilenden Schiffen in Sicherheit zu bringen.

Allerdings mußten die Organisatoren der Praktikabilität auf hoher See Rechnung tragen. Die „Verletzten“ sollten nicht durch entsprechend geschminkte Helfer dargestellt werden, sondern existierten als Karteikarten, auf denen die Verletzungsart genau beschrieben war.

### Einsatz von Hubschraubern

Vor allem um die Sammlung von Erfahrungswerten geht es den Organisatoren der Katastrophenschutzübung auf hoher See. Wie lange dauert es, bis weitere Schiffe Hilfe leisten können, wie lange benötigt der nächste Seenotrettungskreuzer der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger, bis er an der Unglücksstelle eintrifft? Die Koordination durch den Katastrophenabwehrstab in der Cuxhavener Radarzentrale gehört ebenso dazu wie die Bergung von Verletzten durch die Hubschrauber der Bundesmarine. Sie sollen die Aufgabe haben, die Geretteten zu den nächstgelegenen Hospitälern an der Küste zu bringen. Bis zur Übernahme der Einsatzleitung durch den Katastrophenabwehrstab organisiert der Kapitän des zuerst am Unfallort eintreffenden Schiffes die Rettungsmaßnahmen. Diese Übungsrolle ist dem Seezeichenfahrzeug „Walter Körte“ zugedacht, das an Bord den on-sea-commander hat, den Technischen Einsatzleiter.



Schwer ist die Arbeit an Bord des Seezeichenfahrzeuges, das eine wichtige Aufgabe erfüllte. Die Erdgas-Pipeline auf dem Meeresgrund zwischen dem Ekofisk-Feld und Emden wurde mit Tonnen markiert.

### Einsatz der Katastrophenabwehr

Rund um die Uhr ist der Zentrale Meldkopf in Cuxhaven besetzt, wo ein Nautiker als wachhabender Offizier seinen Dienst versieht. Dort tritt nach der Alarmierung über die Küstenfunkstelle Norddeich-Radio auch die Katastrophenabwehrleitung zusammen, die Vertreter des Wasser- und Schifffahrtsamtes Cuxhaven als zuständige Bundesbehörde, der Bundesmarine, der Search- and Rescue-Hubschrauberereinheiten, der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchi-

ger und als Repräsentanten der Küstenländer Vertreter des Regierungspräsidenten in Stade umfaßt. Der Bund hat die nach Seeaufgabengesetz ihm zukommenden Aufgaben des Such- und Rettungsdienstes der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger übertragen. Denn die Bundesrepublik ist auch im Bereich des nicht zu den deutschen Hoheitsgewässern zählenden Festlandsockels und der Deutschen Bucht für die Erfüllung dieser Aufgaben verantwortlich. Nur wenige Stunden, nachdem diese Übung abgesagt worden war, sorgte die im norwegischen Ekofisk-Gebiet

operierende Bohrinself „Bravo“ weltweit für Schlagzeilen. Dort war es zu einem Ölausbruch gekommen, der bei dem Montieren eines Sicherheitsventils entstanden war. In einer 60 m hohen Fontäne schoß das Öl über den Bohrturm hinaus. Die 112 Personen, die sich zur Zeit des Unglücks auf der Plattform befanden, konnten schnell evakuiert werden. Da das Brandrisiko sehr groß war, wurde sofort das britische Rettungsschiff „Seaway Canyon“ eingesetzt, das den Bohrturm mit Seewasser „beschob“. Der hohe Seegang machte es der Besatzung schwer, den geeigneten Abstand von der Bohrinself zu halten. Restriktionen für den Schiffs- und Flugzeugverkehr in der Nähe des Unglücksortes wurden erlassen.

### Explosionsgefahr für Bohranlage

Das im Ekofisk-Feld geförderte Öl gilt als sehr gashaltig. Deshalb bestand nach dem Unglück erhöhte Brand- und Explosionsgefahr, allerdings war dies auch der Grund, warum die norwegische Regierung schließlich auf Anraten von Sachverständigen und Fischern auf den Einsatz von chemischen Dispergatoren verzichtete und allein mechanische Abschöpfmittel einsetzen ließ. Die Fahrzeuge mußten allerdings vor dem hohen Seegang kapitulieren. Trotz mehrerer Ölsperren gelang es nur, eine prozentual geringfügige Menge des Öls auf diese Weise zu sammeln. Andererseits förderte der hohe Wellengang den biologischen Abbau des großen Ölteppichs, der schließlich in mehrere Teile zerriß und aufgrund des hohen Gasgehaltes zu großen Teilen verdunstete.

### Über 3000 Tonnen täglich

Über 3000 Tonnen Öl strömten täglich aus dem defekten Bohrventil und dem zusätzlich entstandenen Leck unter der Wasseroberfläche. Der Ölfilm auf der Meeresoberfläche erreichte dennoch nur eine Stärke von einem Millimeter. Die Öllache war schließlich, kurz bevor die herbeigerufenen amerikanischen Experten das Leck abdichten konnten, etwa 500 Quadratkilometer groß. Kurz nach Bekanntwerden der Katastrophe hatten die Experten in den benachbarten Nordsee-Anrainerstaaten eine Verschmutzung der eigenen Küstengewässer befürchtet. Nur 260 Kilometer ist die norwegische Küste von der Bohrstation entfernt, rund 310 Kilometer die nordenglische

Nordseeküste. Rund 350 Kilometer beträgt die Entfernung von der Unglücksstätte nach Sylt, rund 400 Kilometer nach Emden.

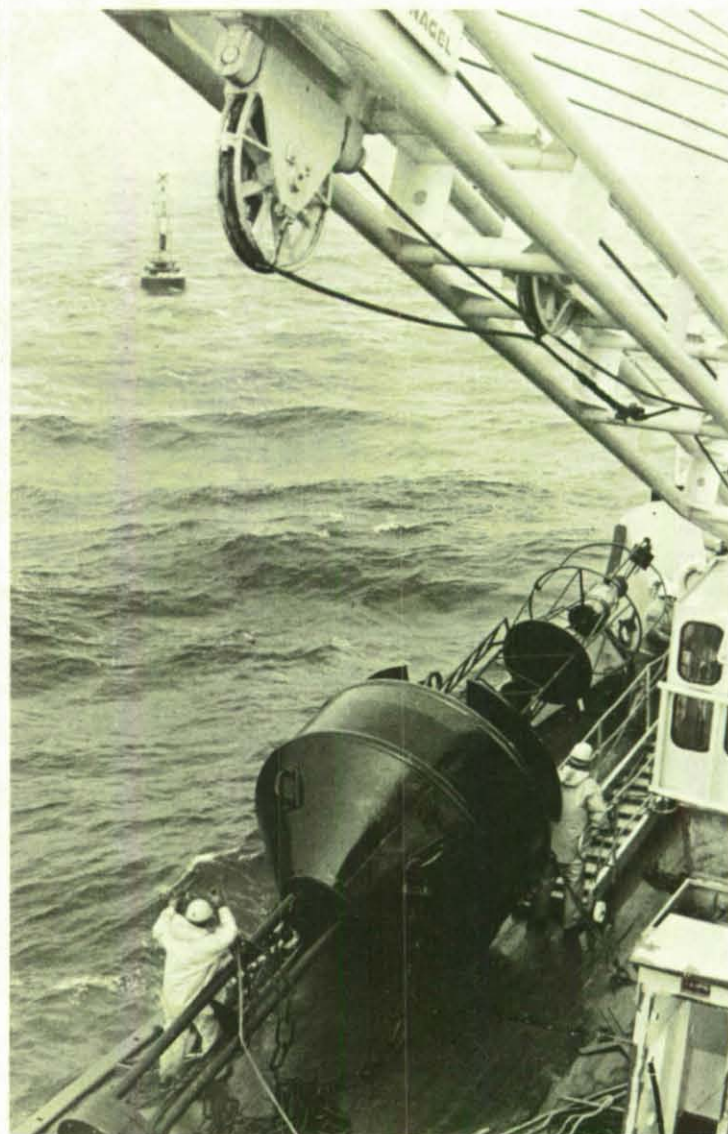
„Für die deutschen Nordseeküsten bestand keine Gefahr“, betonte der zuständige Ölunfall-experte beim Wasser- und Schiffsamt Cuxhaven, wo die Nachrichten aus Norwegen ausgewertet wurden. Aufgrund der Vereinbarungen im Nordseeabkommen war dieser „heiße Draht“ zum norwegischen Umweltministerium als engste Informationsverbindung vorgeschrieben. Ständig gab es auch die neuesten Angaben über die Position des Ölteppichs aus Norwegen und Dänemark für die Cuxhavener Radarzentrale, den Zentralen Meldekopf. Eine direkte Gefährdung war nur bei ungünstigen meteorologischen Bedingungen angenommen worden.

### Gefahren einkalkuliert

In allen Küstenländern an der Nordsee haben sich die zuständigen Behörden

schon mit den Möglichkeiten einer Erdöl-eruption beschäftigt. Als größtmögliche Katastrophe im Ekofisk-Feld war ein Ausströmen von 200 000 Tonnen Öl einkalkuliert worden. Glücklicherweise konnten eingeflogene texanische Experten nach knapp einer Woche den „Blow Out“ stoppen. Nur etwa ein Zehntel der berechneten Menge floß in die See.

In mehreren Monaten will der betroffene Konzern ein Rettungsfahrzeug speziell für Bohrinselfn entwickelt haben, mit dem Öl-eruptionen wie auf der Plattform „Bravo“ weit schneller wieder unter Kontrolle gebracht werden können. Auf der Insel, die wie ein Katamaran konstruiert ist und halb untergetaucht auch bei schwerer See ruhig im Wasser liegt, sind ein Hitzeschild am Bug, ein Kran mit einer Tragkraft von 3000 Tonnen und riesige Pumpen untergebracht. Außerdem besteht die Ausrüstung an Bord aus einer großen Zahl von Löschkanonen, Einrichtungen zur Bekämpfung eines Ölteppichs und einem Hubschrauber für Rettungsaktionen.



Schwere Ketten und ein tonnen-schwerer Betonblock halten die Seezeichen auf Position. Der Hinweis auf die Pipeline soll die Rohre vor Beschädigungen durch herabfallende Anker schützen.

## Lecks sind selten

Eigentlich sind Lecks an Leitungen und Bohrlöchern recht selten. An der Küste von Kalifornien kam es zu einem größeren Unglück, bei dem etwa 7000 Tonnen in 24 Stunden ausflossen. Mehrere kleinere Unglücke in der Nordsee blieben ohne Folgen. Seit 1964 wird auch vor deutschen Küsten nach Erdöl gebohrt. Ein Nordsee-Konsortium setzte 55 Kilometer nördlich von Juist die ersten Bohrungen an. Ein Jahr später kam die 7000-Tonnen-Plattform „Transocean“ hinzu, die 83 Kilometer nordwestlich von Borkum postiert wurde. Seit 1974 arbeitet die Bohrinself „Chaparral“ vor der Küste. Bis ins kommende Jahr läuft der Bohrplan des Konsortiums vor der deutschen Küste mit dieser Anlage.

## Keine Folgen für die deutschen Küsten erwartet

Auf eine Anfrage des schleswig-holsteinischen F.D.P.-Bundestagsabgeordneten Zywiets teilte die Bundesregierung mit, daß an der deutschen Nordseeküste keine Gefährdung der Meeresumwelt als Folge des „Bravo“-Ölausbruchs zu erwarten sei. Wenn dennoch Öl in die deutschen Küstenbereiche gelangen sollte, könnten der Fischerei Schäden durch verklebende Netze entstehen. Auch Verschmutzungen der Strände könnten nicht ausgeschlossen werden, doch seien sie andererseits leicht zu beseitigen. Eine Beeinträchtigung des Fremdenverkehrs sei nicht zu erwarten. Zur Zeit seien auch keine vorbeugenden Maßnahmen in der Schadens-

abwehr notwendig. Durch den Zentralen Meldekopf in Cuxhaven werde die Position des Ölteppichs ständig beobachtet.

Genau nach den bereits in der letzten Ausgabe des ZS-MAGAZIN ausführlich geschilderten Katastrophenplänen und Hilfsmaßnahmen der Bundesbehörden an der Küste konnte der griechische 145 000-Tonnen-Tanker „Classic“ von elf Schleppern wieder freigeschleppt werden. Zuvor hatte ein kleinerer Tanker über 10 800 Tonnen leichtern können. Der Supertanker war bei dichtem Nebel in der Jadedeichrinne auf Grund geraten. Er konnte nach dem geglückten Bergungsmanöver an der Pier des Wilhelmshavener Ölhafens seine Ladung löschen. Ein Leck war nicht entstanden.

## Bundesregierung: Hilfeleistungspotential reicht aus

Nach Auffassung der Bundesregierung reicht das von Bund, Ländern und Gemeinden vorgehaltene Hilfeleistungspotential aus, um einer schweren Erdbebenkatastrophe Herr zu werden, die in ihrer Schadenslage den Erdbeben in Norditalien, China und Rumänien entsprechen würde. Diese Auffassung hat der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Gerhard Baum, im Deutschen Bundestag bei der Beantwortung von Fragen des CSU-Abgeordneten Dr. Riedl vertreten.

Dr. Riedl hatte an die Bundesregierung die Frage gestellt:

Gesetzt den Fall, daß in einer deutschen Großstadt mit einer Einwohnerzahl von rund ein bis eineinhalb Millionen Menschen eine ähnlich schwere Erdbebenkatastrophe erfolgt wie jüngst in Rumänien, Norditalien oder der Volksrepublik China, wären die derzeit verfügbaren und ausgerüsteten Katastrophenschutzorganisationen bei Bund und Ländern in der Lage, die dafür erforderlichen Hilfs- und Schutzmaßnahmen in ausreichendem Maß schnellstmöglich zu leisten?

Parlamentarischer Staatssekretär Baum: Herr Kollege Dr. Riedl, würde man die bei den drei letzten Erdbebenkatastrophen in Norditalien, China und Rumänien entstandenen Schadenslagen auf die Bundesrepublik übertragen, dürfte das von Bund, Ländern und Kommunen vorgehaltene Hilfeleistungspotential insgesamt aus-

reichen, um durch konzentrierten Einsatz der Notsituation Herr zu werden. Obwohl in dem angenommenen Beispiel einer friedenszeitlichen Katastrophe die Länder nach der grundgesetzlichen Aufgabenverteilung für die Gefahren- und Schadensabwehr zuständig sind, stünden auch das vom Bund für Zwecke des Verteidigungsfalles unterhaltene Katastrophenschutzpersonal von derzeit 135 000 Helfern sowie auf besondere Anforderung ebenso Bundeswehr und Bundesgrenzschutz zur Verfügung. Aufgrund der Erfahrungen anlässlich der Waldbrandkatastrophe in Niedersachsen im Jahre 1975 sind in der Zwischenzeit die Kommunikationsverfahren und Koordinationsmechanismen so verbessert worden, daß mit einer schnellstmöglichen Heranführung ausreichender Rettungskräfte zum Schadensort gerechnet werden kann.

Die weitere Frage des Abgeordneten Dr. Riedl lautete: Sollte dem nicht so sein, was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um für eine ausreichende Ausstattung des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland Sorge zu tragen?

Parlamentarischer Staatssekretär Baum: Der in der Anfrage angesprochene Beitrag der Bundesregierung kann sich lediglich auf den grundgesetzlich vorgegebenen Rahmen beschränken. Hierfür wurden seit 1969 insgesamt 1,1 Milliarden DM aufgebracht. Herr Kollege, ich erspare es mir, die Zahlen im einzelnen darzule-

gen; ich bin aber gern bereit, Ihnen das schriftlich zu übermitteln. Trotz dieser Leistungen ist nicht zu bestreiten, daß infolge der schwierigen Haushaltssituation noch nicht alle Bedürfnisse befriedigt werden konnten. Die Bundesregierung wird künftig besondere Anstrengungen unternehmen, um das Hilfeleistungsnetz durch einen rationellen und schwerpunktmäßigen Einsatz der Mittel so effizient wie möglich zu gestalten. Ein entsprechendes Programm für die 8. Legislaturperiode ist in Vorbereitung. Dr. Riedl: Herr Staatssekretär, wären Sie bereit, diese jetzt nicht genannten Zahlen dem Protokoll beizufügen, und könnten Sie mir bitte sagen, wann mit der Vorlage dieses Programms an die parlamentarischen Gremien zu rechnen sein wird?

Parlamentarischer Staatssekretär Baum: Ich bin gern bereit, Ihnen die Zahlen schriftlich zu geben. Hierzu wurden folgende Angaben zu Protokoll gegeben:

Der Ausrüstungssektor partizipiert daran mit rund 240 Millionen DM. Es wurden z. B. 5530 Fahrzeuge (einschließlich Anhänger und Aggregate) im Werte von 83,4 Millionen DM beschafft. Für rund 120 Millionen DM wurden Neubauten errichtet, davon 306 Katastrophenschutz-Zentren, 13 Zentralwerkstätten und 24 THW-Unterkünfte. Außerdem hat der Bund 4430 Unterkünfte für Helfer angemietet. Zur Zeit befinden sich 8 Katastrophenschutz-Zentren und 17 THW-Unterkünfte im Bau.

Wann das Programm vorgelegt werden kann, kann ich heute nicht genau sagen; möglicherweise wird der erste Vorentwurf schon in diesem Jahr vorgelegt.

## Nachrichten aus dem Landesstellen-Bereich

**Kiel.** Im Zusammenhang mit dem Hinweis auf die letzte Sirenenenerprobung wurde in den „Kieler Nachrichten“ die Frage aufgeworfen, ob denn – wenn man über eine fast hundertprozentig wirksame Alarmanlage verfüge – die 7200 in öffentlichen Bunkern der Landeshauptstadt vorhandenen Schutzplätze als ausreichend für einen Katastrophenfall angesehen werden können. Seitdem wird von der Presse in unregelmäßigen Abständen das Schutzbauproblem in Kiel und Umgebung in der Öffentlichkeit immer wieder angesprochen.

**Neumünster.** In der Jahresbilanz des Amtes für Zivilschutz der Stadt Neumünster für 1976 wurde wiederum die enge Zusammenarbeit des Amtes mit dem Bundesverband für den Selbstschutz besonders hervorgehoben. Insgesamt seien 323 Vorhaben durchgeführt worden, 156 Selbstschutz-Grundlehrgänge, 24 Fachlehrgänge und 143 Informationsveranstaltungen.

## Informationsgespräch mit MdB Ueberhorst

Bundestagsabgeordneter Reinhard Ueberhorst führte in Pinneberg Informationsgespräche mit dem Kommandeur des Luftwaffenausbildungsregiments, Oberst Siegfried Wandel, mit dem evangelischen Militärbischof Dr. Sigo Lehming und mit dem Leiter der BVS-Dienststelle Pinneberg, Gustav von Gruenewaldt. An dem Gespräch über Fragen des Zivilschutzes nahm auch Oberstleutnant d. R. Werner Erge als Experte für Sicherheitspolitik teil. BVS-Dienststellenleiter von Gruenewaldt

wies eingangs darauf hin, daß in der Bundesrepublik bei einer Pro-Kopf-Ausgabe von 50 DM für die militärische Verteidigung nur 1 DM für die Zivilverteidigung ausgegeben werde. Von Gruenewaldt bat den Politiker, in Bonn immer wieder die Frage zu stellen, ob genügend für den Selbstschutz der Bevölkerung getan werde. Nachdem von Gruenewaldt Wesen und Aufgaben des Bundesverbandes für den Selbstschutz erläutert hatte, berichtete er, daß die BVS-Dienststelle Pinneberg – zuständig für die Kreise Pinneberg und Segeberg – allein im Jahr 1976 mehr als 300 Veranstaltungen durchgeführt habe, an denen rund 10 000 Personen teilgenommen hätten.

Die Frage Ueberhorsts, ob der BVS im Einzugsbereich von Kernkraftwerken eine verstärkte Aufklärung der Bevölkerung betreibe, verneinte er. Der Verband habe dieses spezielle Problem bisher noch nicht in seine Arbeit einbezogen. Daraufhin erklärte der Bundestagsabgeordnete, er wolle sich bemühen, beim Bundesamt für Zivilschutz besondere Maßnahmen für die durch Kernkraftwerke gefährdete Bevölkerung durchzusetzen. In der Presse wurde über dieses Gespräch ausführlich berichtet.

## Zwei erfolgreiche Sonderaktionen

In den Monaten Februar/März 1977 führten die Dienststellen des BVS in Schleswig-Holstein – vor allem in der Presse – großangelegte Aufklärungskampagnen durch, die den BVS und seine Aufgaben in weiten Bevölkerungskreisen bekanntmachen sollten. Ein Waschzettel über die neue Form des Selbstschutzgrundlehrganges war von der Landesstelle vorbereitet und an die Dienststellen weitergegeben worden. Von diesen wurde

er dann – oft nach einem persönlichen Gespräch – an die Presse weitergegeben. Der Erfolg: In über 20 Pressemeldungen wurden – teilweise sehr ausführlich – die Ausbildungsmöglichkeiten durch den BVS erläutert.

Kurze Zeit darauf wurde den Dienststellen ein weiterer Waschzettel zur Verfügung gestellt, der sich mit den Aufgaben des BVS befaßte und auf den Taschenatlas hinwies, der an die Autofahrer ausgegeben werden kann. Durch über 20 Pressemeldungen in Schleswig-Holstein, ein Rundfunk-Interview und eine Fernsehsendung – die bundesweit ausgestrahlt wurde – ist auch diese Aktion der Öffentlichkeit bekanntgeworden.

Viele BVS-Dienststellen wurde mit Anfragen regelrecht überhäuft und sind immer noch dabei, diese zu beantworten. Die Anschriften aller Interessenten wurden gesammelt; im Mai/Juni sollen diejenigen, die den BVS angeschrieben haben, zu einem Besuch der zuständigen BVS-Dienststelle und zur Teilnahme an einem Se-Grundlehrgang eingeladen werden.

Gute persönliche Kontakte zu den schleswig-holsteinischen Journalisten und deren Aufgeschlossenheit gegenüber den Aufgaben des BVS haben dazu beigetragen, daß der BVS sein Anliegen an weite Bevölkerungsteile herantragen konnte.

## Dienstjubiläum

Seit über 25 Jahren ist Frau Gabriele Grabner, BVS-Dienststelle Kiel, im öffentlichen Dienst beschäftigt. Bei der BLSV-Ortsstelle Kiel trat sie am 1. 1. 1956 ein und ist seither unermüdlich für den Verband tätig. Frau Grabner ist mit allen Bereichen der Selbstschutzarbeit vertraut. Wir gratulieren zum 25jährigen Dienstjubiläum.

# Bremen

## Bremer Senat erläßt Selbstschutz-Richtlinien

Der Senat der Freien Hansestadt Bremen hat am 14. März 1977 für alle bremischen Behörden Richtlinien zur Förderung des Behördenselbst-

schutzes beschlossen. In diesen Richtlinien, die im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen veröffentlicht wurden, heißt es im Absatz 3: „Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der bremischen Behörden wird im Einvernehmen mit dem Gesamt-

personalrat nahegelegt, freiwillig an einem Selbstschutzgrundlehrgang beim Bundesverband für den Selbstschutz (BVS) teilzunehmen.“ Im letzten Absatz heißt es: „Die Maßnahmen des Behördenselbstschutzes werden entsprechend der Anordnung





**Abschlußübung: Bedienstete der Bundespost in Bremen zeigen, was sie im BVS-Fachlehrgang „Brand-schutz“ gelernt haben.**

des Senats zur Ausführung des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes vom 30. September 1969 (Brem. ABI. S. 405) durch den Senator für Inneres koordiniert. Im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel wird die Selbstschutzausrüstung vom Senator für Inneres be-

schafft, inventarisiert und an die Empfänger übergeben."

### **Arbeitskreis diskutierte über Selbstschutz**

In Bremen-Nord veranstaltet eine Arbeitsgemeinschaft regelmäßig „Das aktuelle Gespräch“, zu diesen Veranstaltungen ist jedermann willkommen. Der Themenkreis dieser alle 14 Tage im Schulzentrum Am Heidebleek in Bremen-Blumenthal stattfindenden Veranstaltung ist breit gefächert. Man diskutiert über Hochschulprobleme, Tarifgestaltung bei Straßenbahn und Stadtwerken, Energieprobleme, Umwelt- und Katastrophenschutz u. a. BVS-Fachgebietsleiter Hermann Behrmann referierte kürzlich über das Thema „Alltägliche Gefahren und mögliche Katastrophen“. Nach einer Selbstdarstellung

des BVS wurde ein zweistündiges lebhaftes „aktuelles Gespräch“ geführt. Der Begriff und das Wesen des Selbstschutzes waren dabei Ausgangspunkt und Ziel.

### **Kurz notiert**

Der vom BVS herausgegebene Vortrags-Katalog hat bereits Aktivitäten ausgelöst. Die Dienststelle Bremen hat mittlerweile in vier von acht Ortsverbänden des Deutschen Hausfrauenbundes e. V. Vorträge abgehalten.

In einer Arbeitsgemeinschaft der Dienststelle Bremen sprach Oberbaurat Günter Knappe von der OFD Bremen über die Nutzbarmachung von LS-Bunkern und die Instandsetzung von Schutzbauwerken entsprechend den heutigen Anforderungen eines optimalen Schutzes.

# niedersachsen



### **Katastrophenschutztage in Lüneburg**

Auf dem historischen Marktplatz zeigte die BVS-Dienststelle Lüneburg vom 7. bis 17. April die Ausstellung „Rund um den Katastrophenschutz“. Schirmherr war der Lüneburger Oberkreisdirektor Klaus Harries. Neben Feuerwehr, Arbeiter-Samariter-Bund, Technischem Hilfswerk, Deutschem Roten Kreuz und Deutscher Lebens-Rettungs-Gesellschaft beteiligten sich – auf Wunsch des Oberkreisdirektors – auch Bundesgrenzschutz, Polizei, Forstverwaltung, Bundeswehr und der Not-Funk-Dienst Niedersachsen e. V.

In Vertretung des OKD konnte Kreisdirektor Faulhaber zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und viele Bürger begrüßen; Bundestagsabgeordneter Helmuth Möhring – Mitglied des Verteidigungsausschusses –, die Landtagsabgeordneten Fuhrhop und Nickel, Vertreter der Kommunalparlamente und der verschiedensten Verwaltungen waren bei der Eröffnung anwesend. BVS-Fachgebietsleiter Häckel stellte in seinen Grußworten fest, vor allem die Anwesenheit der politischen Vertreter werde von den Bürgern als positives Zeichen gewertet. Selbstschutz und Katastrophenschutz seien sich ergänzende Vorsorgemaßnahmen; der Selbstschutz der Bevölke-

rung bilde die Grundlage aller weiteren Hilfe durch die Katastrophenschutz-Organisationen.

Einen besonderen Akzent setzte bei der Eröffnung die Bläsergruppe der Kreisgruppe Lüneburg des Deutschen Jagdschutzverbandes. Rund 1860 Bürger kamen am ersten Tage; insgesamt konnten fast 20 000 Besucher gezählt werden. Im Verlauf der Ausstellungswoche fand auch ein Informationsseminar für politische Mandatsträger aus Kreistag, Gemeinde- und Samtgemeinderäten statt. Eine besondere Informationsveranstaltung, zu der Stadtdirektor Stalljes eingeladen hatte, wandte sich an die Repräsentanten von Verbänden und Vereinen. „Selbstschutz der Bevölkerung in der Gemeinde“ war das Thema,



**Kreisdirektor Faulhaber eröffnet die Ausstellung „Rund um den Katastrophenschutz“. Hinter ihm – im weißen Mantel – HSGL Häckel, BVS.**

über das BVS-Dienststellenleiter Schaper sprach. Alle Anwesenden sagten ihre Unterstützung zu. Höhepunkt und Abschluß der Ausstellung war der „Tag des Katastrophenschutzes“, an dem sich alle Organisationen beteiligten. OKD Harries konnte dazu viele Lüneburger Bürger auf dem Marktplatz begrüßen. Nach einem allgemeinen Eintopfessen aus Feldküchen und Gulaschkanonen begannen die Vorführungen der Organisationen. Das THW baute einen Tonnensteg und zeigte, wie mit Behelfsmitteln schwerste Lasten in unwegsamem Gelände bewegt werden können. Mit Hilfe einer Trinkwasseraufbereitungsanlage stellte der BGS aus dem schmutzigen Ilmenauwasser, das



**Vor dem Ausstellungszelt lassen sich die Teilnehmer eines Informations-Seminars von BVS-Dienststellenleiter Schaper – 3. v. l. – berichten.**



**Um das Rundzelt mit der Ausstellung „Rund um den Katastrophenschutz“ herum gruppieren sich die Fahrzeuge und Geräte der beteiligten Organisationen.**

von der Feuerwehr herangepumpt wurde, einwandfreies Trinkwasser her.

Das DRK hatte neben seinem Beitrag „Versorgung“ einen Hauptverbandplatz aufgebaut.

Anziehungspunkt bei der Feuerwehr war die 31 m lange Drehleiter. Wer schwindelfrei und mutig genug war, hatte Gelegenheit, Lüneburg aus der Vogelperspektive zu sehen. „Rettung aus Wassernot“, das war die Schwerpunktaussage der DLRG.

Beim ASB wurde der Umgang mit der Vakuummatratze demonstriert, die gute Dienste beim schonenden Transport Rückenverletzter leistet. Welche Möglichkeiten die Bundeswehr in der technischen Hilfe hat, zeigte eine Geräteschau mit den verschiedensten Fahrzeugen und Geräteträgern.

Der Not-Funk-Dienst Niedersachsen stellt Funkverbindungen zur schnellen Übermittlung von Nachrichten in der Katastrophenabwehr her. Ihre Funker führten eine Funkrahmenübung durch. Die Polizei zeigte mit ihrem Funkkommandowagen, daß auch sie in der Lage ist, Funkverbindungen zu Führung und Leitung herzustellen.

Die Besucher erhielten so einen umfassenden Einblick in die Arbeit des Katastrophenschutzes im Landkreis Lüneburg. Wie man auch selbst Hilfe leisten kann, demonstrierten die Helfer der BVS-Dienststelle Lüneburg mit dem Ablöschen einer „brennenden Person“.

### **Hausfrauenbund-Mitglieder im Selbstschutz-Seminar**

Im Jahre 1925 wurde das „Sonnenzeichen“ als Gütezeichen des vom Reichsverband Deutscher Haus-

frauenvereine (RDH) in Leipzig ins Leben gerufenen Testinstituts entwickelt. Mit diesem „Sonnenzeichen“ wurden geprüfte und für gut befundene Haushaltsgeräte, Textilien und industriell aufbereitete Ernährungsgüter ausgezeichnet. Der Deutsche Hausfrauenbund e. V. (DHB) hat das Sonnenzeichen als Emblem beibehalten. Der DHB ist heute vielseitig tätig, zum Nutzen der Hausfrau, doch auch für den Verbraucher im allgemeinen.

Er ist die Berufsorganisation der Hausfrauen und umfaßt 14 Landesverbände, 375 Ortsverbände und 90 „Clubs junger Hausfrauen“.

Der DHB führt Kurse durch, hält Vorträge zur Aus- und Fortbildung der Hausfrauen und setzt sich in besonderem Maße für die Interessen der Verbraucher ein. Zu aktuellen Problemen, die mit seiner Arbeit im Zusammenhang stehen – insbesondere solchen, die die Hausfrau, die Familie oder den Verbraucher berühren – nimmt der DHB öffentlich Stellung.

Bei der Vielfalt der Aufgaben, die der Verband zu bewältigen hat, ist besonders herauszustellen, daß er sich auch für die Belange des Zivilschutzes interessiert.

Um sich eingehender über den Zivilschutz, die Arbeit des BVS und die Aufgaben des Selbstschutzes informieren zu lassen, nahm die Vorsitzende des niedersächsischen Landesverbandes des DHB, Ruth Bock, mit Mitgliedern der Vorstände aus den 54 Ortsvereinen und 15 „Clubs junger Hausfrauen“ in Niedersachsen an einem Zivilschutz-Informationsseminar in Hannover teil. BVS-Fachgebietsleiter Siegfried Häckel begrüßte die 80 Damen des DHB im Alten Rathaus in Hannover.

In ihrem Referat zeigte Melitta Sohl, BVS-Fachgebietsleiterin für Frauenarbeit, auf, daß der Mensch täglich Gefahren ausgesetzt ist, diese jedoch in besonderem Maße im Haus auftreten. Das Fehlverhalten Betroffener zeige hier, welche Bedeutung Vorsorgemaßnahmen und Fähigkeiten zur Hilfeleistung haben können. Frau Sohl ging dann auf die Gefahren für die Zivilbevölkerung in einer – nicht auszuschließenden – militärischen Auseinandersetzung im europäischen Raum ein. Sie wies nach, daß auch im Verteidigungsfall Vorsorge zum Schutze des eigenen Lebens und zur Hilfe für sich und andere sinnvoll und möglich ist.

Diese Vorsorge – durch jeden Bürger mit Unterstützung der Gemeinden

selbst durchzuführen – ist der Selbstschutz der Bevölkerung. Es soll vor allem dazu befähigen, in einer Gefahr richtig zu handeln. Unterstützung und Ergänzung findet der Selbstschutz durch die Maßnahmen im Rahmen des Zivilschutzes; darüber sprach anschließend Referent Ruhe.

Er machte die Zusammenhänge im Bereich der Zivilverteidigung sichtbar und hob hervor, daß alle Vorsorgemaßnahmen des Staates nur in dem Maße Erfolg versprechen, wie sie durch den Selbstschutz in der Bevölkerung ihre Grundlage finden.

MdL Anton Teysen, CDU, nahm zur Bedeutung der Zivilverteidigung aus politischer Sicht Stellung. Der Abgeordnete führte aus, bisher sei der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln gewesen – und weitgehend kalkulierbar; doch sei heute eine militärische Auseinandersetzung infolge der technischen Entwicklung nicht mehr vorausberechenbar. Wenn die Bevölkerung eines Landes nicht auf die Gefahren eines Krieges vorbereitet ist, wird ein Krieg jedoch für den Angreifer wieder kalkulierbar, weil ein solcher Staat die Verteidigungsbereitschaft nicht glaubhaft machen kann.

Fachgebietsleiter Häckel rief dazu auf, die Info-Vorträge, Ausstellungen und Möglichkeiten der Selbstschutzausbildung in Anspruch zu nehmen.

Man könne sich jederzeit mit einer der BVS-Dienststellen in den Städten und Gemeinden oder mit den für den Selbstschutz zuständigen Gemeindeverwaltungen in Verbindung setzen.

### **Nachruf**

An den Folgen eines Herzinfarktes verstarb am 19. April 1977 im Alter von 65 Jahren der ehrenamtliche Leiter der BVS-Dienststelle Helmstedt,

**Konrad Schulenburg**

Seit 1965 gehörte er dem BLSV/BVS an; seit Februar 1967 leitete er die damalige Kreisstelle und später die BVS-Dienststelle Helmstedt.

Unter großer Anteilnahme seiner vielen Freunde wurde Konrad Schulenburg am 22. April 1977 beigesetzt. Helferschaft und BVS-Mitarbeiter in Helmstedt und Niedersachsen trauern mit seinen Angehörigen und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

## BVS-Bedienstete als Lebensretter

Auf der Rückfahrt von der Landesstelle Recklinghausen hatten die BVS-Dienststellenleiter von Aachen und Düren, die mit der Fahrbaren Ausbildungsstelle Düren (FAST) unterwegs sind, ein Erlebnis, das sie so schnell nicht vergessen werden.

Dienststellenleiter Jansen berichtet: „Auf der Autobahn in der Nähe von Remscheid stoppt unser Fahrer plötzlich den Wagen. Unsere Gespräche werden durch den Ruf: ‚Alles raus – Unfall!‘ unterbrochen. Paul Lemanzky, der die FAST fährt, ist als erster draußen; er hat die Situation rechtzeitig erkannt und angehalten. Ein Mensch liegt mitten auf der Fahrbahn, neben ihm ein Motorrad. Aus dem Tank läuft Benzin aus.

Lemanzky kniet bereits bei dem Verunglückten. Der atmet noch – doch unter dem Sturzhelm sickert Blut hervor. Vorsichtig löst Lemanzky den Kinnriemen, hebt ganz langsam den Helm ab – das sieht schlimm aus! Aus Mund, Nase und Ohr des Verletzten dringt Blut. Glücklicherweise liegt der Schwerverletzte auf der Seite. Lemanzky und Dienststellenleiter Janke versorgen ihn und halten seine Lebensfunktionen aufrecht.

Einen anhaltenden Omnibusfahrer, dessen Funkgerät leider nicht intakt ist, bitte ich um sofortige Alarmierung des Rettungshubschraubers. Dann löse ich einen anderen Unfallhelfer bei der Absicherung der Unfallstelle ab. Es gelingt, den Verkehr langsam an der Unfallstelle vorbeizuleiten.

Ein vorbeikommender Polizeistreifenwagen hält an; nach kurzer Information gibt der Beamte den Einsatzbefehl für den Rettungshubschrauber über Funk weiter. Die Minuten werden zur Ewigkeit, es beginnt zu regnen. Plötzlich sind Hubschraubergeräusche in der Luft, ein Polizeihubschrauber und ein Rettungshubschrauber landen. Endlich! Arzt, Rettungssanitäter und Pilot kümmern sich um den Verletzten. Zu Handreichungen bedürfen sie noch unserer Mithilfe. Die Polizei ist dankbar für unsere Unterstützung; ihre ersten Ermittlungen laufen an, Zeugen werden gesucht. Wir kamen mit unserem Wagen zwar später – aber nicht zu spät! Keiner der Umstehenden hatte

bis zu unserem Eintreffen den Mut gehabt, sich um den Verunglückten zu kümmern. Etwa zwanzig Minuten arbeitet das Rettungsteam, bis der 23jährige Kradfahrer aus Witten in den Hubschrauber umgelagert werden kann. Wenn er den schweren Unfall überlebt, dann sicherlich nur deshalb, weil Paul Lemanzky, der Leiter der Fahrbaren Ausbildungsstelle Düren, zur richtigen Zeit das Richtige tat.“

## Herbert Sagert geehrt

Als äußeres Zeichen des Dankes für Treue und langjährige Arbeit erhielt der Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Leverkusen, Herbert Sagert, eine Ehrenurkunde. Im Auftrage von Landesstellenleiter Kopsieker überreichte ihm Dienststellenleiter Ortgies Harms diese Urkunde in Anwesenheit der Helferschaft im Katastrophenschutzzentrum der Stadt.



**Herbert Sagert – rechts – erhält aus der Hand von Dienststellenleiter Harms die Ehrenurkunde des BVS.**

Harms sprach Sagert Dank und Anerkennung aus. Herbert Sagert ist seit über zehn Jahren aktiv für den BVS, unter anderem als BVS-Lehrer und Berater, tätig.

## Eine Fußgängerprüfung war die „Zugnummer“

THW, DRK, Feuerwehr und DLRG sowie der BVS und der Kreuzauer Tauchclub beteiligten sich an einer Informationsschau über den Katastrophenschutz in Kreuzau. Eine von der BVS-Dienststelle Düren veranstaltete Fußgängerprüfung war die „Zugnummer“ des Programms. Sie sollte

gewissermaßen eine Überprüfung der Kenntnisse und Fertigkeiten im Selbstschutz beinhalten.

An sieben Teststationen konnten im Höchstfall je 15 Punkte errungen werden. Einmal war ein Verletzter zu bergen, an einer anderen Stelle wurde das Ablöschen eines Vergaserbrandes verlangt. Von 105 möglichen Punkten erreichte der beste Teilnehmer – Berthold Bergs aus Hürtgenwald – 87 Punkte. Der Sieger und 14 weitere Plazierte wurden mit Ehrenpreisen ausgezeichnet.

## Zusammenarbeit mit der VHS

Als erste Volkshochschule im Betreuungsbereich der BVS-Dienststelle Leverkusen hat die Volkshochschule Overath/Rösrath zwei Selbstschutz-Grundlehrgänge des BVS in ihr Angebot aufgenommen. Der erste Grundlehrgang hat bereits in der Gemeinschaftshauptschule in Rösrath stattgefunden.

## Kindergärtnerinnen proben den Ernstfall

Die Mütter der 2856 Mädchen und Jungen, die die 36 Kindergärten in Leverkusen besuchen, können ihre Sprößlinge künftig noch unbesorgter diesen Einrichtungen anvertrauen. Das Kindergartenpersonal wird – einer Anregung auf einer Leiterinnentagung folgend – künftig im Selbstschutz ausgebildet. Eine Mitarbeiterin des BVS unterweist die Betreuerinnen an drei Nachmittagen praxisnah in allen wichtigen Maßnahmen, die nach Unfällen zu treffen sind.

Am ersten Nachmittag findet ein Einführungsgespräch statt, danach läuft ein Film, der verschiedene Katastrophensituationen und Abwehrmaßnahmen vor Augen führt. Der Unterricht über den Umgang mit Handfeuerlöschern, die Bergung, die Lagerung und der Transport von Verletzten füllt den zweiten Nachmittag aus. Lebensrettende Sofortmaßnahmen stehen bei der dritten Zusammenkunft auf dem Programm. Allerdings hoffen alle Beteiligten, daß ein Ernstfall nie eintritt.

## Dank zum Abschied

Am 31. März 1977 wurde im Rahmen einer kleinen Abschiedsfeier in der BVS-Dienststelle Frankfurt der langjährige Fachbearbeiter II 2 der Dienststelle Offenbach, Gerhard Zoch, vorzeitig in den Ruhestand verabschiedet. Im Auftrag der Landesstelle Hessen würdigte der Leiter der Dienststelle Frankfurt mit herzlichen Worten des Dankes die Arbeit des Mitarbeiters und überreichte die Dankurkunde des Verbandes. Zoch wurde 1955 Helfer des BLSV in Offenbach, anderthalb Jahre später Bearbeiter III der Dienststelle und 1963 Ausbildungsleiter. Zoch hat in 21jähriger ehren- wie hauptamtlicher Tätigkeit am Aufbau der BVS-Dienststelle Offenbach und des Selbstschutzes in Offenbach entscheidend mitgewirkt. Alle Mitarbeiter wünschen Gerhard Zoch einen langen und gesunden Ruhestand.

## Helmut Sickert im Ruhestand

Am 31. März schied der Fachgebietsleiter für die Ausbildung, Helmut Sickert, auf eigenen Wunsch aus dem Dienst. Im Rahmen einer Feierstunde bei der BVS-Landesstelle Hessen wurde er geehrt. Sickert, 1914 in Dresden geboren, wurde im November 1949 schwerkriegsbeschädigt aus der Gefangenschaft entlassen. Zunächst als ehrenamtlicher BLSV-Helfer und ab 1957 als Sachbearbeiter III der Ortsstelle Hanau tätig, übernahm er 1963 das Hauptsachgebiet III der Landesstelle Hessen. Zwanzig Jahre setzte sich Helmut Sickert mit Engagement und Idealismus für die Aufgaben des Verbandes ein. Landesstellenleiter Ernst Heldmann rief einige wesentliche Ereignisse dieser Jahre in die Erinnerung zurück. Heldmann kennzeichnete Sickert als Menschen, der als Praktiker die BVS-Ausbildung in Hessen mitgeprägt und sein Augenmerk nicht auf Quantität, sondern auf Qualität gerichtet hat.

Auch der ehemaligen Landesschule Braunfels hatte er seinen Stempel aufgedrückt, sowohl in fachlicher als auch in menschlicher Hinsicht. „Mit ihm verläßt ein Mann den Ver-

band, der immer wieder mit neuen Ideen, viel Temperament und Engagement, mit Fachkenntnissen und einem gehörigen Schuß Humor dazu beitrug, das Schiff über manche Klippen mit vereinten Kräften glücklich hinwegzusteuern!“ Zum Abschied erhielt Sickert ein Buch und ein Blumenengebinde, von seinen Mitarbeitern Aufmerksamkeiten, die seinen Hobbys entsprechen.

Mit der Wahrnehmung der Dienstgeschäfte des Fachgebietes II 2 wurde Werner Schmitt, Fachgebietsleiter II 1, beauftragt.

## Wilhelm Barthel verabschiedet

Zum 30. April schied der Fachbearbeiter für die Öffentlichkeitsarbeit der BVS-Landesstelle, Wilhelm Barthel, auf eigenen Wunsch vorzeitig aus dem Dienst. Im Rahmen einer Feierstunde wurde er verabschiedet. Barthel, 1914 in Wiesbaden geboren, wurde nach Schul- und Lehrzeit 1934 Berufssoldat, 1947 kehrte er aus der Gefangenschaft zurück. Im September 1964 wurde er hauptamtlich beim BLSV tätig und war in der Ortsstelle Wiesbaden in verschiedenen Bereichen tätig, bis er am 1. April 1969 Fachbearbeiter für die Öffentlichkeitsarbeit wurde.

Sein 25jähriges Dienstjubiläum hatte Barthel im Januar 1971 gefeiert. Landesstellenleiter Ernst Heldmann dankte Barthel für seine Mitarbeit und überreichte ihm die Dankurkunde des Verbandes. Von den Mitarbeitern der Landesstelle erhielt er als Erinnerungsgabe ein seinen Neigungen entsprechendes Buch und ein Blumenengebinde. Wilhelm Barthel bedankte sich mit herzlichen Worten und wünschte allen Kolleginnen und Kollegen viel Erfolg bei der Erfüllung der dem BVS gestellten Aufgaben. Alle Mitarbeiter wünschen Wilhelm Barthel einen gesunden und geruh-samen Ruhestand.

## Die WSD Südwest lud ein

Die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Südwest mit Sitz in Mainz hatte in Verbindung mit der BVS-Landesstelle ihre leitenden Bediensteten, Amtsvorsteher, Behörden-Se-Ltr. und

deren Vertreter zu zwei Zivilschutz-Informationsseminaren nach Heppenheim an der Bergstraße eingeladen.

Da der Dienstbereich der Direktion Südwest die Länder Hessen, Saarland, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg umfaßt, kamen die Teilnehmer von den Wasser- und Schifffahrtsämtern Saarbrücken, Trier, Koblenz, Mainz, Bingen, Worms, Mannheim, Heidelberg, Heilbronn, Rastatt, Freiburg, Offenburg und Stuttgart sowie der WSD Südwest angereist.

Wenn auch die Zuhörer der gesamten Thematik zunächst skeptisch gegenüberstanden, so konnte man doch bald feststellen, daß alte und bekannte Vorurteile beiseitegeschoben wurden.

Es wurden die Themen „Erscheinungsformen eines modernen Krieges“ und „Gefahren für die Zivilbevölkerung im Verteidigungsfall und Schutzmöglichkeiten“ nicht nur mit Interesse zur Kenntnis genommen, sondern aufgrund der Mitarbeit und der gestellten Fragen echtes Engagement festgestellt, zumal es die Referenten auch verstanden, die Zuhörer in ihren Bann zu ziehen. Ein besonderes Interesse fand die Besichtigung des Katastrophenschutz-zentrums mit der Funkleitstelle und den Spezialfahrzeugen der Feuerwehr. Hier konnte man feststellen, daß im Bezug auf Zusammenarbeit kein Lippenbekenntnis etwas nützt, hier wurde und wird echte und kameradschaftliche Zusammenarbeit demonstriert und praktiziert.

Mit Aufmerksamkeit folgten die Teilnehmer den Ausführungen, die die Vertreter der Landesregierungen von Rheinland-Pfalz und Hessen machten. Außer dem Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes einschließlich Vwv-Selbstschutz und dem Se der besonderen Verwaltung wurden auch die Sicherstellungsgesetze und die dazu erlassenen Vwv's und Verordnungen behandelt.

Das Ergebnis der Schlußaussprache zeigte, daß die Teilnehmer die Aufgaben des Zivilschutzes mit ganz anderen Augen betrachteten und den Belangen des Selbstschutzes, insbesondere des Behörden-Selbstschutzes viel aufgeschlossener und wohlwollender gegenüberstanden.

## Wahl eines Helfervertreeters in Koblenz

Auf einer gut besuchten Versammlung wählte die ehrenamtliche Helferschaft des Bundesverbandes für den Selbstschutz (BVS), Dienststelle Koblenz, ihren Helfervertreter. Unter Leitung des Wahlvorstandes, Karl-Heinz Schmitz und Karl-Heinz Menges, wurde mit eindeutiger Mehrheit der bisherige Helfervertreter Dr. med. Manfred Osterburg, Assistenzarzt im Evangelischen Stift, wiedergewählt. Seine Stellvertreter wurden Professor Heinz Emonts, Dozent an der Fachhochschule Rheinland-Pfalz, Abt. Koblenz, und Regierungsamtmann Reinhold Schmidt, Landesfeuerwehrschule Koblenz. Nach diesem Ergebnis werden die Interessen der Koblenzer BVS-Helfer wie bisher unmittelbar vertreten. Die im Einzelfall vorgesehene mittelbare Vertretung bei der Landesstelle entfällt somit.

Dr. Osterburg kündigte für seine Amtszeit neue Initiativen an. So u. a. die Herausgabe einer fachbezogenen Helferinformation. Darüber hinaus will er die Arbeitssitzungen weiter intensivieren. Kritisch behandelte er auch Fragen der Zusammenarbeit mit der BVS-Dienststelle selbst. Hier sieht er ebenfalls eine Reihe von Möglichkeiten für ein noch engeres Zusammenwirken. Dem hauptamtlichen Dienststellenleiter Matthias Illigen dankte er für die bisherige Unterstützung.

Der Wahl des Helfervertreeters kommt eine besondere Bedeutung sowohl für die Helferschaft als auch für die Stadtverwaltung und somit für den Bürger zu.

Der Bundesverband für den Selbstschutz – eine bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts – ist nämlich, wie der Koblenzer Katastrophenschutzdezernent Bürgermeister Josef Mendling einmal treffend feststellte, eine Hilfsorganisation besonderen Charakters. So hat der BVS nach dem Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes u. a. den Auftrag, die Gemeinden und Landkreise sowie Behörden und Betriebe bei der Unterrichtung und Ausbildung im Selbstschutz zu unterstützen.

Daß die BVS-Dienststelle Koblenz diesen Auftrag zusammen mit den

ehrenamtlichen Mitarbeitern bisher erfüllt hat, zeigt das Ergebnis von 1976. Mit Fachlehrgängen, Aufklärungsveranstaltungen und fachlichen Unterrichtungen in Selbstschutzfragen wurden immerhin nahezu 5200 Bürger angesprochen.

## „Damit Hilfe kein Zufall bleibt“

Der BVS beendete in Mayen eine Ausstellungsreihe, die er in Verbindung mit dem Sparkassen- und Giroverband Rheinland-Pfalz im Verlauf der Jahre 1976/77 im gesamten Landesstellenbereich durchführte. Dabei hat der BVS mit seiner Fahrbaren Zivilschutzausstellung und mit den Tafelausstellungen „Der Mensch im Mittelpunkt“ und „Zivilschutz“ abwechselnd in 22 Schaltherallen von Stadt- und Kreissparkassen 17 535 Besucher über Zivil- und Selbstschutz informiert.

Bei der Eröffnung der Ausstellung, die abschließend in der Hauptgeschäftsstelle der Kreissparkasse in Mayen gezeigt wurde, meinte Direktor Rehfish in seiner Eröffnungsrede zu den anwesenden Gästen, man wolle von seiten der Sparkasse Vermittler sein und den Kontakt herstellen zwischen dem BVS und allen, die das Thema „Selbstschutz“ angehe.



**Ihre Ausstellungsreihe beendete die Fahrbare Zivilschutzausstellung des BVS in Mayen. In der Hauptgeschäftsstelle der Kreissparkasse wurde die Ausstellung eröffnet.**

BVS-Dienststellenleiter Schlicke sprach von den Aufgaben des Selbstschutzes, der Aufklärung der Bevölkerung und von den Möglichkeiten der Ausbildung.

Der BVS stehe auch dem Hauptverwaltungsbeamten in Fragen des Selbstschutzes beratend zur Verfügung und arbeite im übrigen auch

mit Vereinen und Verbänden aus der Bürgerschaft gut zusammen. Schlicke dankte der Kreissparkasse dafür, daß die Ausstellung in ihrer Schaltheralle gezeigt werden konnte. Bürgermeister Syré von der Verbandsgemeindeverwaltung Mendig sprach von einer Lethargie in der Bürgerschaft gegenüber dem Selbstschutzgedanken. „Es gibt noch genug Leute, die vom Krieg her wissen, was alles passieren kann.“ Zur Aufklärungsarbeit des BVS meinte Syré, daß es sich vor allem um Themen wie vorbeugende und schützende Maßnahmen handele sowie um Hilfeleistungen nach Katastrophen und um allgemeine Maßnahmen zur Gefahrenabwehr.

Der Leiter der Fahrbaren Zivilschutzausstellung, BVS-Redner Claus Schwinger, Mainz, betonte die Bedeutung der Aufklärung der Bevölkerung und die Beratung in Fragen des Katastrophenschutzes und des Behörden- wie Betriebselbstschutzes. Zum Sinn der gezeigten Ausstellung sagte Schwinger: „Es gehört zum Menschsein, dem anderen nicht nur helfen zu wollen, sondern auch helfen zu können.“

## BVS auf der „MA 77“

Vor wenigen Wochen fand in Trier die für das Moselland und die angrenzenden Länder Luxemburg und Saarland wirtschaftlich und kulturell bedeutsame Moselland-Ausstellung „MA 77“ statt. Diese Ausstellung ist eine von Handel, Handwerk und Gewerbe beschickte Gesamtschau, der sich Institutionen und Verbände mit informativen Sonderschauen anschließen. Viele tausend Schaulustige informierten sich in den weiträumigen Ausstellungshallen auf dem neuen Ausstellungsgelände der Eurenerflur. Die BVS-Dienststelle Trier belegt schon seit Jahren auf der alle zwei Jahre stattfindenden Ausstellung ihren festen Platz. So war sie diesmal mit einem 70 qm großen Stand vertreten. Bunte Tafeln und Tabellen gaben wichtige Hinweise auf die Zivilverteidigung, den Schutzraumbau und den Selbstschutz der Bevölkerung. Erfreulicherweise besuchte eine größere Anzahl von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens den Ausstellungsstand. Sie suchten das Ge-

sprach mit den den Stand betreuenden Mitarbeitern. Insgesamt haben ca. 30 000 Personen den Stand besucht.

Bei den Gesprächen zeigte es sich, daß das größte Interesse dem Schutzraumbau galt.

Aber auch der Brandschutz und der Sanitätsdienst fanden ein reges Interesse. Der Bekanntheitsgrad des BVS ist beachtlich gewachsen, denn zahlreiche Jugendliche begrüßten die Helfer am Stand mit einem freudigen „Hallo“, die sie von den Lehrgängen an den Schulen wiedererkannten. Die an die Besucher verteilten Broschüren in den ansprechenden Tragetaschen wurden gern genommen, und während der Filmvorführungen standen die Besucher in Trauben am Stand und sahen mit viel Interesse die vorgeführten Filme „Schutzbündnis“ und „Selbstschutz-Grundlehrgang“.

### Oswald Buch verabschiedet

Im Rahmen einer Feierstunde verabschiedete Landesstellenleiter Heldmann Oswald Buch, der seit 19 Jahren dem BVS als hauptamtlicher Mitarbeiter angehörte.

1958 begann Oswald Viktor Buch seine Tätigkeit innerhalb des Verbandes als Verwaltungsführer der dama-



Landesstellenleiter Ernst Heldmann verabschiedete den langjährigen Mitarbeiter Oswald Buch.

ligen Landesschule in Bingen und wechselte 1968 zur Landesstelle nach Mainz über, wo er die beiden Aufgabenbereiche Personalwesen und Verwaltung übernahm. Von 1970 bis 1974 war er zur Landesstelle Saarland versetzt und kehrte nach dem Ausscheiden von Amtmann Rudolf Rech auf seinen Posten als Sachgebietsleiter in Rheinland-Pfalz zurück.

In seinen Abschiedsworten würdigte Landesstellenleiter Heldmann die Verdienste von Buch und überreichte ihm im Namen des Präsidenten, Oberstadtdirektor a. D. Heinz-Robert Kuhn, die Ehrennadel des BVS. Fachgebietsleiter Viktor Schwarz, Vorsitzender des örtlichen Personalrates, dankte Oswald Buch für sein allzeit hilfsbereites und kollegiales Verhalten und überreichte ihm im Namen aller Kolleginnen und Kollegen eine Abschiedsgabe.

## BADEN-WÜRTTEMBERG



### Pressekonferenz zum Thema „Schutzraumbau“

Um der Bevölkerung darzulegen, wie notwendig der Bau von Schutzräumen als Vorsorgemaßnahme schon in Friedenszeiten ist, hatte die BVS-Dienststelle Heidelberg zu einer Pressekonferenz eingeladen, an der neben den Bundestagsabgeordneten Karl Weber und Alfred Hubertus Neuhaus der BVS-Landesstellenleiter Heinz Kunde, Stadtbauamtsleiter Dittert und mehrere freie Architekten teilnahmen. Dienststellenleiter Erich Wenzel betonte die Bedeutung von Schutzräumen für die Zivilbevölkerung.

In der Diskussion befürworteten die Abgeordneten Neuhaus und Weber die Notwendigkeit des öffentlichen Schutzraumbaus. Auf diesem Gebiet könne man beispielgebend auf den privaten Bauherrn einwirken, der über Sinn und Zweck eines Schutzraumes leider nicht genügend unterrichtet ist und der sich zudem noch häufig hinter der Schutzbehauptung „Im Ernstfall wird schon die Regierung und der Katastrophenschutz für mich sorgen“ versteckt. Unterirdische Verkehrsanlagen und Tiefgaragen sollten von vornherein so konzipiert werden, daß sie im Notfall als sichere Zufluchtstätte dienen können. Auf die Frage von MdB Weber, welche zusätzliche Kosten für ein sol-

ches Bauwerk eingeplant werden müssen, wenn es als Schutzraum genutzt werden soll, antwortete Fachbearbeiter Dieter Schulenburg, daß notwendige Sicherheits- und Versorgungseinrichtungen, Luftschleusen, Filter usw. die normalen Baukosten in dreifacher Höhe übersteigen. Mit einem derartig hohen finanziellen Zusatzaufwand hatte niemand gerechnet. Unter diesen Umständen und dem momentanen „Diktat der leeren Kassen“, so sagten die Abgeordneten, könne man mit einer Forcierung des Schutzraumbaus von seiten der öffentlichen Hand wohl kaum rechnen.

Zum privaten Schutzraumbau, der vor allem Gegenstand der Diskussion war, berichteten die Bauberater des BVS, daß unter den jetzigen Umständen, d. h. ohne Bundeszuschüsse, kaum ein privater Bauherr für die Schutzraumidee zu gewinnen sei. Negativ wirke sich hier auch eine psychologische Schranke aus: Man verdrängt die mögliche Gefahr und verläßt sich gern auf die öffentlichen Schutzbauten, von denen es aber zu wenige gibt. Die Konferenzteilnehmer stellten übereinstimmend fest, daß im Schutzraumbau in der Vergangenheit, während des großen Baubooms, auf dem privaten wie öffentlichen Sektor viel versäumt worden sei. Unter den Diskussions- teilnehmern bestand Einigkeit dar-

über, daß die Anstrengungen im Bereich des Schutzraumbaus intensiv vorangetrieben werden müssen.

### 15 000 Lehrgangsteilnehmer in Heilbronn

Die BVS-Dienststelle Heilbronn konnte ein stolzes Jubiläum feiern: 15 000 Personen haben bisher an einem Selbstschutz-Grundlehrgang teilgenommen. Dies war der Anlaß, im Rahmen eines in den Osterferien stattfindenden Lehrgangs die Jubiläumsteilnehmerin zu begrüßen. Sie wurde durch Losentscheid aus drei Schülerinnen der Helene-Lange-Realschule, deren 9. Klassen jährlich geschlossen den Grundlehrgang besuchen, ermittelt.



Der Erste Bürgermeister Dr. Weinmann (links) gratulierte in einer Feierstunde der 15 000. Teilnehmerin am Selbstschutz-Grundlehrgang, Ute Ross.

Die Vertreter des BVS (u. a. der Fachgebietsleiter der Landesstelle, de la Porte, Dienststellenleiter Eckelt, Lehrgangleiter Werner) dankten den Schülerinnen für ihr Interesse, den Grundlehrgang zu besuchen, um auf diese Weise einer möglichen Notsituation einmal besser begegnen zu können.

Der 1. Bürgermeister der Stadt Heilbronn, Dr. Weinmann, und Bürgermeister Ehrenfried aus Talheim wiesen auf die Bedeutung des BVS hin und gaben ihrer Überzeugung Ausdruck, daß die Dienststelle Heilbronn sich weiterhin erfolgreich für die Belange des Selbstschutzes einsetzen werde.

### Ausstellung in Friedrichshafen

Die BVS-Dienststelle Friedrichshafen beteiligte sich an der Ausstellung „Rennsport – Motor – Freizeit“ auf dem IBO-Messegelände in Friedrichshafen. Der Stand wurde gemeinsam mit der DLRG, Ortsverein Friedrichshafen, betreut. Den Platz hatte übrigens die Messeleitung kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Messeleitung meldete eine enorme Steigerung



Der BVS hatte zusammen mit der DLRG bei der Ausstellung „Rennsport-Motor-Freizeit“ in Friedrichshafen einen Informationsstand gestaltet.

der Besucherzahl gegenüber dem Vorjahr. 29 000 zahlende Besucher zeigten diesmal ihr Interesse an der Ausstellung. 1 330 Besucher konnten durch Werbematerial über die Aufgaben des BVS informiert werden. In persönlichen Gesprächen wurden neue Kontakte zu Landjugendgruppen und zur Modellbaugruppe aus Friedrichshafen geknüpft. Erste Informationsabende mit Themen aus dem „Vortragskatalog 77“ konnten von der Dienststelle bereits eingeplant werden.

### Information in Weinheim

Der in den „Weinheimer Nachrichten“ im Januar veröffentlichte Selbstschutz-Appell der Stadt hatte ein großes Echo. Im Hörsaal der Weinheimer Gesamtschule konnte Bürgermeister Reibel interessierte Bürger zu einer ersten Selbstschutz-Information willkommen heißen. In seinen Begrüßungsworten ging er auch auf die gesetzliche Verpflichtung der Stadt ein, Vorkehrungen für den Selbstschutz der Bevölkerung zu treffen.

Die Durchführung der Selbstschutz-Unterweisungen übernahm die BVS-Dienststelle Mannheim, deren Leiter Wermke das Hauptreferat des Abends hielt. Nach einem kurzen organisatorischen Überblick über die Gesetzgebungskompetenz für zivile Verteidigung, Zivilschutz, Katastrophen- und Selbstschutz ging Wermke näher auf die Selbsthilfe der Bürger ein. Nach einem Film, der die Zusammenarbeit von Selbstschutz und Katastrophenschutz-Organisationen illustrierte, gab der Zivilschutz-Sachbearbeiter der Stadt Weinheim, Bohnsack, die Lehrgangfolgen bekannt. Die ersten

Selbstschutz-Grundlehrgänge haben inzwischen stattgefunden.

### In den Ruhestand versetzt

Mit Worten des Dankes verabschiedete in einer kleinen Feierstunde BVS-Landesstellenleiter Heinz Kunde die Bürohilfskraft beim Bereichsbefragten Karlsruhe, Frau Mieth, in den Ruhestand.

### Nachruf

Der Hilfssachbearbeiter im Sachgebiet I 2 bei der Landesstelle, Günther Wagner, verstarb im Alter von 60 Jahren. Die Mitarbeiter und Kollegen werden sein Andenken bewahren.

### Ein seltenes Jubiläum

Im April feierte der Leiter der BVS-Landesstelle Baden-Württemberg, Heinz Kunde, sein 40jähriges Dienstjubiläum. Aus diesem Anlaß überbrachte BVS-Direktor Franke die Urkunde und die Glückwünsche des Verbandes.



BVS-Direktor Franke (links) überreichte Landesstellenleiter Heinz Kunde die Urkunde zum 40jährigen Dienstjubiläum.

## Bayern



### „Für jeden Verein ist was dabei“

Die Öffentlichkeitsarbeit will der BVS in Rosenheim mit einem breitgefächerten Vortragskatalog verstärken. Dieser Katalog soll Kontakte zu allen Vereinen und Organisationen im Landkreis und der Stadt Rosenheim herstellen, den Bekanntheitsgrad des BVS steigern und die Inhalte seiner Arbeit verdeutlichen. Das Vortragsangebot reicht von der Information über die zivile Verteidigung

bis zum Selbstschutz in landwirtschaftlichen Betrieben. Heinz Helm, Otto Neumann und Josef Bündil, die in der Stadt Rosenheim und im Landkreis die Vortragsabende veranstalten, wenden sich zunächst an Vereinsvorstände, Behörden oder Leiter anderer Organisationen. Heinz Helm meint: „Es ist für jeden Verein etwas dabei.“ Für Frauenverbände empfiehlt er den Vortrag über das Anlegen eines Lebensmittelvorrats und über Hausunfälle, speziell für Landfrauen das Referat über „Selbst-

hilfe in der Landwirtschaft“. Für Siedlungsvereine, so meint er, dürften die Informationen über den Bau eines privaten Schutzraums besonders interessant sein, für Behörden die Angaben über den Aufbau eines Behördenselbstschutzes.

### Brand auf dem Schulhof

Wie Kübelspritze, Pulverlöcher und Decke im Falle eines Brandes zu handhaben sind, demonstrierten

Schüler der Bertleinschule in Lauf/Pegnitz, die Teilnehmer eines Selbstschutz-Grundlehrganges waren. Vorausgegangen war die Probe eines Feueralarmes, bei der die Schule nach kürzester Zeit geräumt war. Nach einigen erklärenden Worten des BVS-Lehrers Peter Knetzger zeigten die Schüler der 9. Hauptschulklassen und der 8. Sonderschulklasse, was sie in dem einwöchigen BVS-Kurs gelernt hatten.

Ein in der Mitte des Schulhofes aufgestapelter Stoß Brennmaterial wurde angezündet und mußte von der sechsköpfigen Mannschaft gelöscht werden. Während drei Schüler gezielt das Feuer bekämpften, pumpten ihre Kollegen am Wassereimer eifrig das nötige Naß in den Schlauch. Unterstützt von fleißigen Helfern, die dafür sorgten, daß keine „Ebbe“ in den Eimern auftrat, konnte das Feuer schnell gelöscht werden.

Während die Zuschauer Beifall klatschten, legte Dienststellenleiter Hauser den nächsten Brand. Nach nochmaliger kurzer Unterrichtung durch Ausbildungsleiter Kuno Windisch und Peter Knetzger stürzten zwei Mädchen auf den heftig qualmenden Brandherd los und löschten mit dem Pulverlöscher so rasch, daß er gleich noch einige Male angezündet wurde, um den gleichen Vorgang zu wiederholen.

Zuletzt wurde die schon bereitstehende Puppe in Brand gesetzt. Obwohl der entschlossene Helfer schon ungeduldig mit der Decke in der Hand wartete, wollte diese zunächst nicht brennen, doch als ihre Bekleidung in Flammen stand, wurde dem Feuer schon der Garaus gemacht.

### **Bilanz in Aschaffenburg**

**Aschaffenburg.** Die BVS-Dienststelle ist zuständig für Aschaffenburg-Stadt und -Land sowie für die Kreise Alzenau, Miltenberg und Obernburg. Rund 250 000 Einwohner leben in diesem Gebiet.

Dienststellenleiter Josef Sommer stehen zwei hauptamtliche Kräfte (ein Ausbildungsleiter und eine Bürokräft) sowie 32 ehrenamtliche Mitarbeiter in der Ausbildung für die Erfüllung der Aufgaben des BVS zur Seite. Eine enge Zusammenarbeit besteht mit den einzelnen Hilfsorganisationen in Stadt und Kreis, der Feuerwehr, dem Roten Kreuz, den Maltesern und Johannitern sowie dem Techni-

schen Hilfswerk. In den letzten zweieinhalb Jahren führte die BVS-Dienststelle Aschaffenburg 128 Informationsveranstaltungen, 179 Lehrgänge, 17 Selbstschutzübungen, 74 Schutzbauberatungen, 17 Veranstaltungen zur Fortbildung von Mitarbeitern sowie drei Ausstellungen mit annähernd 5 500 Besuchern durch. Insgesamt 3 213 Bürger wurden über den Selbstschutz informiert. Im kommenden Jahr sind weitere zwei Ausstellungen geplant. Ferner ist eine Quiz-Veranstaltung vorgesehen, bei der es – wie kann es anders sein – um Fragen zum Selbst- und Katastrophenschutz gehen wird. Die Ausbildung von ehrenamtlichen Helfern soll zudem noch intensiviert werden.

### **Information in der Berufsschule**

**Pfarrkirchen.** Eine Woche lang parkte die Fahrbare Zivilschutzausstellung auf dem Gelände der Pfarrkirchener Verbandsberufsschule. Leiter Heinz Grober und sein Mitarbeiter Joachim Heine informierten in dieser Zeit die zahlreichen Schüler über die Möglichkeiten des Selbstschutzes. Anhand des Anschauungsmaterials zeigten sie, wie sich Menschen bei Katastrophen, Unglücksfällen und im Verteidigungsfall verhalten sollen.

### **Selbsthilfe im Betrieb**

Was bei staatlichen und städtischen Behörden schon längst zu einer festen Einrichtung gehört, hat nun auch ein Bayreuther Gewerbebetrieb angepackt: Alle Belegschaftsmitglieder von „Promedico“, einer medizinisch-technischen Firma, die Einrichtungen für Arztpraxen, Labors und die chirurgischen Abteilungen in Krankenhäusern herstellt, haben beim BVS einen Selbstschutz-Grundlehrgang absolviert.

Der Anstoß dazu kam eher zufällig. Ein Bekannter des Firmeninhabers Jürgen Treptow zweifelte an, daß er und seine Angestellten tatsächlich mit den Dingen umgehen könnten, die sie täglich selbst herstellen. „Wir verkaufen eben auch Dreieckstücher, Krankentragen und Erste-Hilfe-Boxen“, erklärte Treptow in einem Gespräch. „Und auf diese Anregung hin wollten wir eben lernen, wie man

diese Artikel am besten handhabt, um das auch unseren Kunden besser demonstrieren zu können.“

Die Firma meldete ihr Interesse an einem Lehrgang beim BVS an, das gesamte Personal machte unter Anleitung von Volker Hochmann, dem Sachbearbeiter der BVS-Dienststelle Bayreuth, den zwölfstündigen Lehrgang an sechs Samstagen freiwillig mit. Obwohl so mancher der 18 Teilnehmer sich zumindest in Sachen Erster Hilfe für genügend ausgebildet einschätzte, lernten alle was dazu.

„Der Erste-Hilfe-Kurs vom Führerschein her ist schnell vergessen“, meinte ein Teilnehmer. „Wenn dann wirklich etwas passiert, steht man doch hilflos da und weiß nicht genau, was zu tun ist.“

Firmeninhaber Treptow: „Eigentlich sollte jede größere Firma dieses Kursangebot ihren Angestellten zugute kommen lassen.“ Nach seinen Angaben haben im oberfränkischen Raum bereits mehrere einschlägige Firmen ihr Interesse angemeldet. Und noch eines spricht für diesen Grundkurs in Sachen Selbstschutz: Alle Teilnehmer haben angeregt, den Lehrgang im dreivierteljährlichen Turnus zu wiederholen, damit die eingeübten Handgriffe und das notwendige Wissen nicht in Vergessenheit geraten.

### **Guter Wille genügt nicht**

Die BVS-Dienststelle Weiden informierte Vertreter von Behörden, Stadt- und Kirchen in der Schalterhalle der Raiffeisenbank Schwandorf – im Rahmen einer Ausstellung – über die Möglichkeiten des Selbstschutzes.

Nach einem Grußwort von Bankdirektor Hermann Wolf betonte Oberbürgermeister Dr. Pichl, Einsatzleiter des Katastrophenschutzes in der Kreisstadt, daß Selbstschutzmaßnahmen wichtig sind, wenn in einem Katastrophenfall die Hilfsorganisationen einsatzmäßig überfordert sind. Dr. Pichl erklärte, daß man bei der Selbstschutzausbildung nicht etwa an einen kommenden Krieg, sondern an eine Katastrophe denken sollte, die sich jederzeit ereignen kann. Der OB dankte dem BVS für die Durchführung seiner Kurse in Schwandorf und für die Vorarbeit, die der ehrenamtliche BVS-Dienststellenleiter, Kreisoberinspektor Werner Stieger, seit Jahren leistet.





## THW-Junghelfer bargen einen Bootssteg

Für den THW-Jugendzug Louisenland gab es eine interessante Unterbrechung in der allgemeinen Ausbildung. Das Tauwetter und der damit verbundene Eisgang auf der Schlei hatten Mitte Februar dazu geführt, daß sich beim benachbarten Segelsportverein Fleckeby der 80 m lange Bootssteg aus seiner Verankerung gelöst hatte. Zur Bergung dieses Steges, der auf die Fahrinne der Schlei zutrieb, alarmierte der Zugführer des Jugendzuges vierzehn Junghelfer. Nach einer vom Bootsführer durchgeführten Erkundung fuhr die Gruppe mit dem von einem Aubo angetriebenen THW-Mehrzweckboot hinaus auf die Schlei.

Der abgetriebene Steg war am Rande einer Eisscholle eingefroren, acht Junghelfer, die mit Beleuchtungs- und Räumgeräten übergesetzt wurden, mußten ihn erst einmal freischiagen. Wegen des starken Windes war ein anschließendes Abschleppen des Steges nicht möglich; er mußte zunächst an Ort und Stelle verankert werden.

Trotz aller getroffenen Sicherungsmaßnahmen war ein Teilstück des Steges weitergetrieben und am Stexwiger Ufer auf Grund gelaufen. Das THW-Mehrzweckboot konnte dieses Stegstück erst nach mehreren vergeblichen Versuchen freiziehen und im Schlepp zurückbringen. Entscheidend war bei dieser Bergungsaktion der Einsatz von zwei vorhandenen Sprechfunkgeräten. Die an Land befindliche Einsatzleitung stand so in Verbindung mit der Einsatzgruppe auf dem Wasser und konnte ohne Zeitverlust für den Nachschub an Material und die Ablösung der Junghelfer sorgen. Die durchgeführte Bergungsaktion machte deutlich, daß es in einem Ernstfall sowohl auf schnelles Handeln als auch auf ein gut eingespieltes Führungsteam ankommt. Eine sach- und fachgerechte Ausbildung der Helfer ist die unabdingbare Voraussetzung für einen solchen Einsatz. Allen beteiligten Junghelfern wurde klar, daß nicht nur das „Helfen“, sondern auch das „Führen“ gelernt sein will. Ein Einsatz bei Dunkelheit und unter schlechten Wetterbedingungen vervielfacht die Probleme und kann

deshalb als Maßstab für die Einsatzbereitschaft und den erreichten Ausbildungsstand der Helfer gelten. E. U.

## SSW machte einen Informationsbesuch

Der „Kommunalpolitische Studienkreis“ der SSW (Südschleswigsche Wählervereinigung) besuchte im Februar den OV Schleswig. Die Mitglieder der SSW-Studiengruppe, die sich über das THW umfassend informieren wollten, wurden von OB Ingo Struve begrüßt; danach machte man einen Rundgang durch die Unterkunfts-räume und besichtigte die Einsatzfahrzeuge und Geräte des OV, die auf dem Vorplatz der Unterkunft aufgestellt worden waren und von Scheinwerfern angestrahlt und gut ausgeleuchtet wurden. Führungskräfte des THW gaben den Gästen die notwendigen Erläuterungen. Einige Geräte – darunter die Hydro-schere – wurden in Aktion vorgeführt. Anschließend hörten die Gäste im Unterrichtsraum einige Kurzreferate über das THW, insbesondere natürlich über den OV Schleswig, an die sich eine äußerst lebhaft Diskussionschloß.

Die gute Ausrüstung – vor allem der neue GKW – und der Umfang der Ausbildung erregten ganz offensichtlich das Interesse der Studienkreis-Mitglieder. Als im Verlauf der Diskussion auch nach Wünschen des THW gefragt wurde, stellte sich heraus, daß der THW-OV Schleswig an einer noch besseren Zusammenarbeit mit der Stadt und den Ortswehren interessiert ist. Eine Verbesserung der Alarmierung durch die Beschaffung weiterer Alarmwecker für die Rundsteueranlage wird als vordringlich angesehen. Nicht zuletzt aber wünscht man sich ein größeres Interesse der politischen Gremien an den Einrichtungen des Katastrophenschutzes.

Studienkreisleiter P. Brinkmann bedankte sich nach der Diskussion – und noch einmal am Ende des Informationsbesuches – für die Vorträge und die Führung, aber auch dafür, daß man sehr freimütig geantwortet habe. Der Studienkreis – auch SSW-Stadtrat W. Schütt war anwesend – werde das neu erworbene Wissen im Interesse der Allgemeinheit gut nutzen.

F. K.

## Feuerwehr und THW übten gemeinsam

Der THW-OV Sörup hat in den letzten Jahren zweimal an gemeinsamen Übungen von DRK und Feuerwehr in Sterup teilgenommen. Diesmal wurde die Ortswehr Sterup über Funk vom THW-OV zu einer solchen gemeinsamen Übung gerufen.

Als Übungslage wurde angenommen, daß im unwegsamen Gelände am Südensee zwei Jungen vermißt wurden und außerdem ein am See stehendes Blockhaus brannte.

Um der Feuerwehr die Zufahrt zur Brandstelle zu ermöglichen, mußte das THW zunächst Bäume aus dem Weg räumen und eine Betonplatte beseitigen. Während die Feuerwehr danach mit den Löscharbeiten begann und – unter Einsatz von schwerem Atemschutz – einen der „vermißten Jungen“ aus dem Blockhaus barg, suchte das THW mit einem Mehrzweckboot auf dem Südensee nach dem anderen „Vermißten“. Die Scheinwerfer und Notstromaggregate des THW sowie das Beleuchtungsgerät des Steruper Rüstwagens sorgten für das notwendige Licht. An dieser gemeinsamen Nachtübung waren 45 Helfer des THW und der Steruper Feuerwehr beteiligt.

Voß

## Nachruf

Unerwartet verstarb unser langjähriger Gerätewart

### Fritz Wohlgefahr

im Alter von 54 Jahren. Er war einer unserer Treuesten und wird uns sehr fehlen.

Der Ortsbeauftragte und die Helfer des OV Sörup

Wir trauern um unseren Kameraden

### Hans Seidel

der am 20. Februar 1977 – 69jährig – verstarb.

Hans Seidel war Träger des THW-Helferzeichens in Gold. Seit fast 25 Jahren ist er, der den Ortsverband mitgegründet hat, uns ein treuer Helfer gewesen, der mehr als nur seine Pflicht erfüllte.

Der Ortsbeauftragte und die Helfer des Ortsverbandes Elmshorn

## OV Friedrichstadt wurde alarmiert

Auf der Bundesstraße 5 zwischen Friedrichstadt und der Kreuzung bei Bütteleck war am 2. März um 16 Uhr ein Lastkraftwagen in einen Straßengraben gefahren.

Weil die Gefahr einer Ölverschmutzung bestand, alarmierte die Polizeidienststelle über die Feuerwehr den THW-OV Friedrichstadt. Elf Helfer waren bis 20 Uhr im Einsatz. Sie barge zunächst den Lkw und seine Ladung; danach reinigten sie die Straße und erledigten alle anderen Aufräumarbeiten. Ein Helfer, der sich bei diesem Einsatz leicht verletzte,

wurde sofort im Kombi der Führungsgruppe TEL zum nächsten Arzt gebracht.

Voß

## Gefahrenstelle wurde beseitigt

In der ersten März-Woche gab es Alarm beim OV Eutin. Während eines Sturmes drohte in Eutin-Fissau eine Birke mit einem Stamm-Durchmesser von ca. 35 Zentimetern auf das Gebäude einer Gaststätte zu stürzen. OB Radolff stellte vor Ort fest, daß infolge der andauernden Böen mit Windstärken 8–9 Gefahr im Verzuge war und der Baum gefällt werden mußte. Er alarmierte im Einverneh-

men mit der zuständigen Polizeidienststelle um 19.30 Uhr über Funkmeldeempfänger und Telefon die Helfer.

Bereits eine Viertelstunde später fuhren diese mit Kombi und GWK zum Einsatzort; innerhalb von eineinhalb Stunden war der Baum gefällt und die Gefahr beseitigt. Bei diesem – ersten – Einsatz des OV mit dem neuen GWK hat sich der Teleskop-Scheinwerfer bestens bewährt. Auch die Alarmierung der Helfer über Funkmeldeempfänger und Telefon klappte zufriedenstellend. Allerdings erwies sich das Fehlen von Sicherheitsgurten und Rückfahr-Scheinwerfer am neuen GWK bei diesem Einsatz als sehr nachteilig.

Voß

# Berlin



## Brückenbau in Berlin

Die Brücke über die S-Bahn in unmittelbarer Nähe des Berliner Olympia-Stadions wird abgerissen und neu aufgebaut. Die Bauzeit wird etwa anderthalb Jahre dauern.

Um den Fußgängern, hauptsächlich aber den Stadionbesuchern, lange Umwege zu ersparen, errichtete der THW-Bezirksverband Tiergarten/Wedding im Auftrag der verantwortlichen Baufirma mit dem D-Brückenbau-Gerät des Senators für das Bau- und Wohnungswesen eine Fußgängerbrücke mit einer Spannweite von 33,55 m und einer Tragfähigkeit von 12 t.

Der Brückenbau verlief ohne Zwischenfälle; Presse, Rundfunk und Fernsehen berichteten sehr ausführlich über diese Arbeiten. G. B.



Beim Aufbau der D-Brücke werden die schweren Brückenteile mit Hilfe eines THW-Krans bewegt und an Ort und Stelle gebracht.

## Neue Aufgabe für das Berliner THW

Schon seit Jahren hat ein Bergungszug des Bezirksverbandes Tiergarten/Wedding als Zweitaufgabe den Behelfsbrückenbau mit vorbereitetem Gerät in seinem Aufgabenkatalog stehen. Beim Senator für das Bau- und Wohnungswesen – Abt. Brückenbau – stehen zwei Brückensysteme zur Verfügung, nämlich die D-Brücke und die Bailey-Brücke. An beiden Systemen sind die Helfer ausgebildet und haben mehrfach in der Praxis bewiesen, daß sie diese Geräte ausgezeichnet beherrschen. Diese jahrelang gute Zusammenarbeit zwischen dem Senat und dem THW führte nun zu einer Vereinbarung zwischen diesen Stellen, die den Einsatz des THW bei Brückenschäden vorsieht. Hierbei wird selbstverständlich nicht in die Zuständigkeit der Feuerwehr eingegriffen, die nach wie vor für die akute Gefahrenabwehr verantwortlich ist, noch sollen der gewerblichen Wirtschaft Tätigkeiten abgenommen werden. Praktische Vorfälle der jüngsten Vergangenheit haben jedoch gezeigt, daß bei Unglücksfällen an Brücken und Tunneln einsatzbereite Kräfte nicht zur Verfügung standen und dadurch der öffentliche Verkehr z. T. mehrtägige Umleitungen in Kauf nehmen mußte, bis die Behebung der Schäden angegangen wurde. Dieser für eine Großstadt unerträgliche Zustand führte nun dazu, daß der Senator für das

Bau- und Wohnungswesen in solchen Fällen sich des THW bedienen kann. Die Alarmierung erfolgt über das Funkmeldesystem, das bei der Feuerwehr angebunden ist.

Diese Vereinbarung ist eine sinnvolle Einbindung des THW in den friedensmäßigen Katastrophenschutz, da gerade auf diesem Gebiet des Brückenbaus und des Behelfsbrückenbaus keine andere Organisation in ihren Aufgaben tangiert wird, und das Interesse der Öffentlichkeit nach schneller Behebung von Schäden verständlicherweise groß ist. G. B.

## Ein Kamerad wurde abberufen

Wieder riß der Tod einen unserer besten Kameraden

### Otto Plagemann

Träger des THW-Helferzeichens in Gold mit Kranz – aus unserer Mitte. Bereits im Juli 1951 stellte sich der gelernte Maschinenschlosser – ein ehemaliges TN-Mitglied – dem THW Berlin-Spandau zur Verfügung; er war über 25 Jahre lang einer der Aktiven. Als Kammer- und Gerätewart erfüllte er seine Pflicht bis zum letzten Tag. Für uns alle überraschend starb er am Karfreitag im 73. Lebensjahr an Herzversagen. Wir werden unseren lieben „Otto“ immer in dankbarer Erinnerung behalten.

Der Bezirksbeauftragte und alle Kameraden des BV-Spandau

## Neue Fahrzeuge für THW Hamburg

Zehn Doppelkabinen-Kfz für die Instandsetzungszüge, ein GWK 72 und der erste neue MKW wurden im Rahmen einer Feierstunde beim THW-BV Hamburg-Wandsbek durch LB Trautvetter an den Hamburger Innensenator Staak symbolisch übergeben. Der Senator übergab die Fahrzeuge gleich danach im Beisein des den HVB vertretenden Leitenden Branddirektors Maximilian Puchner an die Einheitsführer. Senator Staak ließ es sich nicht nehmen, in ein I-Zug-Kfz einzusteigen und unter dem Beifall der anwesenden Helfer auf dem weitläufigen THW-Gelände eine Ehrenrunde zu drehen.



**In breiter Front standen die Fahrzeuge zur Übergabe an das THW bereit. Insgesamt zwölf Fahrzeuge wurden übergeben.**

Da es draußen unangenehm kalt war, wurden die bei solchen Gelegenheiten üblichen Ansprachen und eine anschließende Diskussion in die Unterkunft verlegt.

LB Trautvetter verwies darauf, daß die Mehrzahl der Einsatzfahrzeuge des THW bereits über 15 Jahre alt sei und täglich den „Geist“ aufgeben könnte. Senator Staak zeigte sich sachkundig und betonte: „Fast

die Hälfte der vorhandenen Kfz muß in den nächsten zwei Jahren ersetzt werden, allein für das THW-Hamburg wären dafür 4,6 Millionen DM erforderlich.“

„Daß Katastrophen- und Unglücksfälle in der Vergangenheit so reibungslos bewältigt wurden, haben wir in erster Linie dem selbstlosen Einsatz der ehrenamtlichen Helfer zu danken“, hob der Senator hervor und stellte heraus, daß die Bergungseinheiten und die Führungsgruppen des THW seit dem Herbst letzten Jahres ein unverzichtbarer Bestandteil des Deichverteidigungskonzepts geworden seien.

Der vorbildliche Ausbildungsstand der Mitglieder der Katastrophenschutzorganisationen bürgte dafür, erklärte der Senator, daß der Katastrophenschutz in dieser Stadt ein wichtiger Faktor für die Sicherheit sei. Man kann ohne Überheblichkeit feststellen, daß die Hamburger Katastrophenschutzkonzeption auf Bundesebene eine führende Stellung einnimmt. In Hamburg arbeiten nicht nur Berufs- und Freiwillige Feuerwehren mit dem THW zusammen, sondern auch das Deutsche Rote Kreuz, der Arbeiter-Samariter-Bund, der Malteser-Hilfsdienst und die Johanner-Unfall-Hilfe. Diese Zusammenarbeit betrachte Hamburg als optimal; die beste Hilfe für den Ernstfall sei immer noch eine umfassende Vorsorge, unterstrich Staak. Deshalb bemühe sich Hamburg auch weiterhin um ständige Verbesserungen des Katastrophenschutzes.

In diesem Zusammenhang erwähnte Staak auch das neue Katastrophenschutzgesetz. Mit ihm wird die Mitwirkung privater Hilfsorganisationen und nichtorganisierter Helfer, das Weisungsrecht der Katastrophenschutzbehörden gegenüber den im

Ernstfall eingesetzten Kräften und die Sperrgebietsregelung auf eine gesetzliche Grundlage gestellt.

„Gesetze allein reichen nicht aus. Ich werde mich daher nachdrücklich dafür einsetzen, daß in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung zielstrebig auf einen modernen Ausrüstungsstand aller Katastrophenschutzorganisationen hingearbeitet wird. Wir wollen nicht, daß Hilfe dem Zufall überlassen bleibt.“

Während der Diskussion mit den Führungskräften – vorwiegend des I-Dienstes – wurden Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit mit den Versorgungsbetrieben angesprochen. Der Senator versprach, hier Abhilfe zu schaffen; zwischenzeitlich sind bereits Verhandlungen angelaufen. Auch die Bereitstellung von Ausbildungsmaterial durch die Stadt Hamburg wurde inzwischen erheblich verbessert.

Bei der Ausgabe einer kräftigen Erbsensuppe aus der Gulaschkanone an die Teilnehmer faßte auch der Senator einen „Schlag“. Presse, Rundfunk und Fernsehen berichteten ausführlich über die Übergabe der Fahrzeuge an das THW Hamburg.

H. K.

## Der neue Hansaport eingeweiht . . .

Man erwartete 60 000 bis 70 000 Besucher zur Eröffnung des neuen Hamburger Hafenteils „Hansaport“. Gewaltige Zuschauermengen hatten seinerzeit an der Eröffnung des Elbtunnels und der Köhlbrandbrücke teilgenommen – man rechnete also auch mit einer entsprechenden Beteiligung bei der Eröffnung von „Hansaport“. Im Rahmen der Vorbereitungen wurde das THW ebenfalls um Hilfe gebeten. Gemeinsam mit der Polizei sollte es verkehrslenkende und verkehrsleitende Maßnahmen durchführen.

80 THW-Helfer aus den BV Mitte, Nord, Altona und Harburg wurden für diese Aufgaben eingesetzt. Als geeignetes Führungsmittel bewährte sich wieder einmal der Einsatzleitwagen (ELW) des Landesverbandes. Zwar blieb wegen des schlechten Wetters der große Besucherstrom aus, doch kamen immerhin noch einige tausend Menschen, um den „Hansaport“ zu besichtigen.



**In Anwesenheit von Branddirektor Puchner als Vertreter des HVB – dunkle Dienstkleidung – übergab Senator Staak – Bildmitte – die neuen Fahrzeuge. Links neben ihm: LB Trautvetter.**

Zwei Jahre hatte es gedauert, bis das Gelände aufgespült und der neue Hafenteil für die Verladung von Erz und Kohle hergerichtet war. Im neuen Hafen gibt es einen Seeschiffs-Kai, 650 m, und einen Binnenschiffs-Kai, 200 m. Bei 16 m Wassertiefe können jetzt mit Hilfe zweier großer Bulk-Carriers pro Stunde 3000 Tonnen Massengut gelöscht und in Waggons umgeladen werden. Der Transport von Erz und Kohle, vor allem nach Salzgitter und in die Tschechoslowakei, soll per Schiff durch den Elbe-Seiten-Kanal gehen.

Vertreter der Industrie, der Verwaltung und des Senats waren anwesend, als Hamburgs Erster Bürgermeister Klose „Hansaport“ eröffnete und auch den eingesetzten THW-Helfern für ihre aktive Mitarbeit an diesem „Tag der offenen Tür“ der modernsten Massengutumschlaganlage der Welt dankte.

H. K.

### 25 KVA einsatzbereit!

Durch die Spende eines THW-Förderers erhielt der Bezirksverband Hamburg-Harburg ein neues 25-KVA-Notstromaggregat als Schenkung. Das Aggregat mit einem 40 PS Perkins-Dieselmotor ausgestattet, war auf einem Schlitten montiert. Zum glei-



Ein THW-Förderer übergab dem THW-Bezirksverband Hamburg-Harburg ein neues Notstromaggregat. Die Männer des I-Zuges bauten die Anlage in einen TWA-Hänger.

chen Zeitpunkt wurden im BV Hamburg-Harburg zwei von der Stadt Hamburg übernommene Berkefeld-TWA-Anlagen wegen Veralterung der Anlage ausgesondert und verschrottet.

Die TWA-Anlagen waren auf zwei Einachshängern verlastet, die sich noch in einem ausgezeichneten Zustand befanden. Sehr schnell hatten die Helfer des I-Zuges 37/55 erkannt, daß das 25-KVA-Aggregat genau in einen der Hänger paßte. Genauso schnell hatte man das Aggregat nach Zustimmung des BZS eingebaut und verfügt nun über einen 25-KVA-Hänger.

Auf dem zweiten Hänger wurden zwischenzeitlich Kabeltrommeln, Stative und Scheinwerfer sowie ein Teleskopmast verlastet. Im Rahmen der THW-Übung „Donnerwetter“ wurde das Spezialgerät erstmals eingesetzt.

H. K.

## niedersachsen



### Deblinghäuser Burg vom Windwurf gesäubert

Bürger aus Deblinghausen und Angehörige des THW arbeiteten im freiwilligen Einsatz auf der „Deblinghäuser Burg“.

Unter Leitung von Ortsbürgermeister Thielking fanden sich 35 Bürger und eine zehnköpfige Gruppe des THW-OV Nienburg unter Führung von W. Ahlers an der „Deblinghäuser Burg“ ein, um den noch immer herumliegenden Windwurf aus dem Jahre 1972 abzuräumen. Für Besucher war es bisher nicht möglich, den Burgbereich zu betreten und die noch sehr gut erhaltenen Wallanlagen zu besichtigen.

Mit Hilfe von Motorsägen wurde das Holz zerkleinert und von Traktoren weggezogen. Das abgeräumte Holz wurde abgefahren, Reste an Ort und Stelle verbrannt.

Zur Erledigung der restlichen Aufräumarbeiten verabredeten sich die Bürger und die Helfer des Technischen Hilfswerks für den 19. Februar zu einer weiteren Gemeinschaftsaktion. Nach Abschluß werden in der Anlage Hinweisschilder und ein farbiger Grundrißplan der Burg aufgestellt.

### Sturmeinsätze des THW

Ein schwerer Sturm hatte in Gödringen am frühen Morgen die Gewächshäuser einer Gärtnerei zerstört. Durch die Polizei wurde der OV Sarstedt zur Hilfeleistung gerufen. Bereits kurze Zeit danach rückte eine B-Gruppe zum Schadensort aus, um die restliche Anlage zu sichern und die dem Unwetter preisgegebenen Pflanzen zu bergen.

Noch während des Einsatzes kamen weitere Einsatzanforderungen: Im Ortsteil Ruthe stürzte ein Kastanienbaum auf das Flachdach eines Wohnhauses und durchschlug dieses. Zwei in der Nähe des Wohnhauses stehende PKW wurden stark beschädigt.

Sechs weitere Kastanienbäume, jeweils mit einem Durchmesser von ca. 1,20 m und einer Höhe von 25 m, wurden zu einer Gefahr und mußten gefällt werden. Diese Aufgabe übernahm die 2. Bergungsgruppe. Da die Fallrichtung der Bäume gegen die Sturmrichtung lag, mußten mit Hilfe einer 30-Meter-Drehleiter Greifzugseile angeschlagen werden. Dies war bei Windstärken bis 11 keine leichte Arbeit.

Eine weitere Alarmierung des THW erfolgte, weil ein 10 Zentner schweres Rolltor einer Lagerhalle vom Sturm eingedrückt worden war. Hier bestand die Gefahr, daß der Sturm, der ungehindert in die Halle blies, die in Leichtbauweise erstellte Dachkonstruktion in Stücke riß. Es mußten weitere Helfer herangezogen werden; nach einer Stunde war auch diese Gefahr gebannt.

Erst gegen 20 Uhr waren alle Gefahrenherde beseitigt.

R. E.

### Nachruf

Am 5. April 1977 verstarb im Alter von 88 Jahren der Mitbegründer des Ortsverbandes Vlotho

#### Gustav Bretthauer

Seit Juni 1953 war Gustav Bretthauer aktiv beim THW tätig; er war Träger des Helferzeichens in Gold. In den fast 25 Jahren seines Mitwirkens hat er in treuer Pflichterfüllung vorbildlich seine Aufgaben gemeistert. Er war uns stets Vorbild; sein Beispiel wird uns anspornen, ihm nachzueifern.

Der Ortsbeauftragte und die Helfer des OV Vlotho

## Hilfe kennt keine Grenzen

Unter dem Leitwort „Reicht einander die Hand“ fand am Abend des 10. März in Millingen a. Rh. eine vom niederländischen Zivilschutz organisierte Katastrophenschutzübung statt. An dieser Übung beteiligte sich ein Bergungszug des THW-OV Kleve. Nach der Übungslage hatte eine angenommene Gasexplosion auf einem landwirtschaftlichen Anwesen starke Zerstörungen verursacht; in den Gebäuden befanden sich mehrere Opfer, die befreit und geborgen werden mußten. Durch den starken Explosionsdruck waren einige „Verletzte“ in ein benachbartes Silo geschleudert worden. Die Helfer des niederländischen Zivilschutzes begannen sofort mit der Bergung. Die Übungsstelle war von mehreren Scheinwerfern taghell erleuchtet. Als bei der Bergung aus dem ca. 8 m hohen Silo Schwierigkeiten auftraten, wurde das THW aus Kleve zur Unterstützung hinzugezogen. Die Helfer des THW errichteten eine Seilbahn.

Die Übung wurde erfolgreich abgeschlossen; sie zeigte, daß die benachbarten Einheiten – trotz der Staatsgrenze – in der Lage sind, dort, wo dies erforderlich wird, auch Hilfe zu leisten. Beide Organisationen haben bereits in früherer Zeit häufig zusammengearbeitet. Die Beziehungen sollen noch weiter ausgebaut werden.

## MdB Dr. Hennig besuchte das THW

Besuch aus Bonn hatte der THW-Ortsverband Gütersloh. In Begleitung von Bürgermeister Heinz Kollmeyer machte CDU-MdB Dr. Otfried Hennig eine Stippvisite in der THW-Unterkunft an der Brockhäger Straße. OB Harald Bendisch und KB Dieter Flöttmann führten die Gäste, die sich von dem guten Ausbildungsniveau der THW-Helfer überzeugen konnten. Fachmännisch wurden von den übenden Gruppen verschiedene Möglichkeiten der Bergung von Verletzten aus Höhen und der Einsatz diverser technischer Geräte demonstriert. Dr. Hennig nutzte die Gelegenheit, die Zuverlässigkeit der Bergungsme-

thoden des THW zu testen: Als „Verletzter“ ließ er sich mit einem Leiterhebel vom Dach der Unterkunft abseilen. Im anschließenden Gespräch wurden auch Probleme des OV angeschnitten. OB Bendisch wies darauf hin, daß sich der OV seit mehr als zwei Jahren um die Zuweisung eines geeigneten Übungsgeländes bemühe. Bisher seien alle Vorstöße in dieser Richtung ohne konkrete Ergebnisse



**Übungsmäßige Bergung mittels Leiterhebel – MdB Dr. Hennig ließ sich vom Dach der THW-Unterkunft „retten“.**

geblieben. Nach wie vor sei man auf den viel zu kleinen Hof der Unterkunft angewiesen. Bürgermeister Kollmeyer versprach, sich für das THW einzusetzen.

Es wurden ebenfalls Fragen der Koordination mit anderen Organisationen des Katastrophenschutzes erörtert. KB Flöttmann verwies auf den seit Jahren im OV bestehenden Mangel an Gerätekraftwagen und anderen Ausrüstungsgegenständen. In NRW, so wurde festgestellt, fehlen rund 60 Gerätekraftwagen. MdB Dr. Hennig folgerte daraus, daß der Zivilschutz bedauerlicherweise offenbar nicht den Stellenwert habe, der ihm zukomme. R. W.

## Fußgänger-Notbrücke über die Inde

Eine wichtige Verbindungsbrücke zwischen der Unter- und der Oberstadt in Eschweiler mußte wegen akuter Einsturzgefahr plötzlich gesperrt werden. Für die Bevölkerung brachte diese Sperrung viele Ungelegenheiten mit sich, mußten doch erhebliche Umwege in Kauf genommen werden.

In dieser Situation setzte sich die Stadtverwaltung von Eschweiler mit

dem THW-Ortsverband in Verbindung. Man beschloß, eine Behelfsbrücke über die Inde zu errichten. OB Käfer nahm diesen Auftrag an. In Zusammenarbeit mit Führungskräften der OV Altena/Westf., die bereits Erfahrungen im Bau von Fertigteilbrücken haben, wurde mit dem Bau begonnen. Im Bachbett der Inde hatten Arbeiter des Tiefbauamtes vier Betonsockel vorbereitet. Darauf befestigten die THW-Helfer vorgefertigte schwere Holzunterzüge, die mit Hilfe eines Autokrans hochgehievt und senkrecht aufgesetzt wurden. Dann wurden die Hauptträger aus Leichtmetall aufgelegt – 12 Stück von je 4,80 m Länge.

Der eigentliche Gehweg bestand aus 18 Leichtmetall-Platten, wie sie auch beim Bau von Stahlflachstraßen verwendet werden. Gleichzeitig mit den Zimmermannsarbeiten auf der Brücke



**Mit Hilfe eines Auto-Krans werden die Fertigteilträger über die vorgefertigten Holzjoche gelegt und montiert.**

wurden auch die Arbeiten für die Verbindung zwischen Bauwerk und Ufer in Angriff genommen. Die Inde war auf einer Breite von 18,30 m zu überspannen. Die Brücke selbst, einschließlich der beiden Rampen, hatte eine Länge von 26,60 m, sie war 3 m breit. Die Presse in Eschweiler berichtete am nächsten Tage, daß das THW in Eschweiler mit dem Bau der Brücke eine Aufgabe gelöst habe, die in dieser Art im Bezirk Aachen einmalig sei. Bürgermeister Koch dankte den THW-Helfern für ihren erfolgreichen Einsatz. Die Notbrücke blieb bis Anfang April stehen und erfüllte in dieser Zeit voll ihren Zweck. Danach wurde sie wieder abgebaut, die Einzelteile für den nächsten Notfall auf Lager genommen. H.-W. B.

## Innenminister besucht THW-ÖV Frankfurt

„Noch in diesem Jahr wird die hessische Landesregierung dem Landtag einen eigenen Gesetzentwurf zum Katastrophenschutz vorlegen“, erklärte der hessische Innenminister Ekkehard Gries Führungskräften des THW-ÖV Frankfurt. In einem Gespräch mit Mitgliedern des Frankfurter Ortsausschusses, an dem auch der LB für Hessen, Dr. Ing. Franz-Michael Reß, teilnahm, forderte Gries, das „falsche Prestige- wie Konkurrenzdenken“ zwischen den Hilfsorganisationen abzubauen. Statt dessen sei mehr Koordination notwendig. Zur Aufgabe des THW im Rahmen des Katastrophenschutzes meinte der Innenminister, er habe keine Vorbehalte gegenüber dem THW. Gries: „Das Technische Hilfswerk hat seinen festen Platz, zumindest im gleichen Maße wie die Feuerwehren.“ Beeindruckt zeigte sich der Innenminister vom Einsatzpotential des ÖV Frankfurt, nachdem er den umfangreichen Fahrzeugpark und die THW-



**Nach dem Rundgang eine kleine Erfrischung für die Besucher. V. l. n. r. Stadtverordneter Stein, Innenminister Gries, OB Daniel, LB Dr. Reß.**

Unterkunft an der Tilsiter Straße besichtigt hatte. Sein Kommentar: „Ich weiß zu würdigen, was hier vorhanden ist und bin verblüfft über diese geballte Kraft, die ein Gefühl der Sicherheit gibt.“ Die Finanzkraft des Landes Hessen abschätzend, ergänzte er: „Alles, was hier vorhanden ist, braucht das Land nicht anzuschaffen – im übrigen haben wir auch nicht das Geld dazu.“ Jürgen Meier, der Einsatzleiter des Frankfurter ÖV, unterstrich in seinen Ausführungen,

daß sich das THW nicht „als Konkurrenzunternehmen zu den anderen Organisationen“ betrachte. Die Aufgaben von THW und Feuerwehr seien klar gegeneinander abgegrenzt. Auf die Situation in Frankfurt eingehend, erklärte er: „Uns verbinden enge freundschaftliche Beziehungen mit dem Stadtkreisverband der freiwilligen Feuerwehren.“ Dies gute Verhältnis setze sich auch in der Zusammenarbeit der Organisationen im KatS-Stab der Stadt fort. OB Dipl.-Ing. Hellmuth Daniel ergänzte, daß die Erkenntnisse aus den Mängeln der großen Herbstübung des vergangenen Jahres – an der alle Einheiten des Katastrophenschutzes teilnahmen – einen wichtigen Beitrag geliefert hätten, um Probleme in der Zusammenarbeit der Hilfsorganisationen zu überwinden. Der THW-LB für Hessen, Dr. Reß, wies mit Nachdruck auf die bisher noch vielfach unbeachteten Gefahrenquellen hin, die insbesondere durch die Ansiedlung großer chemischer Betriebe im Rhein-Main-Gebiet gegeben seien. H. E.

## Alarmübung beim ÖV Frankenthal

Frankenthal ist ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt. Hier kreuzen sich die – seit Inbetriebnahme insbesondere vom Schwerverkehr stark angenommene – linksrheinische Autobahn A 61 und die Ost-West-Verbindung A 6. Außerdem wird Frankenthal von der ausgebauten B 9 tangiert; in unmittelbarer Nähe führen stark frequentierte Zubringer in das Industrie-Ballungszentrum Ludwigshafen-Mannheim. Es ist einleuchtend, daß sich der ÖV Frankenthal mit seiner Ausbildung und seinen Einsatzvorbereitungen auf diese unfallträchtigen Situationen eingestellt hat. So bot es sich für OB Christian Anders und den ZF des Bergungszuges, Roland Eiffler, geradezu an, eine zur Überprüfung der schnellen Einsatzbereitschaft angesetzte Alarmübung mit der Bergung „Verletzter“ aus einem „Unfallwagen“ zu verbinden. Die Vorbereitungen für die Übung wurden von diesen beiden

„geheim“ durchgeführt, es sollte für die Helfer ein echt wirkender überraschender Einsatz werden. Sogar das Unfallfahrzeug wurde von ihnen heimlich an den „Unfallort“ transportiert.

An einem Freitag wurde um 19.16 Uhr der Alarm ausgelöst. Es war gewissermaßen ein Alarm unter erschwerten Bedingungen: Funkalarmempfänger stehen dem ÖV nicht zur Verfügung; die THW-Unterkunft liegt am Stadtrand; die Einsatzfahrzeuge stehen in Garagen im Stadtzentrum ca. 3,5 km von der Unterkunft entfernt; Zu- und Abfahrt sind durch Fußgängerzonen und Einbahnregelungen erschwert, so sind bei ungünstigen Verkehrssituationen bis zu 6,5 km zurückzulegen. Nach 46 Minuten war die Einsatzbereitschaft mit etwa der Hälfte der alarmierten Helfer gegeben. Ein Kombi, ein GKW und zwei MKW standen zu diesem Zeitpunkt fahrbereit im Hof der Unterkunft. Die Bekanntgabe der Übungslage an die Helfer ließ diese zunächst noch vermuten,

daß es sich um einen echten Einsatz handle. Sie lautete: „Ein Pkw ist von der Fahrbahn abgekommen, gegen einen Baum geprallt und eine 5 m hohe Böschung hinuntergestürzt. Zwei Schwerverletzte befinden sich noch im Unfallfahrzeug, die Türen sind verklemmt.“

Am Unfallort selbst wurden die Bergungsarbeiten zunächst dadurch verzögert, daß alle Geräte über eine Entfernung von 50 m herangebracht werden mußten. Die vordringlichste Maßnahme, die Befreiung der „Verletzten“, konnte dann dank der vollzählig mitgeführten Ausstattung reibungslos durchgeführt werden. Allerdings mußte das verunglückte Fahrzeug aufgetrennt sowie aufgebrochen werden, ehe die von der JUH Frankenthal gestellten und wirklichkeitsnah präparierten „Verletzten“ an ihre Kameraden zur ärztlichen Versorgung übergeben werden konnten.

In der Zwischenzeit war die Unfallstelle ausgeleuchtet worden, die Bergung des Unfallfahrzeuges konnte

beginnen. Über die steile Böschung wurde das Fahrzeugwrack mittels Greifzug nach oben gezogen. Die eigentliche Übung – ohne Alarmierung – hatte genau 75 Minuten gedauert. Bei der anschließenden Manöverkritik wurde festgestellt, daß die Übung gut vorgeplant und angelegt worden war. Die Helfer ließen einen guten Ausbildungsstand erkennen. Trotzdem sollen ähnliche Übungen öfter angesetzt werden, damit bei echten Einsätzen eine genügende Routine vorhanden ist. Ch. A.

### **Ausstellungs-Beteiligung – einmal ganz anders**

Am letzten Besuchertag der Rheinland-Pfalz-Ausstellung in Mainz drängten sich trotz des typischen Aprilwetters – starker Wind, abwechselnd Regen und Sonnenschein – starke Besucherströme durch die Ausstellungshallen und das Freigelände.

Gegen Mittag nimmt der Wind plötzlich zu, Sturmboen zerren an den Planen-Wänden und Dächern der Hallen. Wo diese nicht einwandfrei geschlossen sind, fährt der Sturm hinein, reißt die Dachplanen hoch und zieht dabei die Nägel aus dem Dachgerüst. In kurzer Zeit sind große Teile der Hallen abgedeckt; die im Wind flatternden Planen drohen davonzufliegen. Nicht nur materieller Schaden droht, auch die Aussteller und die Besucher sind gefährdet. Die Ausstellungsleitung bittet den Landesbeauftragten des THW um Hilfe, der sofort einen Einsatzauftrag an den OB des THW-OV Mainz gibt. Um 11.25 Uhr löst der OB Alarm aus; als er kurz danach in der Unterkunft ankommt, sind die ersten Helfer bereits eingetroffen. Die auszuführenden Arbeiten sind bekannt, es ist deshalb nicht erforderlich, einen Erkundungstrupp vorzuschicken. Rasch werden die Fahrzeuge aus der ca. 2 km entfernten Garage geholt und mit den benötigten Geräten – insbesondere mit allen verfügbaren Leitern – beladen. Nur langsam kommt die Fahrzeugkolonne – 1 Kombi, 2 GWK, 1 MKW, 1 LKW – im Bereich des Ausstellungsgeländes vorwärts. Falsch geparkte Autos, verstopfte Straßen und zahlreiche Besucher behindern die Anfahrt. Trotzdem, 40 Minuten nach dem Auslösen des Alarms sind die Helfer mit ihren Geräten am Einsatzort und beginnen mit den Sicherungsarbeiten. Leitern werden in die Halle ge-

bracht und dort, wo die Dachplanen losgerissen sind, aufgestellt. Die Helfer klettern auf die Dachgerüste, sichern die Planen und nageln sie wieder fest.

Das alles geschieht bei vollem Ausstellungsbetrieb! Gern rücken die Aussteller ihre Stände, Tische und Waren nicht zur Seite; die Besucher drängen sich voller Neugier gerade an diesen Stellen zusammen, statt den Helfern Platz zu machen. So dauert es fast vier Stunden, bis alle Schäden beseitigt sind.

Sicher aber hat der Einsatz des OV Mainz in diesem Falle die Besucher besser über die Tätigkeit des THW informiert, als dies mit dem Aufbau eines Werbepostandes erreicht worden wäre.

### **Ein Ortsverband probt den Ernstfall**

Die Zusammenarbeit der verschiedenen Hilfsorganisationen sollte in einer Nachtübung des THW Neustadt mit dem Roten Kreuz durchgespielt werden. Um auch die einem Ernstfall möglichst ähnlichen Bedingungen zu schaffen, waren nähere Einzelheiten zwischen beiden Organisationen vorher nicht abgesprochen worden. Es wurde der Absturz eines Passagierflugzeuges über dem Geinsheimer Wald angenommen. Dieses Gelände bietet mit seinem unwegsamen, zum Teil morastigen Gelände besondere Schwierigkeiten für Fahrzeuge und Fahrer.

Die nicht vorausgeplanten „Einlagen“ ließen denn auch nicht lange auf sich warten. Schon der erste GWK kam vom festen Weg ab, fuhr sich fest und blockierte für die folgenden Fahrzeuge den Weg zum Unglücksort. Der Zugführer kam zu einem klaren Entschluß: Vorrangig galt es, so schnell wie möglich den Menschen Hilfe zu bringen, auch unter Zurücklassung eines Fahrzeuges. So wurde denn sofort auf festem Untergrund eine Schneise geschlagen – und die restlichen Fahrzeuge konnten ihre Fahrt fortsetzen. Das benötigte Gerät aus dem zurückgebliebenen GWK mußte über eine größere Strecke hinweg herangeschleppt werden.

Die Unglücksstelle wurde ausgeleuchtet. Danach begannen die eigentlichen Bergungs- und Rettungsarbeiten. Verletzte waren im dichten Unterholz nur schwer aufzufinden. Einige „Opfer“ lagen jenseits des Rehbaches; um zu ihnen zu ge-

langen, mußte eine Behelfsbrücke aus Baumstämmen errichtet werden. In den vom DRK errichteten Zelten erhielten die Verletzten Erste-Hilfe-Versorgung und wurden danach mit Sanitätskraftwagen abtransportiert. Erst als alle „Opfer“ geborgen waren, wurde mit vereinten Kräften der noch immer im Morast steckende GWK wieder flottgemacht. Diese Übung mochte einigen Teilnehmern wegen der unvorhergesehenen Zwischenfälle zunächst als Fehlschlag erscheinen. Daß diese Zwischenfälle aber schnell behoben wurden, zeigte den guten Ausbildungsstand der Führungskräfte und Helfer beider Organisationen, die es verstanden, die notwendigen Maßnahmen zu koordinieren. R. S.

### **Wahl der Helfervertretung**

Bei der Wahl zur THW-Helfervertretung, der zweiten Wahl seit Erlass des Helferstatuts, war diesmal ein wesentlich größeres Interesse zu beobachten. Die Wahl in den Ortsverbänden wurde allgemein fristgerecht durchgeführt. Die Helfer waren mit viel Engagement bei der Sache. Es gab in einigen Fällen, in denen die Wahl von den Wahlvorständen nicht mit der nötigen Sorgfalt vorbereitet und durchgeführt worden war, sogar Beanstandungen. Termingerecht wurden die Vertreter für die Wahl des Landessprechers zum 19. 3. 1977 in Mainz zusammengerufen. Hier betrug die Wahlbeteiligung 86 %; einige Vertreter waren erkrankt oder verhindert.

Auch diese Wahlversammlung zeigte, daß sich alle Beteiligten ihrer Verantwortung bewußt waren. Nach der Erledigung der erforderlichen Regularien wurden die Wahlvorschläge abgegeben. Danach stellten sich die Kandidaten vor und erläuterten, wie sie ihre zukünftige Tätigkeit wahrnehmen wollten. Nach einer kurzen Pause, in der in Gruppen lebhaft diskutiert wurde, kam aus den Reihen der Wahlberechtigten der Vorschlag, daß die Kandidaten sich der Wahlversammlung zu einer Befragung stellen sollten.

Diese „Fragestunde“ wurde dann auch durchgeführt. Deutlich war überall der Wille zu konstruktiver Mitarbeit zu erkennen.

Anschließend wurden in geheimer Wahl gewählt:

Als Landessprecher: Frank Schulze, OV Sinzig;  
als Stellvertreter: Dieter Hofherr, OV Neustadt a. d. W. G. S.

## Ehrungen beim OV Wadern

Im Rahmen einer Feierstunde in der schönen THW-Unterkunft des OV Wadern konnte OB Rudolf Ludwig den Bürgermeister der Gemeinde, Herbert Klein, sowie die Vertreter des DLRG und der Freiwilligen Feuerwehr begrüßen. Auch LB Gerhard Reimann und GF Hubertus Ballnus waren erschienen. Ein Überblick über die Leistungen des THW-OV durch OB Ludwig ließ viele THW-Helfer erst in dieser kompakten Zusammenfassung von Zahlen und Werten erkennen, daß sie im Dienste der Allgemeinheit doch eine Menge geleistet haben.

Bürgermeister Klein nahm die Gelegenheit wahr, um den Helfern für ihre geleistete Arbeit zu danken; er erklärte, daß er den THW-OV Wadern auch weiterhin mit allen möglichen und notwendigen Hilfsmaßnahmen unterstützen werde. Dies müsse auch so verstanden werden, daß die Eigenständigkeit des THW-OV Wadern nicht angetastet werde. Wenn er selbst auch nicht in regelmäßigen Zeitabständen einen Besuch in der THW-Unterkunft durchführen könne, so lasse er sich doch ständig durch den OB und andere Kontaktpersonen über die Arbeit des THW informieren. Es sei erfreulich, daß er den OV Wadern nicht sehr oft zu Einsätzen rufen müsse, denn Einsätze des THW seien meist dann erforderlich, wenn die Bewohner der Gemeinde von Unglücksfällen unterschiedlicher Art betroffen worden seien. Ständig sei er jedoch bemüht, in seinem Verantwortungsbereich die Zusammenarbeit aller Katastrophenschutzorganisationen zu fördern, damit ein Höchstmaß an Hilfeleistung für in Not geratene Menschen erreicht werde.

Die Vertreter der anderen Hilfsorganisationen bekundeten, daß sie gerne mit dem THW-OV zusammenarbeiten und es bisher noch nie einschneidende Probleme gegeben hat.

LB Gerhard Reimann konnte mit Genugtuung feststellen, daß die Einsatzfähigkeit des THW auch in diesem Bereich des Hochwaldes gewährleistet ist.

Die jungen Helfer erfuhren von Reimann einiges über die Entstehung des THW, den älteren Mitgliedern



**Aus der Hand von LB Reimann – rechts – erhielt OB Ludwig die Urkunde zum THW-Ehrenzeichen in Silber.**

wurde vieles wieder in die Erinnerung zurückgerufen.

Anschließend wurden verdiente Helfer für ihre langjährige Tätigkeit im THW – sowie für besondere Leistungen – mit Urkunden und dem Helferzeichen in Gold geehrt. Reimann führte aus, nicht nur Führungskräfte leisteten Außergewöhnliches, sondern auch die THW-Männer, die mit ihnen in einer Reihe stünden. OB Rudolf Ludwig wurde mit der vom Direktor der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk verliehenen THW-Ehrendnadel in Silber ausgezeichnet.

Zum ersten Male an diesem Abend fehlten dem OB die Worte, auf eine solche Ehrung war er nicht gefaßt gewesen. Ein gemütliches Beisammensein beschloß den Abend. H. B.

## Alarm, Nachtübung!

Eine Alarmierung der Helfer in den THW-OV zeigt immer gewisse Unzulänglichkeiten auf. OB Kiehn vom THW-OV Illingen hatte sich entschlossen, einmal das Alarmsystem des OV und die Einsatzbereitschaft seiner Helfer zu überprüfen. Gemeinsam mit seinem Stellvertreter, Zugführer B. Schmidt, alarmierte er den Bergungszug. Entsprechend dem Alarmplan wurden zunächst die Gruppenführer fernmündlich alarmiert, die weiteren Helfer wurden im „Schneeballsystem“ verständigt. Bereits nach acht Minuten waren in der Unterkunft 22 Helfer versammelt; nach weiteren 15 Minuten war ein kompletter Bergungszug einsatzbereit und zur „Einsatzstelle“ unterwegs. Das nächtliche Ziel war Wustweiler.

Dort mußten die Helfer einen 25 m langen Steg über den Illbach bauen.

Noch während dieser Arbeiten wurde ein „Ölunfall“ gemeldet. Eine Gruppe wurde daraufhin abgezogen und mit dem Bau von Ölsperren beauftragt. Für die Ausleuchtung der Schadensstellen wurde ein von der Regierung des Saarlandes überlassener Notstromerzeuger 100 kVA eingesetzt. In der Schlußbesprechung konnte ZF Schmidt den Helfern manches Lob spenden; er unterließ es aber auch nicht, Schwachpunkte zu erwähnen und Möglichkeiten zu deren Beseitigung aufzuzeigen. Der OV Illingen hat mit dieser Übung bewiesen, daß er einen guten Ausbildungsstand hat und ihm gestellte Aufgaben voll erfüllen kann.

## Wettkampf der Bergungszüge

Es ist beim OV Saarbrücken bereits Tradition, eine Wettkampfübung der verschiedenen Bergungszüge anzusetzen, um deren Ausbildungsstand zu überprüfen und eventuelle Mängel abzustellen.

Zu Beginn des Wettkampfes auf dem Übungsgelände des OV konnte Ortsbeauftragter Dipl.-Ing. Meyer-Paysanden in Vertretung des Oberbürgermeisters erschienenen Beigeordneten Münster, LB Reimann, Oberamtsrat Reygang, die Vertreter der Feuerwehr und weiterer KatS-Organisationen sowie die Presse begrüßen.

Der Wettkampf selbst – Gesamtleitung: Ausbildungsleiter Oberstudienrat Malburg, Schiedsrichter aus den benachbarten Ortsverbänden – wurde an fünf verschiedenen Stationen bewertet. Geprüft wurden Stiche und Bunde, Gerätekunde, Transport Verletzter, Holzbearbeitung, Heben von Lasten, Brennschneiden. Diese Aufgaben aus dem Gesamtbereich des Bergungsdienstes wurden anhand von Beurteilungsbogen nach benötigter Zeit und Exaktheit der Durchführung bewertet. Die notwendigen Unfallverhütungsvorschriften mußten dabei genauestens beachtet werden. Nach der Auswertung der Schiedsrichterunterlagen zeigte sich der hohe Ausbildungsstand des OV Saarbrücken: Nur um wenige Punkte lagen die Drittplazierten hinter der Siegergruppe des Zugführers Mole, der als Wanderpreis einen Pokal in Empfang nehmen konnte. Im Anschluß an den Wettkampf zeichnete LB Reimann im Auftrage



des Direktors der Bundesanstalt THW die Helfer Burkhardt, Schausen und Schneider mit dem THW-Helferzeichen in Gold, die Helfer Katzgrau, Mole und Huhn mit dem THW-Helferzeichen in Gold mit Kranz aus. G. F.

### OB-Wechsel in Sulzbach

LB Reimann, Bürgermeister Dr. Bellon, Vertreter der Feuerwehr und des DRK nahmen an einer Helferversammlung teil, auf der der langjährige Ortsbeauftragte Dipl.-Ing. David als OB verabschiedet und sein Nachfolger, Ing. (grad.) Günter Kirch, in sein Amt eingeführt wurden. Im Auftrag des Vizepräsidenten des BZS und Direktors der Bundesanstalt THW, Dipl.-Ing. Zielinski, erhielt Kirch die Bestellung zum OB.

LB Reimann, der den Gästen und THW-Helfern einen Überblick über die – soweit es die Unterbringung angeht – bewegte Geschichte des im Januar 1959 gegründeten OV Sulzbach gab, sprach Dipl.-Ing. David, der aus Altersgründen sein Amt

als Ortsbeauftragter aufgab, Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit aus. David hatte den OV Sulzbach seit seiner Gründung mit viel Energie und unermüdlichem Einsatz über die Klippen des Anfangs geführt. Er leitete in den ersten Jahren selbst die Ausbildung und kümmerte sich um einen gleichbleibend guten Leistungsstand der Helfer. Seit Bestehen des Ortsverbandes mußte er dreimal die THW-Unterkunft wechseln, was wegen der völlig unzureichenden Bauwerke und des jedesmal damit verbundenen jahrelangen Bauendienstes immer einem neuen Anfang gleichkam. Trotzdem gelang es ihm immer wieder, die Helfer für die Sache zu begeistern.

Seine fachliche Qualifikation, seine Lebenserfahrung, sein menschliches Einfühlungsvermögen und seine Aufgeschlossenheit für die jungen Helfer machten ihn zu einer von allen Helfern geachteten Persönlichkeit. Dies hoben auch der Bürgermeister von Sulzbach und die Vertreter von Feuerwehr und DRK hervor. Als Dank der Stadtverwaltung überreichte

Dr. Bellon dem scheidenden OB einen Stadttaler und einen Stadtteller mit Wappen; von den Helfern des OV erhielt David ein Gemälde. Die Vertreter von Feuerwehr und DRK überbrachten als Abschiedsgeschenk eine Gußtafel und ein Blumengebinde. Der Direktor der Bundesanstalt THW ließ durch LB Reimann dem bereits mehrfach ausgezeichneten Erich David die THW-Plakette überreichen.

G. F.

### Nachruf

Der THW-Ortsverband Illingen trauert um seinen jungen Helferkameraden

#### Bernhard Schmitt

Am 16. März 1977 starb er im Alter von 16 Jahren an den Folgen eines Verkehrsunfalls. Bernhard Schmitt gehörte seit eineinhalb Jahren dem Ortsverband an. Sein Andenken werden wir in Ehren halten. Der Ortsbeauftragte und die Helfer des OV Illingen

# BADEN-WÜRTTEMBERG



### Bergungsübung beim THW-OV Achern

In einem Acherner Ortsteil brannte vor einiger Zeit ein Bauernhaus nieder; die Hausruine mußte zunächst zur Klärung der Brandursache unberührt stehen bleiben. Nachdem jedoch alle Formalitäten erledigt waren, stand das ehemalige Bauernhaus für eine Bergungsübung dem OV Achern zur Verfügung. In Verbindung mit dem zuständigen Landratsamt wurde Alarm ausgelöst, zwei Bergungsgruppen des OV rückten zum Einsatzort aus.

Dort mußte – neben den ersten Bergungsmaßnahmen – der Verkehr auf der B 3 einspurig weitergeführt werden. Diese Aufgabe fiel nach Abstimmung mit der zuständigen Polizeidienststelle ebenfalls den THW-Helfern zu. Gleichzeitig begannen andere Helfer damit, „Verletzte“ und „Verschüttete“ zu bergen, die von weiteren Helfern des OV dargestellt wurden. Da das Wohnhaus weitgehend eingestürzt war, mußten besondere Sicherungsmaßnahmen durchgeführt werden. So wurden u. a. eine Kellerdecke abgestützt, herunterge-

stürzte Balken und eine eingestürzte Mauer gesichert und eine Nottreppe in den zweiten Stock gebaut. Nach etwa 45 Minuten waren alle „Verletzten“ geborgen. Die Übung wurde anschließend damit fortgesetzt, daß der Räumzug zur Beseitigung der eingestürzten Teile und der Trümmer eingesetzt wurde. Es sollte so der reibungslose Arbeitsablauf zwischen einem herantransportierten Hydraulikbagger und den THW-Gruppen geübt werden. Nach etwa fünf Stunden konnte die Übung beendet werden. Der anwesende stellvertretende Landrat hatte eine mit vollem Erfolg durchgeführte Übung beobachtet und sich dabei von der Einsatzfähigkeit des OV überzeugen können. MdB Dr. Hauser – der selbst bereits seit 12 Jahren THW-Helfer ist – konnte infolge dienstlicher Verspätung nur noch den Abschluß miterleben. H. Z.

### THW Wertheim konstruierte eine Spezialschalung

Auf der Mülldeponie Wertheim-Vokkenrot gab es Probleme; an den Kontrollschächten eines durchlaufenden

Abwasserkanals entstand durch die Verrottung des Mülls immer wieder Methangas, das sich unter bestimmten Voraussetzungen entzündet. Es wurde nun nach einer praktischen Lösung gesucht, um diese Brände auf der Müllkippe zu verhindern. Das Wertheimer THW unter Leitung seines OB Jessberger fand eine Lösung. Es konstruierte eine zusammenziehbare Schalung, die durch die obere Verjüngung der Schächte hindurchpaßte und beim Herablassen an den Steigeisen im Schacht vorbeiglitt. Oberhalb des Kanaldurchlaufes wurde die Schalung dann „entfaltet“ und preßte sich an den Schachtwänden fest.

Bevor die erste Schalung eingebaut war, herrschte noch Ungewißheit, ob diese Anpassung der Schalung an die Schachtwände auch ausreichte, um das Gewicht des einzufüllenden schweren Betons auszuhalten. Nach der Ausbetonierung des ersten Schachtes mit 4 cbm Beton war man sicher: die Schalung hielt. Die Arbeit wurde erschwert, weil in den Schächten, die bis zu 20 Meter tief sind und nur einen geringeren Durchmesser haben, auch noch ständig Methangas

auftrat. Ein Einbringen der Schalung von Hand wäre sehr schwierig und vor allem auch zu gefährlich gewesen.

Die Wertheimer THW-Helfer hatten eine gute Idee – und sie waren in der Lage, diese Idee auch zu verwirklichen. K. S.

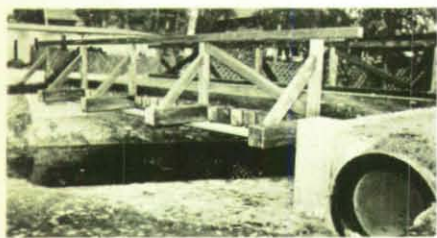
### Neuer Steg über den Rettersweiher

Der schon vor Jahren vom THW Ellwangen erbaute Steg über den Einlauf des Rettersweihers war baufällig geworden und mußte erneuert werden. Das Holz dafür wurde von der Stadtförsterei Ellwangen zur Verfügung gestellt.



Im Licht der Scheinwerfer arbeiteten die THW-Helfer nachts an einer Behelfsbrücke. Nach sechs Stunden war die Übung beendet. Der Ortsverband Ellwangen erneuerte den Steg über den Einlauf des Rettersweihers.

Für die Durchführung der Arbeit wurde eine Nachtübung des OV angesetzt, die um 19 Uhr begann; um 1 Uhr war die Übung beendet. Der neue Steg ist 4,50 m lang und hat eine Breite von 2 m. Die nutzbare Wegbreite zwischen den Rödelbalken beträgt 1,40 m.



Die fertige Brücke bei Ellwangen-Stimpfbach hat eine Tragkraft von 16 Tonnen. Sie war ebenfalls von den Helfern des Ortsverbandes Ellwangen errichtet worden.

Der Steg sollte sich in seiner Bauart in die Landschaft einfügen. So wurden ausschließlich Rundhölzer verwendet. Als Uferbalken dienten halbierte Akazien-Stämme, die beiden



Auch diesen Fußgängersteg haben die Helfer des THW-Ortsverbandes Ellwangen gebaut. Er ersetzte einen älteren, schon baufällig gewordenen Überweg, der vom Technischen Hilfswerk vor Jahren dort errichtet worden war.

Tragebalken wurden, ebenso wie die beiden Rödelbalken, aus 30 cm bzw. 16 cm starken Eichenhölzern geschnitten. Das Gelände wurde aus 10–14 cm starken Eichenrundhölzern hergestellt. Als Belag fand 14 cm starkes Fichtenholz Verwendung. Außerdem baute der OV Ellwangen im Rahmen einer anderen Nachtübung über den Einlauf des Rettersweihers einen neuen Fußgängersteg. Das benötigte Holz wurde vom Stadtförstamt zur Verfügung gestellt. Die Trag- und Rödelbalken dieses Fußgängersteges sind aus starken Eichenbalken geschnitten, das Gelände aus Eichenrundhölzern gefertigt. Der Belag besteht aus 14 cm starken Fichtenrundhölzern. Dieser Steg hat eine Spannweite von 4,50 m und eine begehbbare Breite von 1,40 m.

### THW-OV übten gemeinsam

Nicht die praktische Arbeit der Helfer am Einsatzort stand bei dieser gemeinsamen Jahreshauptübung im Vordergrund, sondern die Aufgaben der Einsatzleitung und der Nachrichtenübermittlung.

Den beiden Einsatzleitern, ZF Szellies und ZF Marz, war bis zum Übungsbeginn nicht bekannt, welche Aufgaben auf sie zukommen würden. Der Einsatzleitung standen nach der Bereitschafts- und Stärkemeldung: der OV Kirchheim mit 29 Helfern, der OV Esslingen B mit 45 Helfern, der OV Esslingen IZ mit 25 Helfern, der OV Neuhausen mit 23 Helfern, DRK und Malteser mit 10 Helfern, die Einsatzleitung mit 7 Helfern und weitere 7 Helfer zur Verfügung. Nacheinander trafen mehrere Schadensmeldungen ein:

1. Beschädigungen auf einem Firmengrundstück infolge einer Explosion. Im Untergeschoß eines Gebäudes starker Wassereintrich nach

Rohrbruch, Decken eingestürzt, Treppen zerstört, Stromversorgung ausgefallen.

2. Durch das Hochwasser des Tegelbaches wurden die Fundamente einer Brücke in der Nähe einer Ziegelei unterspült. Die Brücke drohte einzustürzen und mußte abgestützt werden; die Straße war für den Verkehr zu sperren.

3. In einem Wohnheim in Kirchheim blieb der Aufzug infolge Stromausfalls stecken. Mehrere eingeschlossene Personen waren zu befreien.

4. Die Ortsstraße im Tal bei Hardt wurde unterspült, ein schwerer LKW kam von der Straße ab, fuhr gegen einen Baum und drohte auf eine tiefer gelegene Straße zu stürzen.

Der Einsatzleitung stand eine Karte im Maßstab 1:50 000 zur Verfügung. Alle Einsatzorte wurden sofort durch Fähnchen gekennzeichnet, entsprechend die Helfer und Fahrzeuge an die Schadensstellen beordert.

Alle Anweisungen wurden über Funk gegeben. Den Gruppen standen Karten im gleichen Maßstab zur Verfügung, so konnten die Einsatzorte nach Koordinaten-Angabe präzise übermittelt werden. Blindes Suchen nach den Einsatzstellen in unbekannter Gegend entfiel. Alle Anfragen und Meldungen der Einsatzgruppen, die im Nachrichtenraum der Einsatzleitung eingingen, wurden dort sofort zu Papier gebracht und in den Führungsraum weitergeleitet. Nach diesen Unterlagen lief der gesamte Einsatz ab. Schon nach kurzer Zeit stellte sich heraus, daß der Fernmeldeverkehr vorzüglich klappte. Neutrale Beobachter und Übungsleitung waren mit dem Ablauf der Übung sehr zufrieden. Selbst dann, als während der Übung der Funkspruch: „Dies ist ein Ernstfall“ durchgegeben wurde und einige Helfer mit ihren Fahrzeugen zur Hilfeleistung bei einem Verkehrsunfall abgezogen wurden, entstand keine Verwirrung. Jede Situation wurde von der Einsatzleitung mit Routine und Übersicht gemeistert. Für die Verpflegung der Helfer sorgten – wie bereits bei vielen Übungen – die Helfer von DRK und MHD in bewährter Weise.

### Schwerer Felsbrocken blockierte die Landstraße

Nur einem glücklichen Umstand war es zu verdanken, daß kein größerer Schaden entstand, als sich nachts ein schwerer Felsbrocken löste und auf die L 94 stürzte. Ein PKW-Fahrer,

der sich um 22.30 Uhr auf der Fahrt von Zell a. H. nach Biberach befand, hatte, als er unter der Abbruchstelle vorbeifuhr, keine Möglichkeit mehr, dem 18 Tonnen schweren Felsbrocken auszuweichen. Durch den Aufprall wurde der Wagen völlig demoliert, der Fahrer schwer verletzt im Fahrzeug eingeklemmt. Die Beifahrerin kam mit leichten Verletzungen davon.

Um 22.39 Uhr wurde das THW Biberach von der Polizei Wolfach über diesen Unfall informiert; um 22.41 Uhr fuhr bereits fünf Helfer mit dem Kombi für technische Hilfeleistungen zur Unfallstelle, wo sie – gleichzeitig mit dem DRK – um 22.43 Uhr eintrafen. Der Gruppenführer alarmierte nach einem Überblick über die Schadenslage sofort die Freiwillige Feuerwehr Haslach, die über eine große Rettungsschere verfügt. Mit Hilfe der kleinen Rettungsschere versuchten die THW-Helfer inzwischen den eingeklemmten Verletzten zu bergen. Während dieser Zeit hielt ein Helfer über das FuG 7b des Kombis den Funkkontakt zur Freiwilligen Feuerwehr und zur Polizei aufrecht. Es gelang den THW-Helfern, den Verletzten nach ca. 7 Minuten aus dem Unfallfahrzeug zu bergen. Der inzwischen eingetroffene Notarzt übernahm die weitere Betreuung. Die FFW Haslach brauchte ihre große Rettungsschere nun nicht

mehr einzusetzen. Sie leuchtete jedoch die Unfallstelle aus und half bei der Überprüfung des Berghanges nach weiterem losen Gestein. Die Straße konnte erst am späten Nachmittag des folgenden Tages wieder für den Verkehr freigegeben werden.

W. N.

### 10jähriges Jubiläum des THW-ÖV Öhringen

Voll Stolz kann der ÖV Öhringen auf einen 10jährigen Einsatz im Katastrophenschutz und mithin im Dienst der Allgemeinheit zurückblicken. Ausschließlich vom guten Willen einer kleinen Schar von Idealisten wurde die Arbeit des THW-ÖV in seiner Anfangszeit getragen. Bindeleinen, Schaufeln und Spitzhacken – vielfach aus dem Privatbesitz der ersten Helfer stammend – das waren die ersten Hilfsmittel. Nach zwei Jahren war die erste Aufbauarbeit getan. Trotz vieler Schwierigkeiten gehörten dem ÖV Öhringen bald 40 ausgebildete Helfer an; er verfügte über Fahrzeuge und Geräte, wenn auch noch nicht in ausreichendem Umfang. OB Horst Quosbarth erinnerte bei der kleinen Geburtstagsfeier an die Gründung des ÖV im Jahre 1966. Damals meldeten sich 18 Helfer, heute sind 75 Aktive dabei. Den ersten Helferausweis des THW erhielt

Hans Cramer, der frühere Orts- und Kreisbeauftragte. In zahlreichen Einsätzen hat der ÖV Öhringen – bestehend aus einem Bergungszug und der im Bundesgebiet anerkannten Bailey-Brückenbaueinheit – in den vergangenen Jahren sein Können bewiesen. Helfer des ÖV Öhringen wurden sogar zum Einsatz nach Tunesien und Ruanda in Afrika geschickt.

Die vorbildlichen humanitären Hilfeleistungen einer freiwilligen Helferschaft im In- und Ausland würdigten zahlreiche Vertreter des öffentlichen Lebens. OB Quosbarth dankte allen Helfern und Gönnern des THW Öhringen für ihre Einsatzfreude und Unterstützung. Sein Wunsch: noch mehr qualifizierte Helfer und eine noch bessere Ausrüstung und Unterkunft.

Aus Anlaß des 10jährigen Bestehens stellten sich die Helfer des ÖV drei Tage lang der Öffentlichkeit vor. Sie zeigten ihre Fertigkeiten beim Bau eines Hängesteigs, einer Transportseilbahn und einer Baileybrücke. Die Arbeit einer Trinkwasseraufbereitungsanlage wurde demonstriert, ebenso eine selbstkonzipierte Waschanlage. Auch „Gulaschkanone“ und Feldkochherd waren in Tätigkeit. Die Bevölkerung hatte in diesen Tagen die Möglichkeit, sich von der Vielseitigkeit des THW zu überzeugen.

W. H.

# Bayern



### Technischer Bereitschaftsdienst des THW

Auch in diesem Jahr wird der ÖV Ingolstadt an 33 Tagen – während der Hauptreisezeit – Bereitschaftstrupps zur Unterstützung der Polizei bereitstellen. Diese Aktion begann bereits während der ersten großen Reisewelle zur Osterzeit. Die Helfer aus Ingolstadt stehen für technische Hilfeleistungen auf dem Autobahnabschnitt zwischen Pfaffenhofen und Denkendorf bereit; nördlich davon stellen die Helfer aus Eichstätt die Bereitschaft bis zur Autobahn-Ausfahrt Hilpoltstein.

Hauptaufgabe der mit Spezialgeräten ausgestatteten Hilfstrupps ist die rasche Räumung der Fahrbahn von Hindernissen, d. h. die Beseitigung von Unfallfahrzeugen. Der Bereitschaftsdienst an bekannten Unfall-

schwerpunkten während der Hauptreisezeit geht auf eine Vereinbarung des Bayerischen Innenministers mit dem THW-Landesverband Bayern zurück. Er wird auf den Autobahnen und stark befahrenen Landstraßen durchgeführt; insgesamt 58 Ortsverbände beteiligen sich an dieser Aktion.

Ri.

### Trinkwasserversorgung durch den ÖV Kronach

Während der mehrmonatigen Dürreperiode im Jahre 1976 wurden an die Helfer des ÖV Kronach besondere Anforderungen gestellt. In der Zeit vom 29. Juni bis 29. Dezember 1976 wurden von ihnen 246 Trinkwasser-einsätze – 2 261 Stunden – und 26 Einsätze im Zusammenhang mit

Trinkwassertransporten durchgeführt. Diese Einsätze stellten die THW-Helfer vor manche Probleme; es zeigte sich, daß durchaus nicht für jeden Zweck ein Spezialfahrzeug benötigt wird. Durch geschickte Improvisation mit den zur Verfügung stehenden Mitteln konnten nämlich die meisten an das THW gestellten Aufgaben gelöst werden.

Der Sattelzug des ÖV Straubing wurde z. B. nach Kronach abgestellt und hier von den Helfern in wenigen Stunden mit einem 12 500 Liter fassenden Tank und einer TS 8 – vom Ortsverband Lichtenfels – zu einem vollwertigen Tankzug umgebaut. Im gesamten Zeitraum haben die Fahrzeuge des THW 20 822 Einsatzkilometer zurückgelegt; es wurden 6 521 cbm Trinkwasser transportiert. Ca. 60 % des Wassers wurde der Fernwasserleitung, 30 % den Leitungen der

Frankenwaldgruppe und 10 % denen in Kronach und Weißenbrunn entnommen. Die Einsatzkosten in Höhe von ca. DM 40 000,- übernahm der Bund als Träger des THW. Die dem OV entstandenen Kosten für Plastiktanks, Installationsmaterial, Holzrahmen etc. konnten vom Spendenkonto abgedeckt werden. Ab Mitte Oktober wurde der Verdienstausfall der THW-Helfer nicht mehr vom Bund übernommen – die betroffenen Gemeinden mußten daher bis zum Jahresende noch DM 3 964,- an Kosten aufbringen, damit eine geregelte Trinkwasserversorgung gesichert war.

verbunden. Der U-förmig gekrümmte Bug des Schlauchbootes trug die Ankerwinde und ein Schürzenblech zum Schutz des Bootes. Ein Längsträger in der Mitte hielt den breiten Einlegeschlauch im Inneren des Schlauchbootes fest und verteilte die Last gleichmäßig auf das ganze Boot. Damit die Schlauchboote auch bei starker Strömung ruhig lagen, war jedes Boot mit einem 50 kg schweren Stockanker mit zwei Flunken ausgestattet. Die Belastungsprobe wurde mit zwei schweren Gerätekraftwagen des THW durchgeführt.

Ri. Der Übung lag der Annahme zugrun-

den der THW-OV Bamberg, Ingolstadt, Landshut und Mühldorf sowie die zum Rettungsdienst und zur Ausleuchtung der Baustelle eingeteilten Helfer der OV Mühldorf und Rosenheim zu koordinieren und mit dem höchstmöglichen Wirkungsgrad einzusetzen, wurde voll erreicht. Für die am Brückenbau beteiligten Helfer wurde ein Versorgungslager mit Küchenwagen, Küchenzelt, Trinkwassertank und einem Versammlungszelt für 160 Personen errichtet. Für die Brückenwache stand ein Unterkunftszelt zur Verfügung. Die Versorgung der eingesetzten THW-Helfer erfolgte durch den



### Um Mitternacht war die Brücke fertig

Eine Brückenbauübung unter Ernstfallbedingungen führte der Landesverband Bayern des THW in Mühldorf am Inn durch. Die Fährenbaugruppen des THW aus Bamberg, Ingolstadt, Landshut und Mühldorf errichteten im Nachteinsatz eine Schwimmbücke über den Inn. Die Brücke hatte eine Länge von 62 m und eine Tragfähigkeit von 8 Tonnen.

Die Zusammenarbeit der verschiedenen Fährenbaugruppen klappte – trotz des ungünstigen Geländes – vorzüglich. Wie geplant, war gegen Mitternacht die Brücke nach 5 Stunden Bauzeit fertig. Sie ermöglichte den rund 5000 Teilnehmern des Internationalen Inntal-Volksmarsches am Sonnabend und Sonntag einen bequemen Flußübergang. Helfer der OV Rosenheim und Mühldorf hatten einen Beleuchtungswagen (14 000 W) und Halogenlampen eingesetzt, um die Baustelle auszuleuchten. Es war dies der erste Brückenschlag der THW-Fährenbaugruppen in Bayern.

Die Brücke bestand aus vier aneinandergereihten Einzelfähren. Jede dieser Fähren wurde aus drei Schlauchbooten von 9 m Länge, sechs Hauptträgern und 12 Fahrbahnplatten gebildet. Mittels Auflegerahmen war der Oberbau mit dem Schlauchboot

Im Licht der Halogenscheinwerfer arbeiten die THW-Helfer daran, den Auflegerahmen auf das Schlauchboot zu montieren.



Belastungsprobe, zwei LKW fahren über die Brücke – sie hält.

de, daß durch ein Unwetter die Innbrücke in Mühldorf, über die die B 12 führt, unpassierbar geworden war. Dem THW-OV Mühldorf wurde von der zuständigen Kreisverwaltung der Auftrag erteilt, zur Aufrechterhaltung des Fußgängerverkehrs eine Schlauchbootfährenbrücke mit 8 t Tragkraft zu errichten. Vorbereitung und Leitung der Übung lagen in den Händen des Ausbildungsleiters des Landesverbandes. Der zuständige GF war mit der technischen Einsatzleitung betraut. Das Übungsziel, die Fährenbaugrup-



Das vorbereitete Schlauchboot wird zu Wasser gebracht.



Die ersten Teilnehmer des Inntal-Volksmarsches überqueren die Schlauchbootfährenbrücke.

Verpflegungstrupp des OV Mühldorf. Auf einem Kameradschaftsabend am 12. März – mit Feldküchenessen, Faßbier und zünftiger Blasmusik – dankte der Veranstalter des Inntal-Volksmarsches dem THW für dessen uneigennütige Hilfe. Der Vertreter des Landrats stellte das Leistungsvermögen des THW besonders heraus. Nach Beendigung des Volksmarsches am Sonntagnachmittag wurde die Brücke wieder abgebaut, die einzelnen Teile auf die bereitstehenden LKW verladen. Danach trat man die Rückfahrt in die Standorte an.

Ri.

## Der Warndienst beantwortet Fragen

In der vorigen Ausgabe des ZS-MAGAZIN wurde versucht, die Frage zu beantworten, wieviel Zeit der Bevölkerung bleibt, um vor einem Angriff einen Schutzraum aufzusuchen. Hier soll nun die Frage beantwortet werden: „Welchen Nutzen haben Warnungen und Alarmierungen für die Bevölkerung, wenn keine ausreichende Anzahl von Schutzräumen zur Verfügung steht?“

Warndienst und Schutzraumbau sollen bewirken, daß in einem Verteidigungsfall Verluste unter der Bevölkerung vermieden bzw. so gering wie möglich gehalten werden. Diese Aufgabe kann am besten gelöst werden, wenn gleichzeitig ein einsatzbereiter Warndienst und ausreichende Schutzräume zur Verfügung stehen. Der Aufbau des Warndienstes in der Bundesrepublik ist sehr weit fortgeschritten, doch fehlen – wie bekannt – noch Schutzräume. So besteht im Zivilschutz eine bedauerliche Lücke, die jedoch nicht zu dem – falschen – Schluß führen darf, bei einer solchen Sachlage sei auch der Warndienst nutzlos.

Im Falle einer Gefahr muß die Bevölkerung so rasch wie möglich an Ort und Stelle Schutz suchen. Dazu muß sie jedoch zunächst über die Gefahr unterrichtet und vor ihr gewarnt werden. Dies geschieht durch Sirensignale und durch Rundfunkdurchsagen des Warndienstes. Fehlen ausgebaute Schutzräume, so kann auch ein geringer, ggf. ein behelfsmäßiger Schutz größere Verluste verhindern und im Einzelfall lebensrettend wirken. Dies haben die Erfahrungen der Kriege in Vietnam und Nahost sehr deutlich gezeigt.

Einfache Kellerräume können bereits Schutz gegen die Wirkungen von vielen Waffen konventioneller – und auch gegen Waffen atomarer Art bieten. So kann z. B. ein gewöhnlicher Keller die Intensität der radioaktiven Strahlung um 80 % verringern. Untersuchungen in anderen Staaten haben ergeben, daß die Verluste der Zivilbevölkerung bei rechtzeitiger Warnung und Alarmierung auch beim Fehlen von Schutzbauten um annä-

hernd 20 % verringert werden können. Um Schutzmöglichkeiten überhaupt rasch nutzen zu können, bedarf es in jedem Falle zunächst einmal der Information und Alarmierung.

## Ehrungen bei der Warndienst-Leitmeßstelle 84

Der nebenberufliche Mitarbeiter Eugen Reichle, Donaueschingen, wurde für seine zehnjährige Tätigkeit beim Warndienst geehrt. Reichle ist seit Oktober 1970 Leiter der WD-Leitmeßstelle 84 in Donaueschingen.

Der Leiter des Warnamtes VIII, VA Grimm, würdigte im Rahmen eines kameradschaftlichen Beisammenseins die Verdienste des langjährigen Mitarbeiters. Er hob insbesondere dessen Anstrengungen in der Aufbauphase der Leitmeßstelle und seine Erfolge bei der Anwerbung von Helfern hervor.

Für zehnjährige freiwillige Mitarbeit im Warndienst erhielt Reichle im Auftrage des Präsidenten des Bundesamtes für Zivilschutz als Anerkennung die Ehrennadel mit Eichenlaub in Gold und die Ehrenurkunde.

Helfer Hans-Peter Wehinger, ebenfalls aus Donaueschingen, wurde für dreijährige freiwillige Mitarbeit im Warndienst mit der Silbernadel ausgezeichnet. Ut.

## Zusammenarbeit: Warnämter, Warndienst-Leitmeßstellen – Katastrophenschutz

Das Bundesamt für Zivilschutz hatte sie gewünscht, das Ministerium des Innern Rheinland-Pfalz hatte sie genehmigt und die Bezirksregierungen Koblenz, Rheinhessen und Trier hatten sie gefördert. So fanden denn am 11. und am 18. Januar 1977 Arbeitstagungen zur Kontaktaufnahme mit den Referenten und Sachgebietsleitern der Bezirksregierungen und der Kreise und kreisfreien Städte im Warnamt VII statt. 3 Bezirksregierungen und 34 der 36 Kreise und kreisfreien Städte waren vertreten. Die Tagesordnung umfaßte folgende Themen:

– Organisation, Aufgabe und Funktion des Warndienstes;

– Aufgaben und Arbeitsweise einer Warndienst-Leitmeßstelle in der Zusammenarbeit mit dem Katastrophenschutz;

– Möglichkeiten einer intensiven Zusammenarbeit der ABC-Melde- und Auswertestellen (AMAS) und Beobachtungs- und ABC-Meldestellen (BAMSt) mit den Warndienst-Leitmeßstellen (WDLMSn) im Rahmen von Kurzübungen;

– Warnstellen: Aufbau, Unterhalt, Veränderungen, Warnstellendurchsagen;

– Fragen des örtlichen Warndienstes.

Vor Beginn der Tagung konnten sich die Teilnehmer bei einer Tasse Kaffee näher kennenlernen; dies trug wesentlich zu einer gelockerten Atmosphäre bei. Dipl.-Ing. Utischill, der Leiter des Warnamtes VII, gab in seiner Begrüßungsansprache der Hoffnung Ausdruck, daß dieses erste Treffen der Sachbearbeiter für Katastrophenschutz einer künftigen weiteren guten Zusammenarbeit zwischen dem Warndienst und dem Katastrophenschutz dienen möge. Einige Anfragen und Anregungen, die während der Vorbereitung dieser Arbeitstagung sich ergeben hatten, konnten in der Mehrzahl bereits beim ersten Tagesordnungspunkt – Organisation, Aufgabe und Funktion des Warndienstes – mit erledigt werden. Zu diesem Zeitpunkt wurde allen Teilnehmern wohl auch klar, daß der vorgegebene Themenkreis von ihnen ein Höchstmaß an Durchhaltevermögen erfordern würde. Dies vor allem deshalb, weil zu lange zu viele Fragen unbeantwortet geblieben waren.

Man war sich darüber einig, daß man recht viele Probleme besprechen wollte und verzichtete freiwillig auf Pausen. Nach dem Mittagessen wurde die Arbeitstagung fortgesetzt.

Der Tagesordnungspunkt, der die Zusammenarbeit zwischen dem Warnamt, den WDLMSn und den AMAS und BAMSt betraf, wurde durch einen Vortrag des Einsatzleiters ABC-Wesen, RI Streller, erweitert.

Dieser sprach die Möglichkeiten einer intensiven Zusammenarbeit der genannten Stellen im Rahmen von Übungen an. Hierbei ging er auch

auf die Punkte ein, die beim Aufbau und der Einrichtung davon AMAST und BAMSt aus der Sicht des Warndienstes zu beachten sind.

Der Einsatzleiter Ausbildung, VA Knittler, wies insbesondere auf die notwendige Beschickung der Fachlehrgänge I und II an der Katastrophenschutzschule in Burg/Mosel hin. Die im ZS-Magazin Nr. 2/77, Seite 53, aufgeführten Möglichkeiten, das Ausbildungsangebot beim Warnamt VII zu erweitern, stellte er noch einmal heraus. Der für das Fernmeldewesen zuständige Einsatzleiter, RA Schäfer, behandelte die Fragen des örtlichen Warndienstes und erläuterte an Hand eines Merkblattes – welches an die Teilnehmer ausgegeben wurde –, wie man die Verwaltungsarbeit im örtlichen Alarmdienst vereinfachen und zweckmäßiger gestalten kann.

Der an der Arbeitstagung teilnehmende Vertreter des Innenministeriums des Landes Rheinland-Pfalz, BOAR Pangowski, beantwortete Fragen der Teilnehmer soweit es um die Ausbildung und deren Verwirklichung ging und nicht die Zuständigkeit des Warnamtes gegeben war.

Seine Ausführungen wurden durch die anwesenden Referenten der Bezirksregierungen Koblenz, Rheinhesen-Pfalz und Trier ergänzt. Auch die Leiter der WDLMSn konnten in der Aussprache ihre Vorstellungen über die Zusammenarbeit mit AMAST und BAMSt darlegen. Die auf der Tagung geknüpften persönlichen Kontakte werden mit Sicherheit die künftige Zusammenarbeit positiv beeinflussen.

Die abschließende Aussprache zeigte, daß diese Tagung von den Teilnehmern als Erfolg gewertet wurde. Alle waren sich einig, daß solche informativen Arbeitstagungen künftig mindestens einmal im Jahre abgehalten werden sollten. M. St.

### **Erstmalig Verwaltungssachbearbeiterin im Warnamt**

Regierungsinspektorin z. A. Baur übernahm nach der Pensionierung von RA Seidemann ab 1. Dezember 1976 die Leitung des Sachgebietes Verwaltung im Warnamt V, Welz. Fräulein Baur ist damit die erste Leiterin eines Sachgebietes in einem Warnamt.

### **Dienstjubiläum im Warnamt VII**

TRHS Ruf, Fernmeldeoberwerkmeister im Warnamt VII, beging am 17. März 1977 sein 25jähriges Dienstjubiläum. Die Dankurkunde mit der Jubiläumszuwendung wurde ihm in Anwesenheit der Bediensteten des Warnamtes VII von Einsatzleiter Erasmus überreicht. Erasmus, der den in Urlaub weilenden Warnamts-



**TRHS Ruf empfängt aus der Hand von Einsatzleiter Erasmus – links im Bild – Goldmedaille und Urkunde.**

leiter vertrat, sprach im Namen aller Mitarbeiter des Warnamtes dem Jubilar die besten Wünsche zu seinem Ehrentag aus. TRHS Ruf, so sagte er, sei stets ein angenehmer Kollege gewesen und werde dies mit Sicherheit auch noch viele Jahre bleiben. Ruf habe nie Zeit und Mühe gescheut, wenn er fernmeldetechnische Probleme zu lösen hatte – er war auch gerne dabei, wenn es galt, Betriebsausflüge und -feste zu planen und zu gestalten. Sein ausgeglichenes Wesen und seine Hilfsbereitschaft kamen so auch dem Betriebsklima zugute. Als Mitglied des Personalrates setzte er sich stets vorbildlich für die Belange seiner Kollegen ein. Einsatzleiter Erasmus meinte, eine 25jährige Dienstzeit umfasse immerhin einen langen Zeitabschnitt. Das würde um so deutlicher, wenn man bedenke, daß an der Feier Kolleginnen teilnahmen, die dieses Lebensalter noch gar nicht erreicht hätten. Seit mehr als 17 Jahren ist Ruf im Warnamt VII tätig. Wertvolle Sach- und Fachkenntnisse im Fernmeldewesen habe er sich nach dem Kriege bei der Firma DETEWE erworben. Auch der Krieg müsse erwähnt werden, der ihn nicht nur seine Jugend, sondern auch Gesundheit kostete; die Zeit als Soldat an der Ostfront und die Schwere der russischen Kriegsgefangenschaft. Unter den Gesundheitsschäden aus jener Zeit leide er heute noch.

Von den Bediensteten des Warnamtes VII erhielt Ruf als Geschenk neben einem Blumenstrauß eine Goldmedaille mit dem eingepprägten Wahrzeichen der Stadt Bad Kreuznach. Während des anschließenden gemütlichen Beisammenseins schilderte der Jubilar anschaulich und humorvoll verschiedene Ereignisse aus den „Anfängen“ des Warnamtes VII. Warnamtsleiter Dipl.-Ing. Utischill hatte aus seinem Urlaubsort ebenfalls Glückwünsche übermittelt.

### **Ehemaliger Leiter des Warnamtes VII verstorben**

Im 78. Lebensjahr ist in Lindau/Bodensee

#### **Wilhelm Rosenkranz**

Oberst a. D., verstorben. Von 1958–1965 war Rosenkranz Leiter des Warnamtes VII und bereits seit längerer Zeit an das Krankenlager gefesselt. Seine Beisetzung erfolgte in aller Stille im engsten Familienkreise. In der Zeit seiner Tätigkeit als Leiter des Warnamtes VII – zunächst in Neustadt/Weinstraße, ab



1960 in Bad Kreuznach – fielen der Grundausbau der fernmeldetechnischen Einrichtungen des Warndienstes in den Bundesländern Rheinland-Pfalz und Saarland – sowie der Bau des Warnamtes VII in Weinsheim bei Bad Kreuznach. Wilhelm Rosenkranz war ein allseits geschätzter und beliebter Vorgesetzter und Mitarbeiter; er hat sich beim Aufbau des Warndienstes hohe Verdienste erworben, die ihre Würdigung durch die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes fanden.

So lange es sein Gesundheitszustand erlaubte, hielt der ehemalige Warnamtsleiter auch nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst die Verbindung zu seiner früheren Dienststelle und ihren Bediensteten aufrecht. Seine Persönlichkeit und sein Wirken bleiben im Warnamt VII unvergessen. M. Sta.

Feuerwehr-Plaketten ohne Rechtswirkung

## Plaketten sind kein Freifahrtschein!

Auch auf der Fahrt zum Einsatzort:  
Verkehrsregeln beachten

„Mit Blaublicht und Martinshorn erreichen Sie umgehend den Einsatzort... Doch wieviel wertvolle Minuten verlieren Sie auf der Fahrt zur Unterkunft?“ – so beginnt ein Werbeschreiben für eine Plakette, die in den letzten Wochen den Feuerwehren im Bundesgebiet angeboten wird. Wir als DFV müssen eindeutig darauf hinweisen, daß weder derartige Feuerwehr-Plaketten noch Schilder „Feuerwehr“ oder gar Dachaufsetzer „Feuerwehr“ eine Berechtigung darstellen, im Straßenverkehr bei einer Fahrt mit dem Privatwagen zum Einsatzort oder zur Feuerwache die Straßenverkehrsordnung zu mißachten. Es ist ein Irrtum zu glauben, mit derartigen Kennzeichnungen könne ein Feuerwehrmann im Einsatz Sonderrechte für sich in Anspruch nehmen. Derartige Kennzeichnungen haben keinen rechtlichen Wert! Der Deutsche Feuerwehrverband lehnt aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Feuerwehrausschusses die Verwendung von Dachaufsetzern „Feuerwehr“ ab. Der Ausschuß sieht in der Verwendung dieser Dachaufsetzer eine erhöhte Unfallgefahr im Straßenverkehr und eine Verleitung des Fahrers zur fahrlässigen Fahrweise.

Der Deutsche Feuerwehrverband macht auch darauf aufmerksam, daß Hinweisschilder im oder am Wagen, die auf „Feuerwehr“ aufmerksam machen sollen, keinerlei rechtliche Wirksamkeit haben. Es ist gefährlich, den Anschein zu erwecken, daß mit diesen Kennzeichnungen ausgestattete Privatwagen die Lösung im Straßenverkehr darstellen.

In einem Werbeschreiben einer Firma steht u. a.: „Die Lösung dieses Problems ist so einfach, daß Sie sich sicher jetzt fragen werden, warum Sie nicht schon lange selbst darauf gekommen sind: Eine Plakette, die an den privaten Fahrzeugen aller Helfer deutlich sichtbar angebracht

wird und diese gegenüber anderen Verkehrsteilnehmern und der Polizei als Feuerwehrangehörige ausweist. Diese Plakette ist zwar kein Freibrief für Verkehrsübertretungen, aber die Polizei und Mitbürger werden in einem solchen Fall bestimmt beide Augen zudrücken und Ihnen glauben, daß Sie auf einer Alarmfahrt sind, wenn Ihr Fahrzeug so kenntlich gemacht ist.“

Der Deutsche Feuerwehrverband macht darauf aufmerksam, diesen Formulierungen nicht zu glauben! Die Plakette schützt keinen Fahrer. Keine Polizei wird ein „Auge zudrücken“. Auch mit Plakette werden Sie straffällig! Feuerwehrkameraden: Kauft keine Plaketten in der Annahme, jetzt die Straßenverkehrsvorschriften übertreten zu können oder geringere Vorsicht walten lassen zu müssen.

In dem Werbeschreiben lautet es nach einer Aufforderung zur Bestellung dieser Plaketten u. a.: „Das allerdings sollten Sie möglichst sofort tun, denn vielleicht müssen Sie schon in den nächsten Tagen bei einer Alarmfahrt kostbare Minuten einsparen.“

Hierzu erklärt der DFV: Lassen Sie sich als Feuerwehrmann nicht verwirren, denn auch mit einer Plakette am Fahrzeug sparen Sie keine Minuten auf der Fahrt ein. Denn Ihre Fahrweise kann sich aufgrund einer Plakette nicht verändern. Fahren Sie im Einsatz vorsichtig. Diese und ähnliche Plaketten erlauben keinem Verkehrsteilnehmer eine Übertretung der Straßenverkehrsvorschriften und eine verminderte Vorsicht während der Fahrt. Diese Kennzeichnungen haben keinen rechtlichen Wert. Kaufen Sie keine derartigen Plaketten, um eine Sonderstellung im Straßenverkehr einnehmen zu wollen. Bedenken Sie: Auch mit Plaketten am Fahrzeug hat die Polizei kein Recht, „ein Auge zuzudrücken“.

### DFV-Aktion Autofeuerlöscher

„Wer das Feuerwehr-SIGNET an seinem Kraftfahrzeug führt, hat einen Feuerlöscher im Wagen – und hilft damit seinem Nächsten!“ Dieses ist der Aufruf des Deutschen Feuerwehrverbandes an alle Aktiven der deutschen Feuerwehren. Aus Anlaß der letztjährigen Brandschutzwoche hatte die Deutsche Jugendfeuerwehr in ihrer Zeitschrift „lauffeuer“ diese Aktion gestartet. Diese Aktion sollte verstärkt unterstützt werden, wozu es der Mithilfe aller Aktiven in den Feuerwehren bedarf.

Es gibt nur  
**eine Feuerwehr-Klebeplakette:**



„Lüsch-  
bergen -  
retten -  
schützen“

die mit dem neuen  
**Feuerwehr-Signet**

(gesetzlich geschützt!)

Die Aktion „AUTOFEUERLÖSCHER“ sollte von jedem Feuerwehrmann aufgegriffen und unterstützt werden. Bisher hat der Gesetzgeber keine gesetzliche Regelung geschaffen, daß in jedem Kraftwagen ein geeigneter Feuerlöscher vorhanden sein muß. Diese Lücke sollte nun teilweise die Feuerwehr mit Unterstützung ihrer Aktiven versuchen zu schließen. Viele Menschen hätten schon gerettet werden können, wenn rechtzeitig ein Feuerlöscher zur Hand gewesen wäre. Hierbei ist aber wichtig darauf zu achten, daß es ein geeigneter Feuerlöscher sein muß. Leider sind nicht alle auf dem Markt befindlichen Autofeuerlöscher als geeignet zu bezeichnen. Die Erfahrungen haben gezeigt, daß es mindestens ein 2-kg-Löschers sein sollte, den sich ein Fahrzeughalter für seinen Pkw kauft. Beim Kauf eines Löschers achten Sie darauf, daß dieser auch zu prüfen ist. Nicht prüfbare Feuerlöscher sind gefährlich, denn der Besitzer kann nicht feststellen lassen, ob dieser noch funktionsfähig ist. Haben Sie schon einen Feuerlöscher im Kraftwagen? Wenn nicht, holen Sie dieses umgehend nach. Sie könnten in die Situation kommen, schon

morgen einen Menschen damit retten zu können.

Damit nun Straßenpassanten oder andere Kraftfahrer sofort erkennen können, wer einen Feuerlöscher im Wagen hat und wer außerdem ein Feuerwehrmann ist und mit Feuerlöschern umgehen kann, sollten die Feuerwehrmänner das Feuerweh-SIGNET gut sichtbar am Fahrzeug anbringen. Das SIGNET mit den vier Tätigkeiten „löschen – bergen – retten – schützen“ sollte durch diese Aktion zu einem in der Bevölkerung allgemein bekannten Zeichen für die Hilfsbereitschaft werden.

Es sollte durch die Unterstützung aller aktiven Mitglieder der deutschen Feuerwehren möglich sein, das SIGNET zu einem in der Bevölkerung bekannten Zeichen der Hilfsbereitschaft zu machen. Ein Zeichen, welches in allen Orten fast ständig auf Straßen und Plätzen zu jeder Tageszeit anzutreffen ist. Die rund 900 000

Mitglieder der Feuerwehren könnten dieses ermöglichen.

Die Aktion „AUTOFEUERLÖSCHER“ setzt sich zur Aufgabe:

● Kein Feuerwehrmann ohne geeigneten Feuerlöscher im Kraftwagen.

● Dieser Kraftwagen ist erkennbar durch das Feuerweh-SIGNET.

● Der Fahrer eines mit dem Feuerweh-SIGNET gekennzeichneten Kraftwagens ist ein Feuerwehrmann und hilft seinem Nächsten.

● Dieser Fahrer hilft nicht nur bei Feuer, sondern in allen Notfällen.

● Merke: Kein mit einem Feuerweh-SIGNET gekennzeichneten Kraftwagen ohne Feuerlöscher im Wagen. – Kein Kraftwagen eines Feuerwehrmannes mit Feuerlöscher ohne Kennzeichnung durch das Feuerweh-SIGNET.

das Handlungsmotiv des Angeklagten berücksichtigt. Der Angeklagte hatte nämlich mit der böswilligen Alarmierung der Feuerwehr beabsichtigt, einen auch im Verfahren vernommenen Zeugen zu belästigen. Das Amtsgericht führt dann weiter aus:

„Der Angeklagte . . . hat dadurch, daß er die ungestörte und verlässliche Bereitschaft der Feuerwehr als Schutzgut des § 145 StGB . . . auf Dauer des irregeführten Einsatzes in Frage stellte, besonders verwerfbar gehandelt. Das Gericht hält daher ein Drittel der Höchststrafe für unbedingt erforderlich und hat insoweit auf vier Monate Freiheitsstrafe erkannt.“

Anmerkung:

1. Das Urteil zeigt deutlich die Notwendigkeit, eingehende Notrufe auf Tonband aufzuzeichnen. Wäre eine solche Tonbandaufnahme nicht erfolgt, hätte der Täter im Zweifel nicht überführt werden können. Es erscheint auch der Hinweis angebracht, solche Tonbänder, auf denen böswillige Alarmierungen festgehalten worden sind, über einen längeren Zeitraum aufzubewahren. Wegen der Belastung der Gerichte kann ein Strafverfahren manchmal erst Monate später durchgeführt werden.

2. Dem Amtsgericht ist auch darin zuzustimmen, daß die Telefonnummer 112 kein Notruf oder Notzeichen im Sinne des § 145 Absatz 1 Nummer 1 Strafgesetzbuch ist. Unter solchen Notrufen oder Notzeichen kann zum Beispiel der Notruf SOS verstanden werden. Als Notruf im Sinne der genannten Bestimmung kann aus dem Feuerwehrbereich der Feuermelder angesehen werden. Der Gesetzgeber hat aber auch die telefonisch durchgegebene böswillige Alarmierung als strafwürdig anerkannt. Er hat daher in § 145 Absatz 1 Nummer 2 StGB bestimmt: Wer absichtlich oder wissentlich vortäuscht, daß wegen eines Unglücksfalles oder wegen gemeiner Gefahr oder Not die Hilfe anderer erforderlich sei, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

3. Bei der Strafzumessung hat das Amtsgericht zutreffend darauf hingewiesen, daß die ungestörte und verlässliche Bereitschaft der Feuerwehr schutzwürdig ist. Für die Dauer des böswilligen Alarms ist aber diese Bereitschaft der Feuerwehr zu sofortiger Hilfeleistung nicht gewährleistet. Dem Urteil ist daher in vollem Umfang zuzustimmen.

Ein beachtliches Urteil

## Schöffengericht ahndet böswillige Alarmierung

Vier Monate Freiheitsstrafe für den Anrufer

Am 29. September 1976 hat das Schöffengericht Hamm ein – mittlerweile rechtskräftiges – Urteil verkündet, in welchem ein Bürger wegen böswilliger Alarmierung der Feuerwehr zu einer Einsatzstrafe von vier Monaten Freiheitsstrafe verurteilt worden ist.

Im Urteil sind folgende tatsächliche Feststellungen getroffen worden:

„Um 23.49 Uhr wählte der Angeklagte . . . den Notruf 112 und meldete der Feuerwehr . . . bewußt wahrheitswidrig . . . das Wohnzimmer der Familie . . . brenne . . . Der Anruf ist unter der Nummer 263 auf dem Kontrollband der Feuerwehr aufgezeichnet worden . . .“

Aufgrund der Alarmierung rückte die Feuerwehr mit insgesamt acht Lösch- und Rettungsfahrzeugen aus . . .“

In der Hauptverhandlung hat der Angeklagte bestritten, den Anruf getätigt zu haben. Aufgrund der Tonbandaufzeichnung und zweier Besonderheiten in der Sprache des Angeklagten hat das Schöffengericht nach Beweisaufnahme jedoch für erwiesen erachtet, daß der Ange-

klagte den böswilligen Alarm bei der Feuerwehr ausgelöst hat. Zur rechtlichen Würdigung des Verhaltens des Angeklagten hat das Schöffengericht ausgeführt:

„Die Irreführung der Feuerwehr erfüllt den Tatbestand des § 145 1 Nummer 2 Strafgesetzbuch. Durch seinen Anruf . . . hat der Angeklagte einen Unglücksfall – nämlich einen Wohnungsbrand – vorgetäuscht, der des Einsatzes der Feuerwehr bedurfte und damit die Hilfe anderer erforderlich machte. Entgegen der rechtlichen Würdigung in der Anklage fällt sein Verhalten nicht unter § 145 1 Nummer 1 StGB. Die Notruf-Nummer 112 ist kein Notruf im Sinne des Gesetzes, sondern lediglich der technische Schlüssel für eine Gesprächsverbindung. Allein durch die Wahl dieser Telefonnummer wird im Gegensatz etwa zu den Funkzeichen SOS noch keine Notlage angezeigt. Insoweit fehlt die Signalwirkung. Der Angeklagte ist daher des Mißbrauchs von Notrufen gemäß § 145 1 Nummer 2 StGB schuldig.“

Bei der Strafzumessung hat das Schöffengericht nach dem Ergebnis der Hauptverhandlung insbesondere



ASB übernahm neue Spezialfahrzeuge

## Weitere Behindertentaxis einsatzbereit

In Düsseldorf von 9 bis 23 Uhr einsatzbereit

Das neue Aufgabengebiet des Arbeiter-Samariter-Bundes, der Taxidienst für Rollstuhlfahrer, wird zur Zeit kräftig ausgebaut.

Neben Frankfurt wird dieser Dienst nun in Düsseldorf, Bremen, Witten und Hannover durchgeführt, in zahlreichen Orten stehen Verhandlungen der ASB-Ortsverbände mit den Sozialbehörden kurz vor dem Abschluß. Bereits Ostern 1976 hatte der ASB Düsseldorf in Verbindung mit dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband, der einen Zuschuß in Höhe von DM 10 000 gab, einen Behindertenfahrtendienst, zunächst völlig in eigener Regie und als Experiment, gestartet. Seit Oktober 1976 wird der Dienst von der Stadt finanziert. Am Steuer des Wagens, der stets doppelt besetzt ist, wechseln sich Zivildienstleistende und ehrenamtlich tätige ASB-Mitglieder ab, wochentags fahren die einen, zum Wochenende die anderen.

Auf die Dauer wäre der ASB mit der Finanzierung dieses Dienstes überfordert gewesen. Daher entschloß sich vor längerer Zeit der Ausschuß für Gesundheit und Soziales zum Kauf eines Spezialfahrzeuges, das durch den Oberbürgermeister und Ehrenvorsitzenden des ASB Düssel-

dorf, Klaus Bungert, dem ASB übergeben wurde. Das Fahrzeug, ein Ford-Transit, ist mit zwei Rollstuhlplätzen und einem Tragestuhl sowie mit einer Hebebühne und einem Funkgerät ausgestattet. Die Anschaffungskosten betragen DM 33 000, für die jährlichen Betriebskosten veranschlagt das Sozialamt der Stadt Düsseldorf einen weiteren Betrag in Höhe von ca. DM 50 000. Mit der Übergabe des Fahrzeuges wurde die offizielle Trägerschaft für diesen sozialen Dienst dem ASB Düsseldorf übertragen.

Die bisher 87 benutzungsberechtigten Behinderten können beim ASB das Fahrzeug telefonisch anfordern. Jeder Berechtigte erhält monatlich sechs kostenlose Fahrten innerhalb des Stadtgebietes. Durch einen Beschluß des Sozialausschusses ist die Gebührenpflicht für Höherverdienende weggefallen, ein Vorteil auch für den ASB wegen der Vereinfachung der Abrechnungsformalitäten.

Nicht nur Rollstuhlfahrer und sonstige Schwerbehinderte, auch Begleitpersonen werden befördert. Entscheidend jedoch ist, daß der Behinderte einen Berechtigungsschein des Sozialamtes besitzt.

Mit dem neuen Fahrzeug ist der ASB Düsseldorf ab 1. Januar täglich von 9 bis 23 Uhr einsatzbereit. „Zur Zeit bemühen wir uns um ein weiteres Spezialfahrzeug“, berichtete Joachim Schönthier, der Vorsitzende des ASB Düsseldorf, „da der Fahrtendienst völlig ausgebucht ist; nur durch Einsatz zusätzlicher ASB-Fahrzeuge können alle Wünsche erfüllt werden.“

## Lehrgangsformen werden aktualisiert

Interview mit Rolf Kürschner von der ASB-Bundesschule

Eine wesentliche Erweiterung des Lehrgangsangebotes plant die Bundesschule des Arbeiter-Samariter-Bundes. Erstmals werden Lehrgänge im Bereich der offenen und geschlossenen Fürsorge, speziell der ambulanten sozialen Dienste, angeboten. Ein erster Modell-Lehrgang, der sich mit den Grundlagen der Leitung und Führung einer ASB-Organisationsstufe befaßt, wurde vom 14. bis 20. November 1976 durchgeführt.

Auch dieser Lehrgang gehört nun zum ständigen ASB-Bundesschulprogramm. Und nicht zuletzt: Die Arbeiter-Samariter-Jugend beauftragte die zentrale ASB-Bildungsstätte in Köln ab 1977 mit der Durchführung der Jugendleiterseminare.

Daneben hat die ASB-Bundesschule die selbstverständliche Aufgabe, Lehrpläne und Lernzielaussagen ständig zu überprüfen. Wie dieses am Beispiel des Lehrgangs zum Erwerb der Ausbilderlehrberechtigung in der Grundstufe A I geschieht, informiert folgendes Interview der asb-Redaktion mit Rolf Kürschner von der ASB-Bundesschule.

**asb:** Weshalb führt die ASB-Bundesschule in diesem Jahr einen Lehrgang für Erste-Hilfe-Ausbilder (A I) durch? Das ist doch eigentlich eine Aufgabe der ASB-Landesschulen!

**Kürschner:** Es gibt dafür gute Gründe. Es ist unsere Pflicht, die kleineren ASB-Landesverbände, die nicht in der Lage sind, solche Lehrgänge durchzuführen, zu unterstützen. Zum anderen möchten wir unsere Lehrpläne für Ausbilderlehrgänge, die als reformbedürftig gelten, nicht vom grünen Tisch aus verändern. Wir versuchen also Erfahrungen zu sammeln.

**asb:** Ist dieser Lehrgang nun nach den bestehenden Lehrplänen durchgeführt worden oder haben Sie schon Veränderungen eingeführt?



Der Düsseldorfer Oberbürgermeister Bungert (links) nahm als ASB-Ehrenvorsitzender die Schlüssel zu dem neuen Fahrzeug entgegen.

**Kürschner:** Der Inhalt des Lehrganges hat sich voll an dem bestehenden Lehrplan A I orientiert. Allerdings haben wir die Form der Durchführung etwas aktualisiert. Konkret: Wir haben alle Themen, die nach dem Lehrplan von den Unterrichtenden vorzutragen sind, auf die Teilnehmer verteilt und sind nur noch hilfestellend im Hintergrund tätig geworden. Schwerpunkt unserer Arbeit war dabei, Korrekturen zur Umsetzung für den späteren Unterricht zu geben.

**asb:** Ist dabei aber der Teilnehmer nicht um Wissensstoff benachteiligt worden?

**Kürschner:** Ihre Frage scheint berechtigt. Aber bei den bisherigen Lehrgängen haben wir als Unterrichtende viel zu viel Zeit dafür verwendet, Wissen aus der Sanitätsausbildung zu vermitteln, das die Teilnehmer als Voraussetzung sowieso zum Lehrgang mitbringen müssen. Meist wurde die Sanitätsausbildung erst kurz vorher abgeschlossen. Die Teilnehmer werden so durch Wiederholung unterfordert und ihrem Verlangen nach Ratschlägen für den späteren Unterricht wird nicht stattgegeben.

**asb:** Aber nun zu den Teilnehmern, die das Wissen konkret nicht besitzen, was geschieht mit ihnen?

**Kürschner:** Einfach wäre es zu sagen, diese Teilnehmer sind fehl am Platze. Dies wäre aber für beide Teile eine unbefriedigende Lösung. Wir haben daher eine Fachwissensvermittlung in freiwilligen Abendarbeitsgruppen vorgesehen.

**asb:** Werden so die Teilnehmer nicht überfordert?

**Kürschner:** Mit Sicherheit ist dies nicht auszuschließen. Aber Erfahrungen, die wir an verschiedenen ASB-Landesschulen und an der Bundeschule gesammelt haben, zeigen, daß die Nachholmöglichkeiten von den Teilnehmern ohne Schwierigkeiten gut genutzt werden.

**asb:** Haben Sie schon Modellversuche dieser Art durchgeführt?

**Kürschner:** Ja, in Zusammenarbeit mit Landesschulen. In einem gemeinsamen Ausschuß „Fachdidaktik“ werden darüber hinaus ständig Erfahrungen ausgetauscht.

**asb:** Wir glauben, daß der Leser die Veränderungen bislang noch nicht deutlich verstanden hat. Könnten Sie mit einigen Worten dies kurz umreißen?

**Kürschner:** Die Hauptveränderung liegt in der erheblichen Erweiterung

der Lehrproben. Die Teilnehmer tragen ihr Fachreferat selbst vor, was früher von Unterrichtenden vorgenommen wurde. Anschließend werden die Fehler des Vortragenden in der Gruppe besprochen. Damit ist gewährleistet, daß alle etwas lernen und Fehler geklärt werden. Gleichzeitig werden den Teilnehmern Beispiele gegeben, wie sie Themen später im Unterricht richtig anzupacken haben.

**asb:** Wie beurteilen die Teilnehmer nun diese Neuerung? Wir können uns vorstellen, daß eine Erweiterung der Lehrproben nicht unbedingt positiv aufgenommen wird.

**Kürschner:** Im Gegenteil, die Teilnehmer haben die Möglichkeit, sich unter ihresgleichen trockenzuschwimmen, positiv und mit großem Lerneifer aufgenommen. Die Kritik an den Lehrproben kommt zuerst aus den Reihen der Teilnehmer selbst. Der Unterrichtende greift erst dort ein, wo fachliche Fehler von den Teilnehmern übersehen werden und wo die Kritik unsachlich ausartet.

**asb:** Können Sie vielleicht diesen Lehrgang bezüglich der Teilnehmer etwas näher beschreiben?

**Kürschner:** Günstig an diesem Lehrgang war die Teilnahme von nur 16 Personen. Damit stand mehr Zeit zur Verfügung. Mit 30 Teilnehmern wäre ein solcher Lehrgang unmöglich.

**asb:** Werden durch das neue Lehrgangssystem nicht zu geringe Anforderungen an die Teilnehmer gestellt?

**Kürschner:** Es sind hohe Anforderungen an die Teilnehmer gestellt worden, wenn man bedenkt, daß zwar alle Teilnehmer den Lehrgang bestanden haben, aber keiner die höchstmögliche Punktzahl erreicht hat.

**asb:** Sie sprachen eben von Punktzahlen. Können Sie dazu etwas über den Bewertungsmodus bei diesem Lehrgang sagen?

**Kürschner:** Früher hatten wir sehr viele Schwierigkeiten, die durch die reine Persönlichkeitsbewertung entstanden sind. Der Teil der reinen Leistungsbewertungen ist dabei etwas zu kurz gekommen. Deshalb haben wir das Punkte-Bewertungssystem geschaffen, mit dem verschiedene Endleistungen charakterisiert und je nach Ausführungen mit Punkten belegt werden. So ist eine Leistungsbewertung vorhanden, die sich über den gesamten Lehrgang

erstreckt. Durch die Persönlichkeitsbewertung sind nur Auf- oder Abwertungen des Teilnehmers um eine Notenstufe möglich.

**asb:** Sie sprachen von einer Bewertung während des gesamten Lehrganges. Welchen Raum nimmt demnach noch die Prüfung ein?

**Kürschner:** Genau 40 Prozent der erreichbaren Punkte können durch die Prüfung erzielt werden.

**asb:** Heißt das, es kann schon vor der Prüfung feststehen, ob ein Teilnehmer den Lehrgang bestanden hat?

**Kürschner:** Ja, wir halten es nicht für richtig, daß nur eine kurze Prüfung am Ende eines Lehrganges über das Bestehen eines Teilnehmers entscheidet. Durch Prüfungsangst werden oft die Leistungen einer Lehrgangswache zunichte gemacht.

**asb:** Gab es hinsichtlich des Bewertungssystems mit den Lehrkräften Schwierigkeiten?

**Kürschner:** Nein. Alle anwesenden Lehrkräfte haben schon mit dem Punktesystem gearbeitet, und es war zu erkennen, daß durch die vorgegebenen Bewertungskriterien eine Bewertung der einzelnen Teilnehmer wesentlich erleichtert wurde. Die Lehrkräfte waren übereinstimmend der Meinung, daß durch das Punktesystem Bewertungsverbesserungen vorhanden sind. Einschränkend ist zu sagen: Das Bewertungsschema muß gut vorbereitet sein, es müssen Leistungskriterien existieren, die bei unterschiedlicher Ausführung auch unterschiedliche Punktvergaben zulassen.

**asb:** Abschließend eine Frage. Welche Hilfsmittel kann die Bundeschule dem angehenden Ausbilder mitgeben?

**Kürschner:** Der angehende Ausbilder erhält die Broschüre Nr. 12 a aus der ASB-Schriftenreihe, die ihm ausführlich die Lerninhalte seiner später durchzuführenden Lehrgänge aufzeigt. Darüber hinaus werden ihm während des Lehrganges Fachbücher empfohlen, aus denen er seinen Wissensstoff zusammentragen kann. Dabei taucht immer wieder die Frage auf, wie sich die Fachbuchaussagen mit den Lehraussagen des ASB in Verbindung bringen lassen. Hierzu muß betont werden, daß alle in der Elementarhilfe notwendigen Lehraussagen in der Broschüre „Sofortmaßnahmen am Unfallort“ aufgeführt sind.

Optimale Einsatzbedingungen

## Schnelleinsatzzug der JUH in Viernheim

Umfangreiches technisches Gerät



Der Schnelleinsatzzug der JUH Viernheim mit der gesamten Ausrüstung.

Seit März 1977 verfügt der JUH-Landesverband über einen der 37 Schnelleinsatzzüge, die vom Land Hessen aufgestellt und unterhalten werden. Die Einheit besteht aus drei Fahrzeugen (Ford Transit), zwei davon sind wahlweise als Mannschaftswagen oder als Not-Krankentransportwagen einsetzbar. Das dritte Fahrzeug, der Gerätewagen, ist das Kernstück dieser Einheit, er repräsentiert einen Wert von 120 000 DM. Seine Ausstattung: hydraulische Rettungsschere, 3,5-kV-Notstromaggregat, Brennschneidgerät, eine große Motorsäge, 3-t-Greifzug mit umfangreichem Zubehör, Hydraulikhebegerät, Feuerlöscher, sieben Handlampen (Akku), zwei manuelle Sägen, drei Pickel, drei Schaufeln, drei Spaten, zwei Beile, ein Asbestzug, ein Paar Steigbügel, Asbestdecken, Bolzenschneidgerät, verschiedene Blech-

schneidgeräte, ein großer Bosch-hammer, ein Trennschleifer, hydraulischer Lkw-Wagenheber, 2 x 1000-Watt-Strahler und vieles andere mehr. Das technische Material des Gerätewagens wird durch die Ausstattung für einen kleinen Verbandplatz ergänzt. Dieser besteht aus folgenden Materialien: Zelt SK 20, Notstromaggregat mit Beleuchtung, 4 KTW-Tragen, Tische und Stühle, großer Arztkoffer, Beleuchtungskasten, Verbandstoff-Vorratskasten und Deckensäcke. Die Einheit wird im Katastrophenfall als Primäreinheit eingesetzt. Außerdem kann der Gerätewagen im Unfallrettungsdienst eingesetzt werden, beispielsweise zum Bergen (Heraus-schneiden) von eingeklemmten Unfallopfern. Alle Fahrzeuge sind mit einem FuG 7 b bzw. 8 b ausgerüstet und somit jederzeit erreichbar. In speziellen Lehrgängen an der Ka-



Blick in den Gerätewagen des Schnelleinsatzzuges.



Innenausstattung des Gerätewagens.

tastrophenschutzschule des Landes Hessen in Johannisberg erhalten die Helfer der JUH Viernheim die notwendige Ausbildung. Es werden Atemschutzlehrgänge, ABC-Lehrgänge, Lehrgänge für Katastrophen-Brennschneiden und für den Bergungsdienst besucht.

Ziel der JUH Viernheim ist, in Zusammenarbeit mit der Sanitätsleitstelle, dem THW und der Freiwilligen Feuerwehr optimale Einsatzbedingungen zu schaffen. Die Ausstattung des Gerätewagens reicht aus, um jeder Unfallsituation gerecht zu werden. Als weiteres Fahrzeug für den Schnelleinsatzzug ist noch ein Wasseraufbereitungsfahrzeug vorgesehen. Es ist jedoch unklar, ob dieses noch ausgeliefert wird oder der Zug in Zukunft aus den drei vorhandenen Fahrzeugen bestehen bleibt.



# 25 Jahre Johanniter- Unfall- Hilfe

Die Jubiläumsfeier  
im Bild



MHD legt Jahresbericht 1976 vor

## Über 25 500 Helfer im Dienst der guten Sache

Bundesdelegiertenversammlung des MHD in Paderborn

### MHD legt Jahresbericht 1976 vor

Anläßlich der 24. Delegiertenversammlung des Malteser-Hilfsdienstes am 26./27. März in Paderborn legte der Leiter des MHD, Dieter Graf Landsberg-Velen, den Jahresbericht 1976 vor.

Demnach wurden in den Haupttätigkeitsbereichen des Malteser-Hilfsdienstes folgende Leistungen erbracht:

### Ausbildung in Erster Hilfe

Trotz der verminderten Zuschüsse des Bundes konnten die Ausbildungsleistungen gehalten werden. Graf Landsberg betonte, daß dieser Erfolg vor allem dem hohen Engagement der freiwilligen Helfer und Ausbilder zu verdanken sei. Den Helferinnen und Helfern sei es gelungen, mit ihrem Eifer den Teil zu ersetzen, den die öffentliche Hand nicht mehr gewähre. Wenn der Bund die Ausbildung der Bevölkerung in Erster Hilfe nicht in stärkerem Umfange wieder finanziell unterstütze, müsse dies zu einem Rückgang der Ausbildungsergebnisse und zu einer Verminderung der Qualität dieser Ausbildung führen, erklärte Graf Landsberg. Das Ausbildungsergebnis des Jahres 1976 stellt sich wie folgt dar:

	1975	1976	±	%
Ausbilder	401	489	+ 88	21,9 %
Helfer	10 871	9 525	- 1 346	12,4 %
Laienhelfer	131 443	132 566	+ 1 123	0,9 %
insgesamt	142 715	142 580	- 135	0,1 %

Seit Bestehen des MHD wurden insgesamt 1 577 877 Personen ausgebildet.

Überblick über die Ausbildung in den Jahren 1972-1976

Gesamtausbildung: Laien, Helfer, Ausbilder

1972	109 300	= + 3,2 %
1973	121 181	= + 10,9 %
1974	129 747	= + 7,1 %
1975	142 715	= + 10,0 %
1976	142 580	= - 0,1 %

49 610 Teilnehmerinnen im Alter von 17 bis 55 Jahren wurden, seit der Malteser-Hilfsdienst im Jahre 1962 von der Bundesregierung hierzu den Auftrag erhielt, zu Schwesternhelferinnen ausgebildet. Bedingt durch die einschneidenden Mittelkürzungen des Bundes kam es im Berichtszeitraum 1976 im Vergleich zum Vorjahresergebnis zu einer Verminderung der Gesamtausbildungsleistung in Höhe von 19,8 %. Wird dieser Leistungsrückgang in Relation zur Mittelkürzung des Bundes in Höhe von 27 % gesetzt, so wurde doch ein erfreuliches Ausbildungsergebnis erzielt; 3 977 Personen absolvierten 1976 im gesamten Bundesgebiet ihre Ausbildung als Schwesternhelferinnen und insgesamt 2 170 Schwesternhelferinnen nahmen an einem zweitägigen Fortbildungsseminar teil. Nicht zuletzt ist der Entschluß

dieser Teilnehmerinnen zu dieser Ausbildung in dem Willen eingebettet, dem Menschen zu helfen, sei es nun in allen Notfällen des täglichen Lebens oder bei einem eventuellen Einsatz im Katastrophenfall.

Übersicht über die Ausbildung in den Jahren 1972-1976  
Schwesternhelferinnen

1972	4 128	= + 27,2 %
1973	4 273	= + 3,5 %
1974	4 998	= + 17,0 %
1975	5 574	= + 11,5 %
1976	3 977	= - 28,7 %

### Sofortmaßnahmen am Unfallort

Bei der Unterrichtung der Führerscheinneubewerber in den Sofortmaßnahmen am Unfallort ist ein Rückgang der Teilnehmerzahlen in den Bereichen zu beobachten, in denen seit Jahren besonders intensiv die Ausbildung in Erster Hilfe an Schulen betrieben wird.

Die im Rahmen der Schulausbildung erworbene Teilnahmebescheinigung berechtigt den zwischenzeitlich Erwachsenen zum Erwerb des Führerscheins ohne erneute Teilnahme an der Sofortmaßnahmen-Unterrichtung. Dies wirkt sich offensichtlich auf das Ausbildungsergebnis aus.

Übersicht über die Ausbildung in den Jahren 1972-1976  
Sofortmaßnahmen am Unfallort

1972	117 687	= + 18,2 %
1973	113 115	= - 3,9 %
1974	120 847	= + 6,8 %
1975	141 831	= + 17,4 %
1976	134 323	= - 5,3 %

## Krankentransport und Rettungsdienst

Im Vollzug der Landesrettungsdienstgesetze kündigt sich nach dem zum Teil rasanten Aufschwung in den vergangenen Jahren eine Phase der Konsolidierung an.

Mit den 315 Krankenkraftwagen des MHD, hiervon 260 Krankentransport- und 55 Rettungswagen (Verhältnis 5:1) wurden im Berichtsjahr 176 273 Einsätze bei einer Leistung von über 5 Millionen Kilometer durchgeführt.

Übersicht über den Krankentransport und Rettungsdienst in den Jahren 1972–1976

1972	72 406	= + 63,8 %
1973	110 758	= +57,9 %
1974	152 391	= +37,6 %
1975	179 718	= + 18,0 %
1976	174 995	= - 2,6 %

Schwierigkeiten traten in der Frage der Miteinbeziehung nicht ständig besetzter Rettungswachen in das nach den jeweiligen Landesrettungsdienstgesetzen vorgegebene System auf. Hier strebt der MHD die Anbindung dieser einzelnen Fahrzeuge an ständig besetzte Rettungswachen anderer Träger an, wodurch einerseits eine Entlastung des diese Wachen betreibenden Personals erfolgt und andererseits den ehrenamtlichen Helfern die Einsatz- und Ausbildungsmöglichkeiten in diesem Dienst erhalten bleiben.

## Hubschrauberrettungsdienst

Im Dezember 1976 konnte die MHD-Einsatzzentrale für den in Köln stationierten Rettungshubschrauber auf eine fünfjährige Erfahrung mit dem ersten durch den Bundesinnenminister in Dienst gestellten Rettungshubschrauber zurückblicken. In diesem Zeitraum wurden annähernd 5 000 Einsätze geflogen, bei denen in vielen Fällen die rasche ärztliche Hilfe noch am Notfallort zur Rettung von Menschenleben führte. Mit durchschnittlich etwa drei Einsätzen am Tag ist der in Köln stationierte und vom MHD eingesetzte Rettungshubschrauber der meist

in Anspruch genommene Rettungshubschrauber im gesamten Bundesgebiet.

Im Berichtsjahr wurde der Hubschrauber insgesamt 1 138mal bei der Leitstelle des MHD in Köln angefordert.

## Katastrophenschutz

Im Rahmen des friedensmäßigen Katastrophenschutzes der Länder und des erweiterten Katastrophenschutzes des Bundes stellt der MHD folgende Einheiten:

7 ABC-Züge

13 Betreuungsleitzüge

57 Betreuungszüge

21 Fernmeldezüge

43 Krankentransportzüge

136 Sanitätszüge

21 Verbandplatzzüge

12 Führungsgruppen

Der Anteil der nach § 8.2 Katastrophenschutzgesetz vom Wehrdienst freigestellten Helfer betrug im Berichtsjahr 5 674. Bezogen auf die gesamte aktive männliche Helferschaft beläuft sich der Anteil auf 31,5 %.

Neben den im Katastrophenschutz der Länder und des Bundes mitwirkenden Einheiten verfügt der MHD über einen überregionalen Katastropheneinsatzzug, in dem die ca. 1 000 eigenen Fahrzeuge zusammengefaßt sind. Hierunter befinden sich u. a. Küchenwagen, Wasseraufbereitungsanlagen, Lichtgiraffen, Funkwagen, Fernsprechbauwagen, Desinfektionswagen u. v. a. m. Alleine der Betreuungszug dieses Katastropheneinsatzzuges führte im Berichtsjahr mehr als 35 Einsätze durch, bei denen über 25 000 Essensportionen ausgegeben wurden.

## Einsatzgliederungen

In über 2 620 Gruppen engagieren sich über 25 500 freiwillige Helferinnen und Helfer im Dienst der guten Sache.

Sie leisteten 1976

– bei 35 843 Veranstaltungen im sportlichen, kulturellen oder kirchlichen Bereich den Sanitätsdienst

(über 1 230 800 Dienststunden, über 100 350 Hilfeleistungen).

– als freiwillige Sonntagsshelfer Dienst in 289 Krankenanstalten mit über 250 340 Dienststunden. Hier führte der unermüdliche Einsatz der Helferinnen und Helfer zu einer großen Entlastung des oft überarbeiteten Pflegepersonals.

– Dienst im mobilen Rettungsdienst. An insgesamt 18 Standorten entlang der Autobahnen und Fernverkehrsstraßen waren die freiwilligen Helfer an Wochenenden und Hauptreisezeiten einsatzbereit, um bei Unfällen rasche Hilfe leisten zu können. Hierbei wurden über 88 000 Dienststunden erbracht.

– Dienst im sozialen Bereich. Unzählige Stunden opferten die Angehörigen des MHD aufopferungsvoll im Dienst am Nächsten. Hierzu zählt

– die Betreuung von Sozialstationen

– Schultransporte für körperlich und geistig behinderte Kinder

– Kranken- und Altenbetreuung

– Mahlzeitendienst „Essen auf Rädern“

– Spielplatzaufsichten

– Betreuung Sterbender in Krankenhäusern

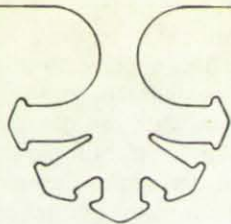
– Medikamentendienst u. v. a. m.

Hier wird die Fülle der Möglichkeiten für ehrenamtliches Tun und Mittun, aber auch die gesellschaftspolitische Bedeutung dieses Dienstes bewußt. Gäbe es die freiwilligen Hilfsorganisationen nicht, so müßten Kommunen und Staat hunderte Millionen Mark zur Erfüllung dieser sozialen Aufgaben aufwenden, vorausgesetzt, hierfür würde sich überhaupt Personal finden.

Hierauf dürfen die Angehörigen des Malteser-Hilfsdienstes ihren Anspruch auf Unterstützung ihrer Arbeit durch die Kommunen, die Bundesländer und die Bundesregierung stützen.

Der MHD bedankt sich bei allen diesen Stellen sowie allen Freunden und Förderern für bereits geleistete Hilfe und versichert:

Die Helferinnen und Helfer des MHD engagieren sich überall, wo Hilfe not tut.



## Presseschau des Inlands

### Gesundheitswesen: Zivil-militärische Zusammen- arbeit

Die Gesetzgebungskompetenz für das Gesundheitswesen liegt in der Bundesrepublik Deutschland bei den Ländern. Dem Bund kommt lediglich eine Rahmenkompetenz zu. Die Bundeswehr ist allein auf Bundesebene – und hier streng hierarchisch – organisiert. In einem Katastrophen- oder Verteidigungsfalle entscheiden die Länder allein über den Umfang ihrer Vorbereitungen.

Beide Bereiche, die Zivilverwaltung und die Bundeswehr, werden in einem Verteidigungsfalle gezwungen sein, alle nur möglichen Quellen zur sanitätsdienstlichen Hilfeleistung auszuschöpfen. Dies aber können sie nur gemeinsam und in enger, verantwortungsvoller Zusammenarbeit. Konkurrenzdenken darf hier keinen Platz haben . . .

Es existiert in der Bundesrepublik ein Abkommen über die Sicherung des Ergänzungsbedarfs an Ärzten, Apothekern, Zahnärzten und Tierärzten für den Verteidigungsfalle; es gibt weiterhin die vom BMI und vom BMV gemeinsam finanzierte Ausbildung der Schwesternhelferinnen. Es gibt jedoch kein Abkommen über die Inanspruchnahme voll ausgebildeten Pflegepersonals . . . noch gibt es eine Vereinbarung über die Nutzung materieller Quellen zur Aufrechterhaltung der sanitätsdienstlichen Leistungsfähigkeit beider Bereiche.

Es wird eine vordringliche politische Aufgabe sein, in den kommenden Jahren auf diesem Gebiet wichtige Entscheidungen zu treffen und das seit langem überfällige Gesundheits-sicherstellungsgesetz zu verabschieden.

(Wehrmedizinische Monatsschrift,  
Bonn)

### Zivilschutz nicht ausreichend

Die jüngste Stabsrahmenübung der NATO, „Wintex 77“, hat erhebliche Mängel im Bereich der zivilen Verteidigung sichtbar gemacht. Es fehlt nicht nur an Schutzräumen und Krankenhäusern – im Falle eines bewaffneten Konfliktes wären die Sicherheitsorgane kaum in der Lage, gefährdete Objekte zu schützen.

Über die Ergebnisse der NATO-Übung wurde der Verteidigungsausschuß des Bundestages informiert. Angesichts der schwerwiegenden Mängel wurde die Bundesregierung aufgefordert, ein neues Konzept der Zivilverteidigung vorzulegen. Im Mai soll auch das Bundeskabinett auf einer Sitzung im Verteidigungsministerium über die Ergebnisse von „Wintex“ informiert werden. Der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Wörner (CDU), sagte, die Beratungen im Verteidigungsausschuß hätten deutlich gemacht, „daß die Erstellung eines Gesamtkonzeptes für die zivile Verteidigung und eine andere Gewichtung dieses Bereiches unabdingbar geworden sind“.

Vertreter aller drei Fraktionen zeigten sich nach der Sitzung beeindruckt von der Offenheit, mit der ihnen die Mängel der Zivilverteidigung vor Augen geführt worden seien.

Ferner sei deutlich geworden, daß die Schutzräume in der Bundesrepublik nicht ausreichen; schließlich gebe es zu wenig Krankenhäuser, die auf Katastrophenfälle eingerichtet seien.

(Süddeutsche Zeitung, München)

### Ungeschützte Zivilbevölkerung

Dem Kabinett und dem Bundestag soll eine Neukonzeption des Innenministeriums zur Zivilverteidigung und zum Katastrophenschutz vorgelegt werden. Bisher wurden dazu keine Einzelheiten mitgeteilt. Hans-Joachim Trippler nimmt in einem Leitartikel zu den Problemen des Schutzraumbaues Stellung.

„. . . Die Frage eines Schutzraumbaues, der diesen Namen wirklich verdient, ist immer noch ein heißes Eisen, das die Verantwortlichen nicht anfassen mögen . . . Man fragt sich, ob wir hier von einem militärischen Konflikt weniger bedroht sind als

etwa das chinesische Riesenreich, das sich planmäßig eingräbt. Oder weniger gefährdet als neutrale Staaten wie Schweden und die Schweiz, die uns ebenfalls im zivilen Bevölkerungsschutz voraus sind. Auch wenn man nicht den pessimistischen Einschätzungen des belgischen Generals Close . . . folgen will, . . . und selbst wenn unser Prinzip der Vorwärtsverteidigung so gut funktioniert, daß Kampfhandlungen vom Gebiet der Bundesrepublik ferngehalten werden, so ist doch mit Luft- und Raketenangriffen zu rechnen, die die Widerstandskraft der Zivilbevölkerung zermürben sollen . . . Dennoch ist die Zivilbevölkerung im Falle eines Konfliktes heute weit schlechter geschützt als im letzten Kriege – und sie wird keine Zeit haben, bei Ausbruch von Feindseligkeiten das Versäumte nachzuholen.“

(Deister- und Weserzeitung, Hameln)

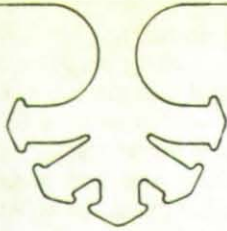
### Hilfe sollte kein Zufall sein

Es gibt viele Gelegenheiten, bei denen eigene Kenntnisse in Erster Hilfe lebensrettend sein können: Ein Unfall nachts auf einsamer Straße; ein Zimmerbrand; ein Sturz im Gebirge; ein Herzanfall; ein unglücklicher Sturz mit Bruchfolgen. Normalerweise würde man sagen: Anruf genügt! Und wenn kein Telefon erreichbar ist? Dann hilft nur noch eines: Selber zupacken!

Jeder sollte in der Not helfen können; erst recht aber ergibt sich die Notwendigkeit der Selbsthilfe bei unverhofften Katastrophen, wie sie in unserer technisierten Zeit immer häufiger auftreten und immer gefährlichere Ausmaße annehmen. Niemand kann sich allein auf die verschiedenen Hilfsorganisationen verlassen, die in einem solchen Falle eingesetzt werden. Wie man sich in solchen Fällen selbst hilft, kann man beim Bundesverband für den Selbstschutz in kostenlosen Lehrgängen erlernen. Wer einen solchen Lehrgang besucht, wird im theoretischen Teil über die Bedeutung des Zivilschutzes, des Genfer Abkommens zum Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten und über die Gefahren informiert, die der Bevölkerung im Alltag und in einem möglichen Verteidigungsfalle drohen.

Der BVS führt auch ausgesprochene Fachlehrgänge durch.

(Gießener Allgemeine)



## Presseschau DES AUSLANDS

### Atomalarm – und was dann?

# Die Presse

Unabhängige Zeitung für Österreich

Was soll geschehen, wenn eine atomare Katastrophe einheitliche und bundesweite Reaktionen erforderlich macht? Eine ungefähre Vorstellung davon vermittelt das Bild der Kompetenzen für diesen Fall: Das Bundesinnenministerium für Belange der öffentlichen Sicherheit; das Gesundheitsministerium als „Strahlenkompetenz“; das Sozialministerium schaltet sich möglicherweise ein; Bundesländer ergreifen Einzelinitiativen, um den Verwaltungsweg im Notfall abzukürzen; der Zivilschutz hält... angesichts der trüben Wirrnis die Arme weit ausgebreitet, in der Hoffnung, irgendwann einmal genug Geld... zu bekommen.

Zunächst gibt es wohl einen „allgemeinen Strahlenalarmplan“, zum Teil nach Bundes-, zum Teil nach Landesvorschriften aufgebaut, in dem aber nur Zuständigkeiten, nicht konkrete Maßnahmen geregelt sind. Das heißt etwa: Man weiß, daß unter Umständen ganze Städte evakuiert werden müssen, wohin aber die Menschen gebracht werden sollen – oder auch, wie eine solche Aktion in allen Einzelheiten aussehen und ablaufen soll – das überläßt man der Improvisationsgabe und dem Einfallsreichtum eines Wachtmeisters vom Bundesheer, der die Lastwagen dirigiert. Im Ernstfall kann man höchstens 10 % der Bevölkerung in strahlensicheren Räumen unterbringen. Über weitere Versorgung – mit Medikamenten, mit Nahrungsmitteln, mit Energie – aber schweigt man sich aus. Was bleibt, ist die Hoffnung auf private Initiative... es ist eben noch nichts passiert.

(Wien, 28. Oktober 1976)

### Schaumstoff heilt Brandwunden

## SOWJETUNION HEUTE

Die medizinische Wissenschaft sucht schon lange nach wirksamen Verfahren zur Behandlung von Brandwunden. Die Methoden sind heute noch unvollkommen. Eine Hauttransplantation ist nicht immer möglich: Sind die Wunden sehr groß, reicht die eigene Haut nicht aus – die Haut eines Spenders hilft nicht für längere Zeit, weil fremdes Gewebe ziemlich schnell abgestoßen wird. Traditionelles Verbandsmaterial aber muß oft gewechselt werden und klebt außerdem an der Wunde fest.

Unter der Bezeichnung „Kombutek“ wurde am Moskauer Wischnewski-Institut für Chirurgie ein heilendes Polymer entwickelt. Die verschiedenen Varianten seiner Anwendung wurden bereits von Wissenschaftlern erprobt, und zwar als Netz, als dünne Folie und auf andere Weise.

Als am besten geeignet erwies sich die Form eines weichen, elastischen Schaumstoffes. Er ist luftdurchlässig, saugfähig und schmiegt sich so dicht an die Wunde an, daß keine Nähte mehr angelegt werden müssen. Dieser Schaumstoff wurde auch bereits in mehreren Kliniken mit Erfolg erprobt. (Moskau, Nr. 8/1977)

### Zur Eingliederung von Armeeoffizieren

## Zivilschutz Protection civile Protezione civile Proteccziun civila

Auf eine Anfrage eines Abgeordneten aus Solothurn erklärte Militärdirektor Wyss zum besonderen Problem der Einberufung ehemaliger Offiziere zum Zivilschutz, daß alle Kurse grundsätzlich zu besuchen seien. Im Falle eines Nachrichtenoffiziers, der zum Zivilschutz eingezogen wurde, könne seine beim Militär erworbene Ausbildung in Rechnung gestellt werden. Er werde deshalb vom dreitägigen fachtechnischen Teil des Einführungskurses befreit, müsse jedoch den allgemeinen Teil ebenfalls absolvieren. Das kantonale Amt für Zivilschutz sei nur ausführendes Organ für die Bundesvorschriften.

Zum Kursobligatorium hätten die Bundesbehörden folgende Überlegungen angestellt: Die künftigen Vorgesetzten hätten so die Gelegenheit, aus eigener Erfahrung die Qualität und den Umfang der erhaltenen Grundausbildung zu beurteilen. In den Einführungskursen würden außerdem unabdingbare spezifische Zivilschutzkenntnisse vermittelt, die beim Militär oder im Zivilberuf nur beschränkt erworben werden könnten. Die Teilnahme ehemaliger Offiziere könne dem Kursablauf wertvolle Impulse vermitteln.

Artikel 36 des ZS-Gesetzes schreibt die Berücksichtigung der militärischen Erfahrungen bei der Einteilung ehemaliger Wehrmänner ausdrücklich vor. Auch auf dem Gebiet der Ausbildung werden ähnliche Überlegungen angestellt. (Bern, Nr. 4/1977)

### Zivilschutz-Sonderschau auf der Frühjahrsmesse

## ZIVILSCHUTZ

INFORMATIONSDIENST DES ÖZSV



Auch in diesem Jahre war auf der Wiener Frühjahrsmesse im Prater unter dem Motto: „Katastrophenschutz, Zivilschutz und Umweltschutz in Österreich“ eine Sonderschau zu sehen, die die des Jahres 1975 an Art und Umfang weit übertraf. Sie erhielt ihr Gewicht nicht allein durch die räumliche Ausdehnung – 15 000 m<sup>2</sup> gegenüber 11 000 m<sup>2</sup> im Jahre 1975 –, sondern vor allem durch die geschlossene Teilnahme zahlreicher Verbände und Institutionen, die mit Umweltschutz, Katastrophenschutz und Zivilschutz befaßt – bzw. selbst damit betraut sind.

Zehntausenden Messebesuchern wurde durch die imposante Leistungsschau vor Augen geführt, daß sie sich in Notzeiten auf ihre Helfer verlassen können. Eindrucksvoll demonstrierten die Kräfte des Katastrophenschutzes, des Zivilschutzes und des Umweltschutzes ihre Möglichkeiten, ihre Stärke und ihren Einsatzwillen im Dienste der Gemeinschaft. Zahlreiche Vertreter des öffentlichen Lebens – unter ihnen der Bundespräsident, Minister, Bundesräte und Nationalräte, widmeten einen Großteil ihrer Anwesenheit dem Studium der Sonderausstellung.

(Wien, Nr. 3/4 1977)



# WISSENSCHAFT UND TECHNIK

## Blitzschlag im Auto

Als sicherster Schutz vor den Gefahren des Blitzschlages hat sich nach Ansicht der Technischen Überwachungsvereine, Essen, immer wieder das Kraftfahrzeug erwiesen. Die TÜV-Fachleute raten allerdings den Autofahrern, schon bei herannahenden Gewittern das Schiebedach und die Fenster fest zu schließen. Denn nur dann wirkt die Metallkarosserie des Autos als sogenannter „Faraday'scher Käfig“, das heißt, sie leitet den sonst für Menschen und Tiere tödlichen Strom des Blitzes ab, ohne daß die Wageninsassen Schaden nehmen.

## Brandgefahr bei Schweißarbeiten

Durch Leichtsinn und Unachtsamkeit bei Schweißarbeiten ist es schon häufig zu verheerenden Bränden gekommen, die durch strikte Beachtung der strengen Unfallverhütungsvorschriften und spezieller Brandschutzanweisungen hätten verhindert werden können. Mit erhöhtem Brandrisiko durch Funkenbildung, Schweißperlen oder aufgeheizte Werkstücke muß vor allem dann gerechnet werden, wenn brennbare Stoffe in der näheren Umgebung der Schweißstelle nicht entfernt werden können oder an besonders gefährdeten Stellen gearbeitet werden muß, wie zum Beispiel in Fahrstuhl- oder Kabelschächten. In solchen Fällen müssen besondere Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden. Nach eingehenden Versuchen mit einer neuen Mittelschaumpistole sind die Werkfeuerwehr der Dillinger Hütte im Saargebiet und die Freiwillige Feuerwehr von Dillingen zu dem Ergebnis gekommen, daß dieses einfache Gerät besonders wirksam als vorbeugender Brandschutz eingesetzt werden kann. So kann um besonders gefährdete Schweißstellen ein Schaumteppich gelegt werden, aber auch schnell und



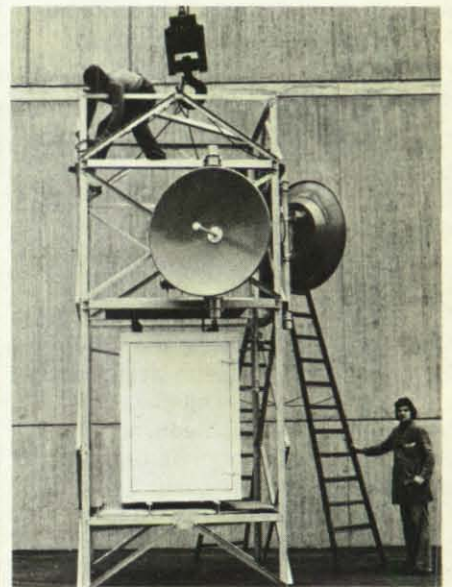
nachhaltig gelöscht werden, wenn es zu einer Entzündung kommt. Die besonderen Vorteile der Mittelschaumpistole sieht man im unproblematischen Anschluß an jede Wasserleitung sowie an ein Tanklöschfahrzeug und in der einfachen Handhabung. Aus dem Vorrat von zwei Litern Schaummittel kann ein Schaumvolumen von ca. 6 m<sup>3</sup> erzeugt werden – ausreichend also für einen großflächigen Schaumteppich, der lange erhalten bleibt und Entzündungen wirksam verhindert.

## Transportable Nachrichtenstationen mit eigenem „Kraftwerk“

Das Nachrichtennetz – eingerichtet für die Übertragung von Ferngesprächen, Fernschreiben, Daten, Hörfunk- und Fernsehprogrammen – ist heute bereits weltumspannend; trotzdem wächst es jährlich um fast 200 Millionen Sprechkreiskilometer. Dabei sind vielfach weiträumige, unbesiedelte Gebiete zu überbrücken, in denen aufgrund der Umweltgegebenheiten der Aufbau von Nachrichtenstationen besonders erschwert ist. Dort steht meist keine für den Betrieb erforderliche Energie aus öffentlichen Stromversorgungsnetzen zur Verfügung. Aus diesem Grund hat ein deutscher Hersteller autarke Richtfunkbetriebsstellen entwickelt, die – schlüsselfertig geliefert – innerhalb von wenigen Tagen an einem beliebigen Ort aufgebaut und völlig unabhängig von öffentlicher Stromversorgung betrieben werden können. Damit ist es zum Beispiel möglich, auch durch unerschlossenes Gelände innerhalb kürzester

Zeit eine Nachrichtenverbindung herzustellen.

Die für kleine Betriebsstellen bis zu einem Leistungsbedarf von etwa 3000 W erforderlichen Geräte sind in Sheltern, das sind wetter- und korrosionsbeständige Kabinen, untergebracht. Größere Betriebsstellen werden aus mehreren Sheltern (Einzelstellfläche beispielsweise 6 x 3 m) zusammengesetzt. Da diese bereits voll bestückt und fertig verdrahtet zum Einsatzort gelangen, ist für die Inbetriebnahme fast kein Montageaufwand mehr erforderlich. Sie können an jede am Ort vorhandene öffentliche Stromversorgung angeschlossen werden. Existiert kein Netz, dann bekommt die einzelne Betriebsstelle ihr eigenes „Kraftwerk“ mitgeliefert. Je nach Energiebedarf und Aufstellungsort handelt es sich dabei um Solarzellen, Thermogeneratoren, Kleindampfturbinen mit geschlossenem Kreislauf, Windkraftgeneratoren oder Dieselaggregate. Ein eingebautes Kühlsystem, das bei kleinen Betriebsstellen keiner Energiezufuhr bedarf, gewährleistet auch im Tropenklima eine normale Umgebungstemperatur für die Nachrichtengeräte. Aber nicht nur an günstige Umweltbedingungen für die Geräte wurde bei dieser Entwicklung gedacht; auch für das Wartungspersonal ist vorgesorgt. Wenn auch die Stationen selbst keinerlei Wartung erfordern, so wird man sie doch in gewissen Abständen kontrollieren. Deshalb werden auch vorgefertigte Büro-, Aufenthalts-, Schlaf- und Sanitätsräume in Sheltern angeboten, deren gesamter Energiebedarf für Licht, Heizung, Klimatisierung usw. ebenfalls aus dem eigenen „Kraftwerk“ kommt.



## Sicherheitsfachkräfte Grundlehrgang A

**Herausgeber: Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung und Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften e. V. Verlag TÜV Rheinland GmbH, Köln**

Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit wurde der Aus- und Fortbildung von Sicherheitsfachkräften eine besondere Bedeutung zugemessen.

Die Arbeitgeber, die durch dieses Gesetz verpflichtet werden, Fachkräfte für den Arbeitsschutz zu bestellen, legen selbstverständlich Wert darauf, daß diese nach einheitlichen Grundsätzen ausgebildet werden. Da die Aufgabe der Ausbildung bzgl. des Umfangs und der Qualität nur bei gemeinsamer Anstrengung von Staat und Selbstverwaltung gemeistert werden kann, gilt es, personelle und materielle Kapazitäten voll auszunutzen. Mit der Loseblattsammlung „Sicherheitsfachkräfte, Grundlehrgang A“ ist die Richtlinie für eine einheitliche Ausbildung geschaffen worden. Sie dient einerseits dem Ausbildungspersonal als Unterrichtshilfe, andererseits den Sicherheitsfachkräften als Grundlage für deren eigene Handbibliothek.

Der Grundlehrgang A ist ein Musterbeispiel für straffe Gliederung und Übersicht. Anerkannte Arbeitssicherheitsfachleute konnten als Autoren gewonnen werden. Lernziele und Lehrinhalte sind klar definiert. Das Werk gliedert sich in fünf Teile: Einführungsteil, Gliederung der Lehrinhalte, Lehrstoffe, Gesetzestexte, Fach- und Fremdwörterverzeichnis. Die Verwendung unterschiedlich gefärbter Blätter der Lehrinhalte vereinfacht die Handhabung der Loseblattsammlung. Eine ständige Ergänzung und eine branchenspezifische Erweiterung der Unterlage ist vorgesehen.

## „Das Feuerlöschwesen in allen seinen Theilen“

Von C. D. Magirus  
Originalausgabe 1877, Faksimile-Druck  
1977 – Leineneinband, 280 Seiten  
Herausgeber: Thomas W. Herminghaus & Helmut Raab, Dietzenbach  
Bezug über: Versandhaus des DFV, Hochkreuzallee 89, Bonn-Bad Godesberg

Es sind genau 100 Jahre vergangen, seit C. D. Magirus sein Buch: „Das Feuerlöschwesen in allen seinen Theilen“ herausgab. Das Buch war nach einer gründlichen Überarbeitung und Erweiterung eines Erstlingswerkes des gleichen Verfassers entstanden, in dem er seine Beobachtungen und Studien als junger Hauptmann der Steigerkompanie der Freiwilligen Feuerwehr Ulm festgehalten hatte. Dieses erste Buch erschien 1850.

Das 1877 erschienene Buch gibt einen umfassenden Überblick über die Vor- und Nachteile der bis dahin bekannten Feuerwehrräte und Löschmittel; es enthält ein ausführliches Verzeichnis aller bis zum Jahre 1876 erschienenen Schriften aus dem gesamten Bereich der Feuerwehr und fand bei seinem Erscheinen großen Anklang. Bis zum heutigen Tage wird es von zahlreichen Autoren in Fachzeitschriften immer wieder zitiert. Die wenigen bis heute erhaltenen Exemplare werden in Archiven sorgsam gehütet.

Diese Tatsache und der hundertste Jahrestag der ersten und bis dahin einzigen Auflage haben die Herausgeber veranlaßt, das Werk in unveränderter Form als Faksimile-Druck neu herauszugeben. Mit diesem Faksimile-Druck wird jedem Interessierten die Möglichkeit geboten, sich sozusagen „aus erster Hand“ einen Einblick in die Geschichte des Feuerlöschwesens zu verschaffen. Die Subskription läuft.

## Vor uns die guten Jahre

Von Herman Kahn  
Verlag Fritz Molden, Wien-Grinzing

Zum Unterschied zu all den bisher geschriebenen Büchern, die sich mit der Zukunft der Menschen befassen – und dies in mehr oder minder

pessimistischer Form tun –, bietet der Autor eine tröstlichere Version. Der berühmte Zukunftsforscher wagt es, den Voraussagen des „Club of Rome“ zu widersprechen. Er vertraut auf den Menschen und auf die Natur. Die Rohstoffquellen der Erde sind nach seiner Meinung unerschöpflich – und der Erfindungsgeist des Menschen sowie seine Fähigkeit, sich anzupassen, garantieren – seiner Meinung nach – eine Zukunft des Wohlstandes.

Dort, wo tatsächlich Knappheit entstehen könnte, werden neue, modernste Methoden der Landwirtschaft helfen, mehr Menschen ausreichend zu ernähren. Auch das Problem der Überbevölkerung werde – so Kahn – irreführend dargestellt: Wohlstand bewirkt nachweislich Geburtenrückgang. Wenn also der Lebensstandard der Entwicklungsländer angehoben werde, wird die Gefahr der Überbevölkerung geringer.

In insgesamt neun Kapiteln behandelt der Verfasser den umfangreichen Komplex; zahlreiche Tabellen und graphische Darstellungen erleichtern dem Leser – ergänzt durch ein Sachregister – das Erfassen der angesprochenen Probleme. Es wäre sicher falsch, die Zukunft nur von der negativen Seite her beurteilen zu wollen. Kahn vermittelt ein wenig Optimismus – und Optimismus ist eigentlich gar keine so schlechte Hypothek auf die Zukunft.

## Empfehlenswerte Hand- und Sachbücher

Handbuch  
6. Landschaftsversammlung  
Rheinland 1975–1979  
2. Lieferung – Dezember 1976  
Herausgeber: Landschaftsverband Rheinland (LVR), Landeshaus, Köln  
Rheinland-Verlag GmbH, Köln

Töpfer / Lind  
Notstandsrecht  
der Bundesrepublik Deutschland  
33. Ergänzungslieferung  
Stand: 1. Januar 1977  
Verlag R. S. Schulz,  
Percha am Starnberger See

Handbuch des Rettungswesens  
Sechste Ergänzungslieferung, 1/1977  
Herausgeber: Dr. med. Biese,  
R. Lüttgen, Dr. jur. Versen, H. Kerutt  
v. d. Linnepe. Verlagsgesellschaft KG,  
Hagen

Helmut Freutel

# Das Minimagazin

In diesem Monat: Neues aus der Nachrichtentechnik

## Wußten Sie schon, daß . . .

. . . die weltweite Nachrichtentechnik auf der Hannover-Messe 1977 ein Schwerpunktthema war? Deutsche Herstellerfirmen veranschaulichten, welche Teilgebiete im Bereich der Fernsprechtechnik im erdumspannenden Netz zusammenwirken und so den größten Automaten der Welt bilden. Das Welt-Telefonnetz besteht heute aus ungefähr 200 000 öffentlichen Vermittlungsanlagen, etwa acht Millionen Nebenstellenanlagen und rund 400 Millionen Sprechstellen. Der Neuwert all dieser Einrichtungen inklusive der zugehörigen Weitverkehrs- und Kabeltechnik beträgt etwa 2000 Milliarden DM.

## Wußten Sie schon, daß . . .

. . . das neue Fernsprecheinheitensystem der Deutschen Bundespost ein von vier deutschen Firmen entwickeltes modulares rechnergesteuertes Fernsprechvermittlungssystem ist, das den Einsatz von Raum- und Zeitvielfach-Koppelnetzen ermöglicht? Durch die Verwendung zentraler Zeichen-Kanäle ist es flexibel gegenüber künftigen Entwicklungen von Zeichen, Zeichenkapazität und -format. Es wurde geschaffen für die Automatisierung der Betriebs- und Verwaltungsdienste, bietet aber auch dem Teilnehmer viele Vorteile wie Tastwahl, Kurzzrufnummer, Sperre für ankommenden und abgehenden Verkehr, automatisches Wecken usw. Noch in diesem Jahr werden die ersten serienmäßigen Vermittlungen des elektronischen Wählsystems (EWS) in München, Stuttgart, Düsseldorf und Frankfurt aufgebaut.

## Wußten Sie schon, daß . . .

. . . die Deutsche Bundespost in ihrem Nachrichten-Weitverkehrsnetz mobile Anlagen bereithält, die in Not- und Sonderfällen auf Transportfahrzeugen in kürzester Zeit zum Einsatzort gebracht werden können? Beispiele für solche Not- und Sonderfälle sind der Ausfall des öffentlichen Netzes durch höhere Gewalt wie bei Über-

schwemmungen, Stürmen und Bränden, aber auch die Bereitstellung von Übertragungswagen bei zeitlich begrenzten Veranstaltungen oder als Ersatz stationärer Anlagen bei Umbauten oder Erweiterungen.

## Wußten Sie schon, daß . . .

. . . die Nachrichtensatelliten „Symphonie“ – eine deutsch-französische Gemeinschaftsentwicklung –, die ursprünglich für den experimentellen Nachrichtenverkehr zwischen relativ großen Erdefunkstellen ausgelegt worden waren, auch ein bisher ungeöstes Problem technisch überwinden sollen? Sie sollen nämlich die Möglichkeit schaffen, daß Hilfsmannschaften bei Katastropheneinsätzen in anderen Ländern und Kontinenten über Erdefunkstellen schnell und ohne Schwierigkeiten mit den Verantwortlichen in der Heimat Kontakt aufnehmen können. Das ZS-MAGAZIN berichtete ausführlich darüber in der Ausgabe Februar 1977. Heute zieht man diese Satelliten auch zur experimentellen Übertragung von Farbfernsehendungen in Entwicklungsländer heran, um die Leistungsfähigkeit regionaler Satellitennetze zu demonstrieren. Eine speziell zu diesem Zweck entwickelte Empfangsstation mit einem Antennendurchmesser von 4,5 m war auf der Hannover-Messe ausgestellt.

## Wußten Sie schon, daß . . .

. . . es jetzt Telefonapparate mit Lauthöreinrichtung gibt? Sie geben den ankommenden Sprachpegel nicht nur über den üblichen Handapparat, sondern auch über Lautsprecher



wieder. Dadurch können mehrere Zuhörer, etwa während einer Besprechung oder während einer Stabsrahmenübung, dem Gesprächsverlauf folgen. Außerdem hat jeder Apparat eine Anschlußbuchse zur Tonaufzeichnung. Das neue Gerät vereinigt sämtliche Bestandteile der Lauthöreinrichtung in einem flachen Telefongehäuse. Verstärker, Lautsprecher und Bedienungorgane sind auf einer gedruckten Schaltung angeordnet. Kommt ein Ferngespräch leise an, kann man die Lautstärke über einen Flachbahnregler stufenlos anheben.



Für stabile Wiedergabelautstärke bei wechselndem Eingangspiegel ist gesorgt. Zur Stromversorgung wird ein Steckernetzgerät benötigt.

## Wußten Sie schon, daß . . .

. . . man jetzt auch ohne Handapparat telefonieren kann? Beim Sprechen und Hören mit einem neuen, ebenfalls auf der Hannover-Messe gezeigten Telefon braucht man den Handapparat nicht zu benutzen. Das Gerät ist zusätzlich mit Mikrofon und Lautsprecher ausgestattet. Auch ein Außenlautsprecher kann angeschaltet werden. Dadurch eignet sich der Apparat insbesondere für Konferenz-Ferngespräche. Mehrere Personen können einer Unterhaltung folgen und sich ohne Bindung an den Telefonhörer ins Gespräch einschalten. Das Mikrofon läßt sich separat abschalten, um z. B. im Raum rückfragen zu können, ohne daß es der ferne Teilnehmer hört. Die Wiedergabelautstärke der Freisprecheinrichtung kann über einen Flachbahnregler eingestellt werden.

Postvertriebsstück – Gebühr bezahlt  
Vertrieb: A. Bernecker,  
Postfach 140, 3508 Melsungen  
Vertriebskennzahl G 2766 EX



Für die Sicherheit auf Gewässern – zu unserem Bericht im Innern dieses Heftes